

Jahres-Abo DM 27,— Einzelverkaufspreis DM 6,— März/April 1983 G 2961 F

DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE



2/83

Kriegsforschung
Frauen und Militär
Holzschutzmittel
Bereitschaftsdienste
Saurer Regen

der kommentar

Miteinander schaffen wir's!

von Gunar Stempel

„Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's“, so lauten die geradezu sympathischen Parolen der CDU zu den Wahlen am 6. März. Ähnlich, wenn auch geschickter, verkaufte sich die SPD. Unabhängig vom Ergebnis dieser Wahlen kann man voraussagen: keines der drei hochgesteckten Ziele wird von den großen Parteien erreicht werden, – der Langzeitpatient Arbeitslosigkeit wird nicht gesünder, der Frieden nicht sicherer und die Zukunftsangst nicht geringer – wenn wir nach der Wahl die Politik den Politikern überlassen.

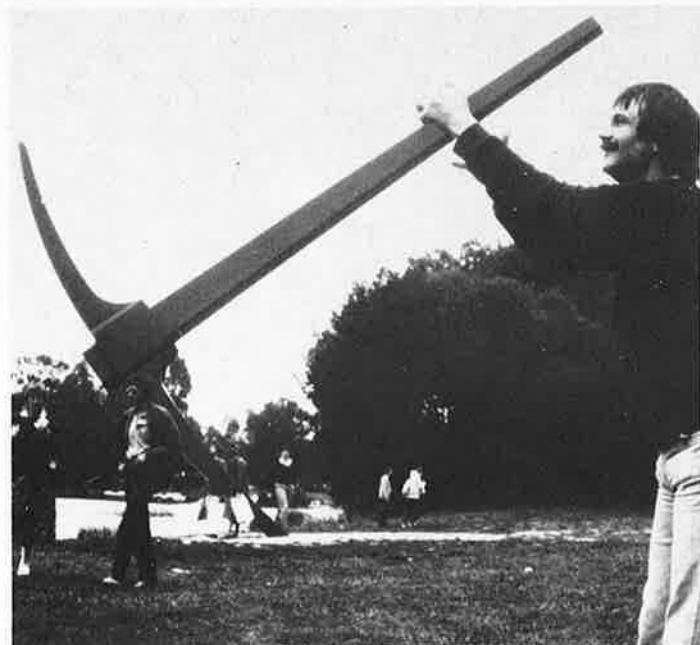
Der Schwerpunkt dieses Heftes heißt „Der lautlose Krieg“. In dem Artikel „Giftgas vor unserer Tür“ wird belegt, daß neben Tausenden von Atomsprengköpfen auch massenhaft chemische Kampfstoffe auf dem Boden der Bundesrepublik lagern. Die Tatsache, daß die Pershing-Rakete gleichermaßen als Träger für atomare, bakteriologische und chemische Sprengköpfe verwendbar sind, macht das Defizit der Friedensbewegung im Gesundheitswesen deutlich, bisher zu sehr auf die Problematik eines Atomkrieges fixiert gewesen zu sein.

Stehen Hiroshima und Nagasaki als Mahnmal für die kaum vorstellbaren Folgen eines Atombombenabwurfs, so steht der Süden Vietnams als Mahnmal für die Folgen eines chemischen Krieges, Folgen, die noch hundert Jahre spürbar bleiben, wie der Bericht „Das Gift... und seine Opfer“ aufzeigt. Das dabei versprühte „Agent Orange“ hat nicht nur die Vietnamesen getroffen, sondern auch Tausende von US-Soldaten vergiftet und auch bei deren Nachkommen vielfache genetische Schäden verursacht. Und dieser Krieg tötet selbst nach seinem Ende weiter. Bis Ende 1982 haben ca. 47000 Vietnamkriegsveteranen in den USA Selbstmord begangen, eine Zahl, die mittlerweile die der im Vietnamkrieg gefallenen GI's übertrifft.

Der verantwortungslose Umgang mit dioxinhaltigen Chemikalien holt jetzt die Amerikaner in ihrem eigenen Land ein. Ende Februar 1983 gab die amerikanische Umweltbehörde bekannt, daß sie 36,4 Mill. Dollar für die sofortige Umsiedlung aller 2400 Einwohner von Times Beach (US-Bundesstaat Missouri) bezahlen werde.

Vor 10 Jahren war Dioxin in Times Beach wie auch in anderen Orten mit Altöl vermischt und auf die Straße gesprührt worden, um den Staub niederzuhalten. Das Dioxin stammte aus einer Fabrik, die während des Vietnamkrieges das Entlaubungsmittel „Agent Orange“ hergestellt hatte.

Welche Summe an Schadenersatz müßten die USA dann an Vietnam zahlen, wo die Amerikaner bis 1970 allein 20182 qkm Wälder und 2154 qkm Reisfelder besprührt hatten und für Generationen unbrauchbar gemacht haben? Bis heute haben weder die USA noch die BRD einen Pfennig an Wiederaufbauhilfe geleistet. Demgegenüber hatten sich in den 60er Jahren zehn US-Kon-



zeme der chemischen Industrie allein 2 Milliarden Dollar Forschungsgelder für die Entwicklung von Entlaubungsmitteln geteilt. Ein vielfaches davon verdienten sie später an ihrem Einsatz. Als 1970 die Gefährlichkeit des „Agent Orange“ in den USA allgemein bekannt geworden war, bot das US-Verteidigungsministerium u. a. Brasilien 90 000 Tonnen „Agent Orange“ als „Entwicklungs hilfe“ an.

Weite Teile des Amazonasgebietes sind mittlerweile entlaubt worden. Da der Boden nicht für den Anbau von Pflanzen genutzt werden kann, werden Rinder darauf gehalten, deren Fleisch exportiert wird. Vielleicht vergeht einigen von unseren Lesern der Appetit am Steak, wenn er bedenkt, daß er sich langsam aber sicher mit Dioxin anreichert oder wenn er an die zerstörte Umwelt der Indios im Amazonasgebiet denkt.

Auch die bundesdeutsche chemische Industrie ist an der Produktion von Herbiciden nicht ganz unbeteiligt, da tauchen altbekannte Namen wie Bayer, Merck u. a. auf. In Giftgasen war die deutsche Industrie sogar einmal ganz groß, wie in dem Artikel über die I.G. Farben dargelegt ist. Auch heute noch ist die deutsche Forschung weiterhin mit der Giftgasforschung beschäftigt, auch wenn sie das vornehm mit Gegenmittel forschen umschreibt. DG bringt exklusiv und erstmalig ein Who is Who der Giftgasmafia in der Bundesrepublik. Vielleicht gibt dieser Artikel „Forschen für den lautlosen Tod“ einigen unseren Lesern einen Anstoß für weitere Nachforschungen. Wir würden uns über weitere Berichte freuen.

In unserem Faltblatt „Vorschau 1983“ schrieben wir: „Wir wollen... Ärgernis sein für die, die genau wissen, daß nur im Stillen Pfründe zu bewahren sind“ oder die, die die Militarisierung im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft im Stillen vorantreiben wollen, wie ich ergänzen möchte. In diesem Sinne wollen wir die abgedruckten Dokumente (Liste der Hilfskrankenhäuser, Wirklicher Zweck der Ersten-Hilfe-Ausbildung, Triageausweis für Ärzte etc.) verstanden wissen und unsere Leser zur weiteren Mitarbeit auffordern. Wir bringen, was andere verschweigen.

Wir stellen uns gegen die „noblen“ Bestrebungen, „Frauen in die Bundeswehr“ als ein Schritt zur völligen Gleichberechtigung der Frau verkaufen zu wollen, wobei das Gesundheitswesen wieder einmal den Vorreiter spielt wie in „Frau Stabsarzt erwartet Nachwuchs“ beschrieben, oder den Zivildienst zu verschärfen, dargestellt in „Zivildienstleistende streiken“.

Machen wir uns die Parole der CDU zu eigen „Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's“! Dazu müssen wir ranklotzen nicht kleckern, wie das oben abgebildete Foto verdeutlichen soll. Treffen wir uns dazu beim 3. Medizinischen Kongreß in München!

IMPRESSIONUM

Herausgeber

Heinz-Harald Abholz (West-Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt), Heiner Keupp (München), Brigitte Kluhe (Riedstadt), Hans Mausbach (Frankfurt), Wolfgang Münster (Langenberg), Christina Pötter (Giessen), Michael Regus (Siegen), Annette Schwarzenau (Hamburg), Hans See (Frankfurt), Harald Skrobles (Riedstadt), Peter Stössel (München), Alf Trojan (Hamburg), Barbara Wille (Göttingen), Erich Wulff (Hannover).

Redaktion:

Aktuelle Gesundheitspolitik: Detlev Uhlenbrock, Peter Walger; **Gesundheitsversorgung:** Gregor Weinrich, Uli Menges, Joachim Gill; **Arbeits- und Lebensverhältnisse:** Norbert Andersch; **Pharma- und Geräteindustrie:** Ulli Raupp, Norbert Altaner; **Umwelt:** Uwe Schmitz; **Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen:** Matthias Albrecht, Edi Erken; **Ausbildung:** Eckard Müller, Peter Liebermann; **Internationales:** Gunar Stempel, Felix Richier; **Frauenprobleme:** Ulla Funke; **Pflegerberufe:** Peter Liebermann; **Historisches:** Helmut Koch; **Kultur und Subkultur:** Helmut Copak

Der für das jeweilige Ressort zuerst oder allein genannte Redakteur ist verantwortlicher Redakteur im Sinne des Pressegesetzes.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, kann aber für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung übernehmen.

Nachdruck nur nach Zustimmung der Redaktion.

Redaktionsanschrift: „Demokratisches Gesundheitswesen“, Postfach 101 041, 4100 Düsseldorf 1.

Redaktionskonto für Spende: Sonderkonto Norbert Andersch PSK 154 20-430 PSA ESN

Koordinierende Redaktion und Anzeigenverwaltung: Ullrich Raupp, Willi-Hölscher-Weg 7, 4400 Münster, Tel. (0251) 791755

Die Zeitschrift „DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN“ erscheint zweimonatlich bei: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. (0221) 36 40 51, Konten: Postscheckamt Köln 6514-503, Stadtsparkasse Köln 106 52238 (für Abo-Gebühren).

Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Vertrieb eingegangen ist.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Redaktions- und Anzeigenschluß für Nr. 3/83: 2.4.1983, für Nr. 4/83: 4.6.1983.

Graphik: Christian Paulsen
Layout: Helmut Copak, Ulla Funke, Joachim Gill, Ulli Raupp, Axel Reiter, Gunar Stempel, Gregor Weinrich.

Umschlagentwurf: Silvia Schrafe, unter Verwendung des Fotos „Der Gassschutz für das Kleinkind“ (Süddeutscher Verlagsbilderdienst, München).

Kommentarphoto: Michael Bauer
Umschlagrückseite: Aus dem Karikaturband „Für den Ernstfall“ von Elisabeth Kmölinger. Copyright: Elefantenpress-Verlag GmbH, Berlin (West). **Satz und Druck:** Druckerei und Verlag Locher GmbH, 5000 Köln 51.

JSSN: Nr. 0172-7091



Soldaten proben den chemischen Giftkrieg. Die amerikanischen Militärs übersprühten große Gebiete Südvietnams mit Kampfstoffen wie „Agent Orange“, um den Vietnamkrieg für sich zu entscheiden. Die erschütternden Langzeitwirkungen auf Land und Leute dokumentiert Karl-Heinz Fabig auf Seite 18.



„Zuerst Atemnot, Schweißausbrüche, Erbrechen und Erblindung; dann kann der Körper Urin und Kot nicht mehr halten. Endlich Atemlähmung bei klarem Bewußtsein. Für einige dauert die Qual nur Minuten, für andere Stunden. Tödliche Dosis: Der 2500ste Teil eines Grammes.“ – Giftgas vor unserer Tür – auf Seite 6



Die Bundeswehr soll keine Domäne der Männer bleiben. Noch beschränkt sich die Militarisierung auf die Einberufung von weiblichen Sanitätsoffizieren. Werden die Mädchen von heute das Kanonenfutter von morgen? DG berichtet auf Seite 21.

DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE

2/83

Inhaltsverzeichnis:

Kommentar

von Gunar Stempel

Schwerpunkt

Der lautlose Krieg

Giftgas vor unserer Tür	6
Forschen für den lautlosen Tod – Gibt es eine Giftgasmäfia in der Bundesrepublik	10
Das Gift... und seine Opfer – Die Folgen des chemischen Krieges in Vietnam	18
Warten auf's Ende – Besuch im unterirdischen Hilfskrankenhaus	20

Aktuelle Gesundheitspolitik

Wider die schleichende Gewöhnung – Gesundheitsschutzgesetz nach den Wahlen	17
Geld contra Freizeit und Arbeitsplätze	35

Frauen

Frau Stabsarzt erwartet Nachwuchs – Weibliche Landsknechte am Raketenrücken	21
---	----

Aktuelle Politik

Zivildienstleistende streiken	8
Volkszählung 1983 – Computer beherrschen das Land	24

In Memoriam

Ein Konzern geht über Leichen – Geschichte der I.G. Farben AG	26
---	----

Werbung und Wahrheit

Seveso im Wohnzimmer – Schädigungen durch das Holzschutzmittel PCP	28
--	----

Behinderte

Der Zeugungsnachweis – Oder das geschlechtliche Unvermögen	30
--	----

Internationales

Menschen in Lagern und Ruinen – Zur Situation der Libanonhilfe	32
--	----

Umwelt

Tödlicher Regen	34
-----------------	----

Dokumente

Soziale Einrichtungen im Dienste der Kriegsmedizin	I
--	---

„Ich bau einen Luftschutzkeller“	II
----------------------------------	----

Kennzeichnung der Zivilkrankenhäuser und ihres Personals in Friedenszeiten	III
--	-----

Erste Hilfe – Ausbildung von Ausländern	III
Einsatzhinweise bei Massenunfällen und Katastrophen für Ärzte	III

Die Frau – eine Katastrophenhelferin	IV
--------------------------------------	----

AVR-Regelung zum Bereitschaftsdienst	V
--------------------------------------	---

Gemeinsam gegen Giftgas – Bundesweite Initiative gegen Giftgas	VI
Buch- und Materialliste über die Gefahren des Giftgases	VI

Offener Brief an die Regierung der BRD – Appell Gesundheitswesen für den Frieden	VII
Aufruf zu einer sinnvollen Kriegsprävention – Boykott des Bundesärztekammerbeirates	VIII

Filme für den Frieden

36

Rubriken

Leserbriefe	2
-------------	---

Aktuelles	3
-----------	---

Verschiedenes	5
---------------	---

Buchkritik	38
------------	----

Leser-Briefe

Betr.: Verlorener Leserbrief

Leserbrief des Deutschen Berufsverbandes der Altenpfleger für DG 6/82

Den Autor des o.a. ausführlichen Leserbriefs möchten wir um Nachsicht bitten! Weil der Leserbrief auf dem Weg zur Druckerei verlorengegangen ist, konnte er nicht erscheinen, was wir nachholen möchten, falls wir eine Kopie des Briefs erhalten könnten.

Versicherungsagenten

„Wo gelogen und betrogen wird“

Lieber Ulrich Raupp,

Ich habe Ihren Artikel über Versicherungsagenten im „Demokratischen Gesundheitswesen“ gelesen und möchte Ihnen dazu etwas mitteilen.

Vorab: Ich bin kein Arzt, sondern Dipl.-Volkswirt und biete Medizinstudenten und Ärzten eine Beratung und Vermittlung von Versicherungen und Finanzierungen an. Arbeit also in der Branche, die Sie (mit Recht) angefreien.

Wie es dazu kam: Ich war Assistent an einem linken Lehrstuhl für VWL in Aachen und gesellschaftspolitisch stark engagiert. Als meine Freundin mit dem Medizinstudium fertig wurde, bat sie mich, ihre Versicherungsangelegenheiten zu erledigen. Schnell merkte ich, was auf diesem Gebiet los ist, besonders bei den sogenannten unabhängigen Vermittlungsgesellschaften. In meinem Bekanntenkreis (viele Mediziner) sprach sich bald rund, daß ich bezüglich Versicherungen gute Tips geben kann. So kam es, daß ich mich nach kurzer Zeit entschloß, in die Branche einzusteigen, mit der ich vorher niemals was zu tun haben wollte.

Meine Überlegung: Gerade da, wo gelogen und betrogen wird, daß sich die Balkenbiegen, machst du es einmal anders. Ich wollte es denen mal zeigen.

Ich finde inzwischen in meinem Job viel Anerkennung. Oft ist es jedoch frustrierend, sich mit den einzelnen Gesellschaften herumzuhängen. Viele Illusionen sind weg. Im nachhinein ist mir klar, daß ich auf eine sogenannte „Marktlücke“ gestoßen bin, verdiente verdammt gut und hatte damit anfangs auch große Probleme.

Mein gesellschaftspolitisches Engagement ist leider durch diesen aufreibenden Job stark eingeschränkt.

Zur Zeit arbeite ich für Pro Familia in einer Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und versuche u. a. möglichst viele Mediziner als Mitglieder zu gewinnen bzw. Ihnen die Spannbreite der Pro-Familia-Arbeit zu erklären.

Zu Ihrem Artikel: Es ist ähnlich wie bei allen anderen Gruppenverträgen (z. B. Berufshaftpflicht: Winterthur/Marburger Bund; Krankenversicherung: VKV/Ärztekammer, Central/Hartmannbund): Es gibt günstigere Gesellschaften!

Bezüglich der Colonia Lebensversicherung ist zu sagen: Es gibt im Beitrag günstigere Gesellschaften, da nutzt auch der Gruppenrabatt von 4% nichts.

Was jedoch für Mediziner bei der Auswahl der Lebensversicherungs-Gesellschaft am wichtigsten ist: Wie sieht es bezüglich der Zinsgünstigkeit bei Darlehen aus, wenn man die Lebensversicherung „belebt“ und zur Bau- oder Praxisfinanzierung gebrauchen will?

Auch in diesem Punkt schneidet die Colonia nicht gut ab (siehe dazu den Test). In dem Brief der Ärztekammer an Sie heißt es, es handele sich um ein „überprüftes“ Angebot.

Warum suchen die Herren dann nicht das günstigste Angebot aus und erreichen vernünftige Sonderkonditionen?

Für mich gibt es nur einen Grund: sie bekommen Geld dafür. Das Foto von Herrn Hoppe sagt mir genug.

Soviel Menschenkenntnis trage ich mir zu.

Fazit: Der Gruppentarif der Colonia bringt nur den einen Vorteil, der sowieso bei der Colonia abschließen wollte. Er hat tatsächlich 4% gespart.

Sollten Sie an weiteren Informationen Interesse haben, ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung.

Betr.: Mitarbeit an DG

... Ihr habt gewiß recht, wenn Ihr in der Nr. 1/83 beigelegten Vorschau für das Jahr '83 schreibt, daß es mehr braucht als nur DG, um grundlegende Veränderungen im Gesundheitswesen zu erreichen, daß aber ohne Zeitschriften wie DG erst recht nichts passiert. Und weil dem tatsächlich so ist, habe ich, der ich DG bisher bestenfalls sporadisch gelesen habe, mit heutigem Datum Eure Zeitschrift ab Nr. 2/83 fest abonniert.

Eure Arbeit möchte ich jedoch nicht nur passiv als künftig regelmäßiger Bezieher des DG unterstützen, sondern vor allem auch durch das weitere Beisteuern eigener Beiträge für die Zeitschrift. Seid also darauf gefaßt, daß ich Euch auch in Zukunft noch den einen oder anderen Artikel zukommen lasse, wobei Ihr ja dann von Fall zu Fall sehen könnt, ob Ihr diese Beiträge bringen wollt und ob sie in Euer Redaktionskonzept passen...

Georg Diederichs
6300 Gießen

Ambulante Geburt 6/82

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Über den Artikel von C. Selke in Eurer Nummer 6/82 S. 23 habe ich mich sehr gefreut. Ich selbst habe vier Kinder, die ältesten drei in der Klinik und das jüngste zuhause entbunden. Die hitzige Argumentation gegen Hausgeburt habe ich also auch erlebt, wie auch die Freude einer sanften, natürlichen, schnellen Geburt zuhause.

Im Laufe meines eigenen Denkprozesses ist mir immer bewußter geworden, daß die Frage „Hausgeburt ja oder nein?“ eine weitreichende Bedeutung hat.

Nicht zufällig wird die Hausgeburt so heftig von so vielen Ärzten abgelehnt, und nicht zufällig beziehen sich ihre Argumente fast nur auf bestimmte Risiken. Ohne – wie C. Selke es sehr treffend beschreibt – daß bekannt wird, wie sorgfältig die Hausgeburt von Hebammme und Arzt begleitet wird und ohne daß die krankenhausbedingten Risiken einer klinischen Entbindung erwähnt werden.

Also läuft darauf hinaus, daß die Geburt nur gelingen kann, wenn sie in der „apparatisierten Obhut“ des Arztes abläuft. Gerade da wird bei der Hausgeburt das Gesundheitswesen an empfindlicher Stelle getroffen, was m. E. die massiven Widerstände der Ärzte erklärt: Denn die Hausgeburt rückt die Stellung der Mutter im Akt der Entbindung zurecht, nämlich in den Mittelpunkt, wo sich der Arzt so gerne und selbstverständlich sieht, nachdem er die Frau in ihrer ureigenen Domäne als Objekt seiner Obstetrik untergeordnet hat.

„Der beste Platz für die Hände eines Geburtshelfers sind seine Hosentaschen“ sagte mein Gynäkologe. Und so verhielt er sich auch. Eine Einstellung, die dem Selbstverständnis des Arztes im patriarchalischen, hierarchischen System des Krankenhauses widerspricht. (Man denke nur an die „ärztlichen Ratgeber“, mit Titel wie „Arzt und Schwangerschaft“ in denen der Arzt alles weiß, beantwortet, bestimmt kontrolliert) und auch ein fortschrittlicher Arzt wie Ulli Raupp beschreibt – verständnisvoll – Eltern, die sich für eine ambulante Entbindung entschieden haben mit goldenen Worten „... sie wollen jeden Arbeitsschritt genau erklärt haben, um eventuell mitbestimmend eingreifen zu können...“ (DG 6/82, S. 22) wer handelt wohl hier??!

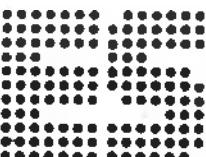
Auch das Kind wird eher bei der Hausgeburt Subjekt seiner Geburt und hat mehr Chance, glaube ich, daß der Anfang seines Lebens nach seinem Rhythmus sich entwickelt und nicht etwa nach dem Dienstplan des Krankenhauspersonals.

Aus diesen Gründen vor allem meine ich schon, daß „Hausgeburt eine richtige politische Forderung ist“. Damit allerdings auch im Krankenhaus der Mensch Subjekt seines Heilungsprozesses – oder seines Todes – sein kann, brauchen wir Schwestern, Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, die diese Einstellung auch dort durchsetzen.

In diesem Sinne, vielen Dank, C. Selke!

Mit freundlichen Grüßen,

Colette Mergeay, Bremen



Kurz notiert

USA: Kosten der Veteranen

Die Sozialleistungen für die Veteranen kosten die USA oft mehr als die Kriegsführung selbst. Eine Studie des U.S. News & World Report (25. Oktober 1982) hat ergeben, daß die direkten Kriegskosten des Civil War 23 Mrd. \$ betragen (alle Dollarangaben in 1982 \$), die Sozialleistungen an die Veteranen 74 Mrd. \$. Spanisch-amerikanischer Krieg: 5/28 Mrd. \$. Erster Weltkrieg: 169/222 Mrd. \$. Zweiter Weltkrieg 1603/456 Mrd. \$. Koreakrieg 199/76 Mrd. \$. Vietnamkrieg 312/99 Mrd. \$ (bisher). Die USA geben jährlich bis zu 38 Mrd. \$ für ihre Veteranen aus.

Chemie im Kochtopf (SPS)

„Chemie im Kochtopf – Dokumentation über Gifte im täglichen Leben, Ernährungsgewohnheiten und Landwirtschaftspolitik in der Schweiz“, heißt eine 96seitige Broschüre der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS, Bern 1982, 8 Fr.). Die Gesamtredaktion hatte Rudolf H. Strahm, Chemiker HTL, lic. rer. pol. und Zentralsekretär der SPS.

Inhalt: Gifte überall. Folgen des Giftes. Wie die Chemieindustrie reagiert. Zwänge für den Landwirt. Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft. Agrarpolitik fördert Fehlentwicklungen. Alternativen in der Landwirtschaft. Ernährungsgewohnheiten. Was tun?

Saurer Regen schädigt auch Menschen

Die Schadwirkung von Schwefeldioxid auf das Gewebe des Menschen ist in der Forschung bislang unterschätzt worden. Wissenschaftler der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung wiesen jetzt nach, daß es im Zusammenhang mit dem „Sauren Regen“ zu einer Häufung von Bronchienkrankung bei den Menschen kommt. Professor Helmut Holzer von der Forschungs-Gesellschaft erklärte in München, daß die Entgiftung von Schwefeldioxid in der Lunge bei verschiedenen Menschen nicht funktioniere und dadurch „unerwartete toxische Effekte“ entstünden, die zu Krankheiten im Bronchialbereich führen. Vor allem bei Kindern konnte man eine Zunahme der Häufigkeit und des Schweregrades von Bronchialerkrankungen bei erhöhtem Schwefeldioxidgehalt in der Luft feststellen.

Hohe Schwefeldioxidkonzentrationen in der Luft beeinträchtigen danach auch die Energieverwertung des menschlichen Organismus, so daß es zu Stoffwechselstörungen kommen kann, und die Reaktion der Nerven und Nieren.

Arbeitskreis gegen chemische und biologische Waffen gegründet

Neben neuen Atomwaffen sollen in der Bundesrepublik nach den Plänen der NATO auch weitere chemische Waffen gelagert werden. Dem chemischen und bakteriologischen NATO-Nachrüstungsbeschuß muß ebenfalls rechtzeitig entgegengewirkt werden. In der Arbeit der Friedensbewegung sind diese gefährlichen Waffen bisher eher im Hintergrund geblieben.

Der Arbeitskreis will eine Dokumentation über chemische und biologische Waffen herausgeben und sucht hierfür noch dringend Informationsmaterial und bundesweite Unterstützung.

Kontakt: Helmut Schönewelhs, Monheimsallee 91, 5100 Aachen oder Luise Wagner, Bocksgraben 84, 5100 Aachen.

Arzt wegen Friedenstaube behindert!

Dem Arzt Dr. Wolfgang Hühn wurde in Wetzlar die Einfahrt auf das Kasernengelände der Spilburgkaserne anlässlich eines Hausbesuchs bei zivilen Besuchern mit der Begründung verwehrt, das Tragen des weiß-blauen Ansteckers mit der Friedenstaube und der Aufschrift „Keine neuen Atomraketen – beendet das Wettrüsten!“ sei auf dem Kasernengelände bei Strafe verboten.

Erst nachdem er dieses Abzeichen unter Protest ablegte, konnte er seinen medizinischen Pflichten ordnungsgemäß nachkommen.

Durchbruch bei den Ärztekammerwahlen in Berlin

Erstmals seit Gründung fortschrittlicher Ärztekammerlisten ist es der Gemeinsamen Liste Krankenhaus und Praxis in Berlin gelungen, durch eine Koalition mit der Liste der Allgemeinmediziner den Vizepräsidenten und zwei Vorstandsmitglieder in der Ärztekammer Berlin zu stellen.

Die Liste, ein Zusammenschluß von gewerkschaftlich organisierten und alternativen Ärzten sowie des Marburger Bunds Berlin, hatte bei den Wahlen 40% der Stimmen erhalten und stellt somit die stärkste Gruppierung in der Ärztekammer dar. Zum Vizepräsidenten wurde Dr. Helmut Becker gewählt, Vorstandsmitglieder sind Dr. Karl Friedrich Masuhr und Prof. Friedrich Bösch, derzeit Vizepräsident der FU Berlin. Die Liste der Allgemeinmediziner stellt mit Dr. Peter Krein den Präsidenten der Ärztekammer.

die Rede in Uniform hielt, sondern auch der Tatbestand, daß er „gegen neonazistische Aktivitäten in der Bundeswehr und gegen die Aufstellung von Atomraketen in der Bundesrepublik“ protestiert habe, wurde ihm von seinem Kommandeur, Oberstleutnant Hartmann als strafverschärfend vorgeworfen.

In seiner Rede auf der antifaschistischen Kundgebung in Köln hatte Walter Popp auch die Entlassung derjenigen Bundeswehrpiloten gefordert, die mit Kampfflugzeugen des Typs Phantom auf den Himmel über dem Grab von Alt-Nazi Rudel während der Bestattung Hakenkreuzschleifen gezeichnet hatten. Bis zum heutigen Tage sind diese Offiziere weder namentlich ermittelt, noch bestraft worden.

Bei Walter Popp war der MAD (Militärischer Abschirmdienst) und der Verfassungsschutz allerdings nicht untätig geblieben.

Trotz alledem fordert W. Popp weiterhin als einer der Initiatoren des Aufrufs von „Soldaten gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik“ alle Soldaten zur Unterstützung dieses Appells auf. Geleistete Unterschriften und Anforderung von Unterschriftenlisten an seine Adresse: Weißenburger Str. 7, 5100 Aachen.

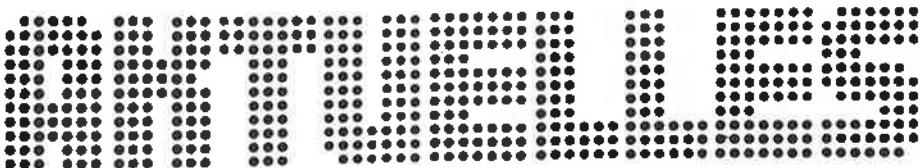
Narkosefacharzt haftet für Zwischenfälle

Wegen einer Rede auf der Kundgebung am 29. Januar 1983 aus Anlaß des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde Stabsarzt Walter Popp zu einer Disziplinarstrafe von 100 DM verurteilt. Nicht nur, daß er



Kundgebung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nazis am 29.1.1983 in Köln. Dritter von links: Stabsarzt Popp

Foto: Manfred Schulz



wegen der unabhängig von einem Vertrag in Frage kommenden Ansprüche allerdings auf den Krankenhausträger verweisen. Erst wenn dieser für den entstandenen Schaden nicht eintrete, müßten die Ärzte selbst haften.

Mit ihrer Entscheidung gaben die Karlsruher Richter der Revision zweier Ärzte statt und hoben ein Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichtes Hamburg teilweise auf. Über die Frage des Schmerzensgeldanspruches des Patienten gegenüber dem Chefarzt sowie über seine Ansprüche gegenüber dem Narkosearzt muß die Vorinstanz nun erneut entscheiden.

Im behandelten Fall hatte sich ein Postbeamter, der sich als Privatpatient in einer Hamburger Klinik einer operativen Behandlung eines Bandscheibenschadens unterzogen hatte, durch einen Narkosezwischenfall (Beatmungsblockade für das Lachgas-Sauerstoff-Gemisch) eine schwere Hirnschädigung zugezogen. Er ist seitdem dauernd erwerbsunfähig. Bei der Operation war laut Vorinstanz bei der Narkose ein erstmals alleinverantwortlicher Assistenzarzt eingesetzt worden, zu dem der Narkosefacharzt, der gleichzeitig an einer Paralleloperation bzw. -Narkose beteiligt war, keinen Blickkontakt hatte. Eindeutige Aufgabe des Facharztes wäre, so der BGH, die Führung der Narkose gewesen. Er hätte sich Klarheit darüber verschaffen müssen, wieviel er seinem Kollegen zumutten könne. (Aktenzeichen: VI ZR 77/81 vom 30. November 1982)

Pharma-Multi und Dritte Welt

Mächtig ins Zeug legt sich die Pharmaindustrie.

Mit einer „ungewöhnlichen Dokumentation über „Arzneimittel und Dritte Welt“ setzt sich der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BPI) mit den zum Teil „gehässigen“ – so der BPI – Anschuldigungen der Pharmamultis wegen ihrer angeblichen Rolle im Nord-Süd-Konflikt auseinander“ (Ärzteplatt). Während die Anschuldigungen der BPI keinen Raum für ihre Argumente in den ärztlichen Standesblättern finden, hat der BPI hier gute Lobby: Die Dokumenta-

tion wird teilweise seitenslang gewürdigt. In zusätzlich abgedruckten Kommentaren der BPI-Sprecher beklagen diese sogar den scharfen Preiswettbewerb unter den Anbietern, der oft zu knapp kostendeckenden Preisen führe (Münchner Ärzliche Anzeigen). Fast bekommt der Leser den Eindruck, die Pharmaindustrie ruiniere sich durch ihren selbstlosen Einsatz in der Dritten Welt.

Der interessierte Leser von Wirtschaftsinformationen hingegen erfährt anderes. So berichtete in diesem Monat Dieter Laengenfelder, Pharma-Verkaufsleiter der Höchst AG: Der Anteil der Entwicklungsländer am Verbrauch von Pharma-Spezialitäten dürfte sich von 21% 1981 auf 35% im Jahre 2000 erhöhen. Außerdem rechnet

Die Bevölkerung von Nicaragua ist zahnmedizinisch absolut unterversorgt. Für die Versorgung der 600 000 Einwohner Managuas stehen 20 Behandlungseinheiten zur Verfügung, von denen wegen fehlender Ersatzteile nur acht voll genutzt werden können.

Die „Aktionsgruppe Dritte Welt“ hat sich zum Ziel gesetzt, die benötigten Ersatzteile im Wert von 15 000 bis 20 000 DM zu beschaffen und durch eine zuverlässige Person direkt am Bestimmungsort abliefern zu lassen.

Um eine finanzielle Unterstützung dieser Bemühungen wird hoffnungsvoll gebeten. Spenden bitte an: Ev. Pfarramt Saulgau, KSK Saulgau, Kto.-Nr. 201 146, BLZ 653 510 50, Kennwort: Ersatzteile für Nicaragua (auf Wunsch Spendenbescheinigungen).

Kontaktadresse: Axel Michaelis, Friedrichstr. 3, 7057 Winnenden

einstiegen wollen, würden wir uns freuen.

**Kontakt: Helmut Hildebrandt
Alfred-Brehm-Platz 13
6000 Frankfurt 1
Telefon (0611) 44 52 39.**

Schwangerschaftskonfliktberatung und Sozialabbau

In einer Presseerklärung schreibt PRO FAMILIA dazu: Die neue Regierung stellt die Förderung der Familie in den Mittelpunkt ihrer gesellschaftspolitischen Forderungen. Im Widerspruch dazu steht der Abbau sozialer Leistungen, da dieser überwiegend zu Lasten der Familien geht.

Die Beratung, die von PRO FAMILIA durchgeführt wird, ist von der sozialpolitischen Situation unmittelbar betroffen. Viele Klientinnen und Klienten kommen mit Problemen, die wesentlich mitverursacht sind durch materielle Notsituationen, zu deren Lösung die Beraterinnen und Berater nur unzureichende Hilfen anzubieten haben. Damit ist die Tätigkeit der Berater in vielen Fällen zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Dieses Dilemma wird besonders bedrückend in Fällen ungewünschter Schwangerschaft, da der Abbau sozialer Leistungen die Entscheidung zum Kind zusätzlich erschwert. Damit besteht die Gefahr, daß die nach § 218b StGB vorgeschriebene Beratung über soziale Hilfen noch mehr als bisher zu einer Zumutung für Ratsuchende, Beraterinnen und Berater wird.

Projekt Gesundheit im Frankfurter Ostend

Über den Zeitraum eines Jahres (1982) haben wir (ein Apotheker, eine Sozial- und eine Diplompädagogin) Kinder und Jugendliche gesundheitserzieherisch betreut, die regelmäßig einen von einer Elterninitiative eingerichteten Abenteuerspielplatz im Frankfurter Ostend besuchten (das Ostend ist einer der sog. Problemstadteile von Frankfurt, d. h. es ist gekennzeichnet durch hohe Umweltbelastungen, soziale Unterschichtung mit starker Konzentration ausländischer Bewohner, ungenügende infrastrukturelle Ausstattung u. ä.).

Im „ruinösen Wettbewerb aus reiner Humanität“ führt Höchst die Weltrangliste mit einem Marktanteil von 3,2% an.



Höchst mit einer Ausweitung des Weltmarktvolumens von 137 auf 362 Mrd. DM. Schon jetzt zählen Argentinien, Brasilien und Indien zu den 10 größten Pharmamärkten der Welt.

Im „ruinösen Wettbewerb aus reiner Humanität“ führt Höchst die Weltrangliste mit einem Marktanteil von 3,2% an.

Unterstützt die zahnärztliche Versorgung der Menschen in Nicaragua!

Zahnärzte aus Managua haben sich über Freunde an die „Aktionsgruppe Dritte Welt“ in Winnenden mit der dringenden Bitte gewendet, sie bei der Beschaffung von Ersatzteilen für ihre zahnärztlichen Behandlungseinheiten zu unterstützen.

Zu Beginn unserer Arbeit soll in Gesprächen mit den Bewohnern rund um den Abenteuerspielplatz ein vorläufiger Katalog von „Gesundheitsbeeinträchtigungen“ zusammengestellt werden. Über neue Leute, die mit uns in die Arbeit

„Kunstfehlerprozeß“ entschieden

Nach 4 Jahren Rechtsstreit haben Ulla und Pejo Boeck in einem wichtigen „Kunstfehlerprozeß“ gewonnen. Durch die „Programmierte Geburt“ mit ärztlichen Fehlentscheidungen ist ihre Tochter Sabine schwer körperlich und geistig behindert. Durch Beschuß des Bundesgerichtshofes (BGH VI 2 R 134/81 vom 14.12. 1982) ist die Stadt Dortmund und der damalige Assistenzarzt rechtskräftig verurteilt, für die geburtsgeschädigte Tochter Sabine Schmerzensgeld und Schadensersatz zu zahlen.

In diesem Prozeß kamen sowohl die Problematik der „programmierten Geburt“ als auch der mangelhaften ärztlichen Versorgung zum Ausdruck.

Ulla und Pejo Boeck weisen auch auf die Gründung des Vereins „Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e.V.“ hin, der im November gegründet wurde. Sie haben inzwischen eine Dokumentation mit dem Titel: „Die program-

mierte Geburt der Sabine Boeck – Dokumentation einer Auseinandersetzung über Kunstfehler in der Geburtshilfe" (2. aktualisierte Ausgabe, DM 5,-, 112 Seiten, 1982, ISBN 3-9800748) herausgegeben. Informationen über den Arbeitskreis und die Dokumentation sind erhältlich bei:

Ulla und Pejo Boeck, Düsseldorfer Str. 19, 4600 Dortmund 1, Tel. (0231) 52 97 71.

Für die mittlerweile erheblichen Prozeßkosten existiert folgendes Spendenkonto: Stichwort „Arbeitskreis“ P. Boeck, Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr. 32600-464.

Frankreich: Krieg der Chefärzte gegen den Gesundheitsminister

Jack Ralite

„Die französische Medizin war weltweit anerkannt. Jetzt will Jack Ralite sie zerstören.“ So lautet die Meinung vieler Chefärzte und Professoren in Frankreich. Mit einer landesweiten Petition, die von der konservativen Zeitung „Figaro-Magazin“ initiiert wurde, wenden sie sich an Präsident Mitterand, um ihre Standesinteressen zu sichern. Worum geht es: Im Rahmen der Demokratisierung des Gesundheitswesens plant Ralite eine Verordnung, nach der die Abteilungs-Chefärzte nicht mehr – wie bisher – auf Lebenszeit ernannt werden, sondern auf vier Jahre gewählt werden. Dabei werden nicht nur alle Abteilungsärzte an der Wahl beteiligt, sondern – Welch ein Schock – auch das nichtärztliche Personal mit einem Stimmengewicht von 12,5%!

Für die Chefärzte bricht eine Welt zusammen. Bisher verteilten sie die besten Posten unter sich und nun wittern sie alle Anzeichen für den Klassenkampf im Krankenhaus. Sie befürchten, daß die Abteilungsleiter dem Druck der Basis ausgesetzt werden. „Was wird aus der Krankenhaus hierarchie? Was wird aus der Motivation des jungen Assistenzarztes, einmal selbst Chefarzt zu werden?“ Ein Prof. Debré beurteilt die Situation so: „Dies Projekt kann man in wenigen Worten zusammenfassen: niedrig mit den Chefs, niedrig mit der Hierarchie, es lebe die Anarchie. Wie anders kann man die dauernden Wahlen bezeichnen, die Einführung gewerkschaftlicher Macht in medizinische Entscheidungen? Wie kann man akzeptieren, daß Ärzte vom Pflegepersonal gewählt werden?“

Die konservative Presse sieht schon jetzt den guten Ruf der französischen Medizin ruiniert und die Qualität der medizinischen Versorgung sinken: Dort, wo die Medizin total sozialisiert ist, in den Ländern des Ostens, sei sie auch die schlechteste der Welt.

Termine:

Alle Termine veröffentlichen wir völlig kostenlos, im Gegenteil, wir wissen immer gerne, wo was los ist! Bitte beachtet, daß wir die Termine mindestens 3 Wochen vor Erscheinen der Ausgaben haben müssen!

19.–20.4.1983, München
Klinikum rechts der Isar
Arbeitstagung für Krankenpflegepersonal. Themen: Pflege- und Dokumentationssysteme, Berufsbilddiskussion, Gemeindekrankenpflege, Kommunikation im Stationsteam, Pflegeplanung. Anmeldung: C. Knab, Preysengstr. 11, 8000 München 8

23./24.4.1983, München
3. Medizinischer Kongreß zur Verhinderung eines Atomkriegs – „Wir werden Euch nicht helfen können!“

In einem KREDITAUFRUF wenden sich die Veranstalter des Kongresses an alle Interessierten mit der Bitte um persönliche zinslose Kredite zwischen DM 300,— und 3000,— zur Vorfinanzierung des Kongresses, der insgesamt DM 10000,— kosten wird. Ohne diese Kredite ist eine vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit erheblich beeinträchtigt. Rücküberweisung erfolgt nach dem Kongreß. SONDERKONTO: Medizinischer Kongreß 1983 zur Verhinderung eines Atomkriegs. Stadtsparkasse München (BLZ 701 500 00), Kto.-Nr. 88-127055. Kontaktadresse: Münchener Ärzteinitiative gegen Atomenergie und Medizinische und Öffentliche Verantwortung. Joachim Schöngut und Thomas Schramm, Tel. priv. (089) 401782 und (089) 2712471, c/o Gesundheitsladen München, Reisinger str. 13, 8000 München 2

29.4.–1.5.1983
Vollwert-Ernährung
Kongreß der Unabhängigen Gesundheitsberater in Gießen.

Kontakt: Verband Unabhängiger Gesundheitsberater, Keplerstr. 1, 6300 Gießen.

3.–6.5.1983, Karlsruhe
Jahrestagung des Verbandes der Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten
Auskunft: Geschäftsstelle des Verbandes, Postfach 12, 3134 Bergen/Dumme, Tel. (05845) 734

7.5.1983, Hamburg
Wie gut ist unsere Ausbildung?
Bestandsaufnahme und Perspektiven der zahnmedizinischen Berufe – eine Diskus-

Verschiedenes

sionsveranstaltung mit Arbeitsgruppen der Vereinigung Demokratische Zahnmedizin. Auskunft: Ralf Wetzel, Tel. (040) 5110454 oder 5228248

4.–7.5.1983, Göttingen
Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin
Auskunft: Abt. für Arbeits- und Sozialmedizin der Uni Göttingen, Windausweg 2, 3400 Göttingen, Tel. (0551) 394950

11.–14.5. Badgastein – I. Internationaler Kongreß „Medizin und Umwelt“. Kontakt: Gesellschaft für internationale

ärztliche Fortbildung, Mettmanner Straße 69, 4030 Ratingen 1.

10.–14.5.1983, Kassel
86. Deutscher Ärztetag

9.–11.5.1983, Goslar
Tagung der Deutschen Vereinigung für den Sozialdienst im Krankenhaus e.V.
Themen: Datenschutz – Sozialgeheimnis und befügte Offenbarung – Ärztliche Schweigepflicht

Auskunft: Frau M. Mehrs, Deutsche Vereinigung für den Sozialdienst im Krankenhaus e.V., Langebeckstr. 1, 6500 Mainz, Postfach 3960

Kleinanzeigen- markt/Stellen- anzeigen

Unsere Kleinanzeigen sind relativ billig und erreichen derzeit mindestens 3500 Leute, die sich für eine fortschrittliche Gesundheitsversorgung engagieren.

Preis: 5 Zeilen à 25 Anschläge nur 5 DM. Jede Zeile mehr (25 Anschläge) 1 DM. Postkarte an: Ulli Raupp, Spyckstr. 61, 4190 Kleve.

Zuschriften auf Anzeigen mit Chiffre bitte auch unter Angabe der Chiffre-Nummer auf dem Briefumschlag an o. a. Adresse.

Suche zur Gründung einer Gruppenpraxis

In Saarbrücken Psychologen/in, Krankengymnasten/in, Arzt/Ärztin. Bin praktischer Arzt, bisher Innere, Haut, Vertretungen.

Dieter Greverus, Pfählerstr. 19 6600 Saarbrücken, Tel. (0681) 58 42 48

Suche interessierte Leute für Medikamentenberatung und Pharmagruppe in Düsseldorf. Kontaktadresse:

Uwe Jander
Hafenstr. 9, Tel. (0211) 324815
4000 Düsseldorf 1

Der Preisshit des Jahres

Für nur DM 0,60 (Porto) zwei gute Taten und eine Aktion gegen Pharmawerbung:

- der Briefträger muß weniger tragen
- die Müllabfuhr hat weniger Arbeit
- die Pharmaindustrie ärgert sich schwarz!

Postkarte genügt:

Absender _____

Postkarte _____

Bestelle ab sofort
Ausgabe C

Deutsches Ärzteblatt
Postfach 400 440

5000 Köln 40

Unterschrift _____

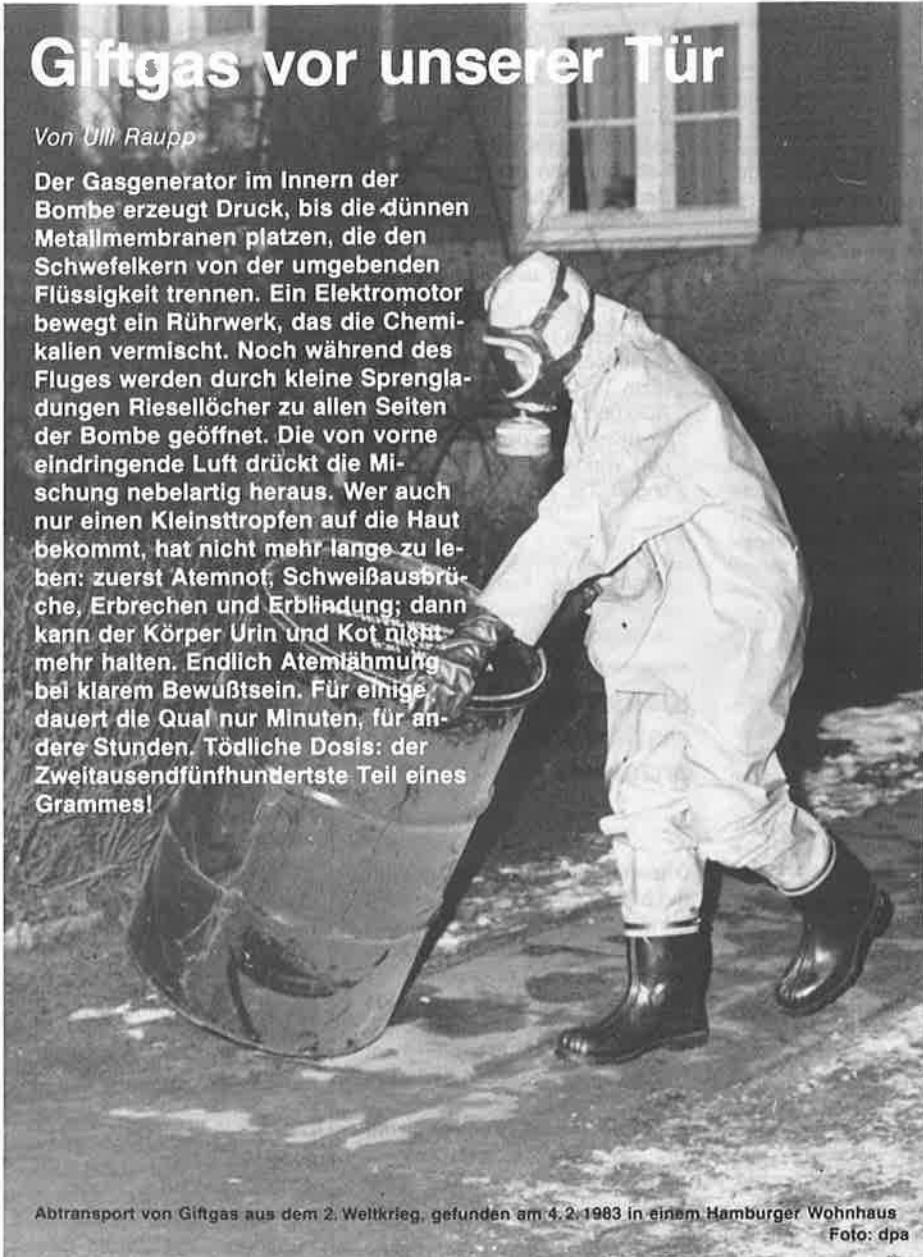
Die Ausgabe C hat den gleichen „wissenschaftlichen“ und berufspolitischen Inhalt (darauf kann man auch oft verzichten), aber viel weniger Pharmawerbung (alle Doppelganzseiten entfallen). Ein Genuss!

Felix

Giftgas vor unserer Tür

Von Ulli Raupp

Der Gasgenerator im Innern der Bombe erzeugt Druck, bis die dünnen Metallmembranen platzen, die den Schwefelkern von der umgebenden Flüssigkeit trennen. Ein Elektromotor bewegt ein Rührwerk, das die Chemikalien vermischt. Noch während des Fluges werden durch kleine Sprengladungen Riesellocher zu allen Seiten der Bombe geöffnet. Die von vorne eindringende Luft drückt die Mischnung nebelartig heraus. Wer auch nur einen Kleinsttropfen auf die Haut bekommt, hat nicht mehr lange zu leben: zuerst Atemnot, Schweißausbrüche, Erbrechen und Erblödung; dann kann der Körper Urin und Kot nicht mehr halten. Endlich Atemlähmung bei klarem Bewußtsein. Für einige dauert die Qual nur Minuten, für andere Stunden. Tödliche Dosis: der Zweitausendfünfhundertste Teil eines Grammes!



Abtransport von Giftgas aus dem 2. Weltkrieg, gefunden am 4.2.1983 in einem Hamburger Wohnhaus

Foto: dpa

Die Rede ist von Kampfgas, Nervengas VX aus der Reihe der neuen, binären chemischen Kampfstoffe! Binär' heißt, daß zwei wenig giftige Substanzen die Grundstoffe bilden, die erst kurz vor dem Einsatz, durch den beschriebenen Mechanismus, zum hochgiftigen Kampfstoff werden. Während die Auseinandersetzung um Strahlenfolgen im Gesundheitswesen bereits breiten Raum eingenommen hat – wohl auch wegen des täglichen Umganges – sind die Giftgaswirkungen noch weitgehend unbekannt (siehe Kasten).

Bei uns haben alle offiziösen Stellen ein erhebliches Interesse daran, die Diskussion um Giftgas klein zu halten. Bereits im August 1969 bringt der Pfarrer G. Heipp von Rieschweiler-Mühlbach die Gefahr des Giftgaslagers im benachbarten Maßweiler an die Öffentlichkeit und fordert die Auflösung. In der Sendung 'Monitor' vom 28. 4. 1981 wird ausführlich über die Lagerung von 2000 Tonnen Giftgas im US-Depot Fischbach, Landkreis Pirmasens, berichtet. Pirmasenser Zeitungen veröffentlichen tags drauf Bilder von einem US-Giftgastransport durch den Ort. Eine Journali-

sten-Anfrage an das Auswärtige Amt beantwortet der zuständige Staatsminister, Dr. Peter Corterier, noch am 28. 7. 1982 folgendermaßen: (Auszug)

„Was Ihre Frage nach einer Vorausunterrichtung der Bundesregierung über eine ggf. bevorstehende Lagerung chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland betrifft, so hat die amerikanische Regierung ausdrücklich erklärt;

- daß es keine Entscheidung und keinen Vorschlag gibt, die zur Produktion vorgesehenen binären chemischen Kampfstoffe außerhalb der USA zu lagern, und
- daß, falls eine solche Entscheidung je in Betracht käme, ihr umfassende Konsultationen mit den betroffenen Verbündeten vorausgehen müßten. Damit ist nicht allein die Unterrichtung der Bundesregierung, sondern ihr Mitspracherecht sichergestellt.“

Im Gegensatz dazu geht schon im Jahrbuch 1982 des anerkannten Friedensforschungsinstitutes SIPRI der C-Waffen Ex-

perte J.P. Robinson davon aus, daß in Fischbach einige Tausend Tonnen chemischer Munition, die mit den Nervengiften VX und GB (Sarin) gefüllt ist, lagern.

VX-Wirkung im Körper

Die Übertragung von Nervenimpulsen z. B. im Gehirn, im vegetativen Nervensystem, in von uns aktiv zu bewegenden Muskeln geschieht mit Acetylcholin (ACh). Ein Muskel, dessen Fasern ständig durch ACh erregt werden, würde schließlich „aus Erschöpfung“ Zeichen einer Lähmung zeigen. Dies wird durch das Ferment Cholinesterase (ChE) verhindert, das im Wechselspiel mit ACh steht. Die ChE baut ACh ab, so daß der Muskel sich kurz erholen kann.

In der Medizin werden diese Kenntnisse z.B., bei der Krankheit Myasthenie genutzt. Sie äußert sich in rascher Ermüdbarkeit, allgemeiner Schwäche, die auch die Atemmuskulatur betrifft. Bei dieser Erkrankung steht nicht genügend ACh für die Muskelregung zur Verfügung. Setzt man nun Hemmstoffe des 'Gegenspielers' ChE ein, ist die ACh-Konzentration erhöht und die Muskelkontraktion ist stärker und kann öfter durchgeführt werden.

Die Wirkung dieser therapeutisch verwendeten 'Cholinesterasehemmstoffe' ist reversibel. Es gibt aber auch solche, die eine irreversible Hemmung der ChE (für Tage bis Wochen) verursachen; z.B. eben Phosphorsäureesterverbindungen, die in den 30er Jahren als Schädlingsbekämpfungsmittel entwickelt wurden und auch im VX enthalten sind.

Bei schweren Vergiftungen mit phosphororganischen Insektenvertilgungsmitteln muß die Atem Schwäche sofort mit künstlicher Beatmung behandelt werden. Ursachen der Schwäche sind Bronchialsekretbildung und Verkrampfung der Bronchien, Lähmung der Atemmuskulatur durch Dauerregung, Aufhebung des Hustenreflexes, Unterdrückung des Atemzentrums im Gehirn. Die Beatmung muß über Tage mitunter Wochen durchgeführt werden.

(siehe: Interne Intensivmedizin (P. Schölerich u.a.)

S. 259

Gefährdung durch Lagerung und Transport

Auch hier nähren geheimnistuerische und widersprüchliche Verlautbarungen der Regierungsstellen jeden Verdacht. Aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften, die besagen, daß der „Transport von und nach und die Lagerung in Gebieten, die nicht der amerikanischen Rechtsprechung unterliegen, hinsichtlich des Kampfstoffes oder der Menge oder des genauen Ortes“ bis zum 21. 12. 2005 geheim bleiben müssen, gibt die Bundesregierung seit 1969 (Giftgasunfall mit amerikanischem Nervengas auf Okinawa) regelmäßig folgende Erklärung ab:

„Angaben darüber, wo diese Waffen gelagert werden, unterliegen strikter Geheimhaltung. Daher ist die Aussage, daß sich an einem bestimmten Ort



US-Militärkonvoi nach dem „Pershing“-Raketentransport-Unglück in Walprechtsweier

Foto: Udo Leuschner

keine chemischen Waffen befinden, nicht möglich. Ein Transport chemischer Waffen im Frieden findet nicht statt. Eine Gefährdung, z.B. durch Verkehrsunfälle ist deshalb ausgeschlossen.“

Wenn die Angabe von US-Senator Henry Jackson vom 17. 9. 1980 im amerikanischen Senat zutrifft, wonach alljährlich bei den amerikanischen Giftgasbeständen etwa 4000 Unwägigkeiten auftreten, dann kann davon ausgegangen werden, daß bei einer Lagerung von derzeit etwa 2-5% des amerikanischen C-Waffen-Potentials auf deutschen Boden, 80-200 solcher Lecks in den US-Sondermunitiondepots auftreten können. Dann allerdings müssen die ungedichten Granaten abtransportiert und vernichtet werden.

Gestützt auf öffentlich zugängliche Informationen wurden in zwei kürzlich erschienenen Büchern (3 und 4 siehe Materialliste im Doku-Teil) folgende vermutete Lagerorte in der BRD genannt:

- PIRMASENS: 59. Feldzeugbrigade: Hauptquartier für chemische Operationen der US-Army in Europa
- FISCHBACH: 640. Feldzeugkompanie
- MIESAU: 9. Feldzeugkompanie
- WEILERBACH: bei Kaiserslautern: 9. Feldzeugkompanie
- KRIEGSFELD: bei Bad Kreuznach: 619. Feldzeugkompanie
- SIEGELBACH: 525. Feldzeugkompanie

Außerdem wurden in einem SIPRI-Bericht von 1980 und aus Anlaß einer Parlamentarischen Anfrage folgende Orte genannt: Mannheim/Viernheim, Hanau, Maßweiler, Reinheim bei Darmstadt, Mörfelden sowie St. Wolfgang, Hainer oder Bernbach (alle drei bei Hanau). Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß auch in der DDR größere Giftgasdepots der UdSSR angenommen werden. Sowjetische Experten streiten dies ab. J.P. Robinson erwähnt ein sowjetisches chemisches Depot außerhalb des

UdSSR-Staatsgebietes. William Arkin, der die amerikanischen Atomwaffenlager in der BRD entdeckte, ging in einem Beitrag für die Zeitschrift der schwedischen Akademie der Wissenschaften von 6 Sondermunitiondepots jeweils in der Nähe der sowjetischen Hauptquartiere in der DDR aus.

Wieso gerade bei uns?

„Das Vorhandensein eines nicht unerheblichen Potentials der C-Kriegsführung hebt die nukleare Schwelle an und bildet eine notwendige Antwort, die die Sowjetunion und daher auch die Vereinigten Staaten nicht gefährden kann . . . Vorgeschoßene Lager mit chemischer Munition der NATO sind in ausreichender Zahl nötig, um die C-Kriegsführung wirksam zu unterstützen und damit einen günstigen Ausgang zu erreichen.“

(Major A. Bambini, US-Military Review, April 1981)

„Ich will, wie gesagt auch gar nicht ausschließen – ich halte es sogar für wahrscheinlich, – daß zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Waffen erst einmal da sind, über die NATO versucht wird, eine Stationierungentscheidung für Europa herbeizuführen.“

(Dr. H. Rühle, Chef des Planungsstabes im BM Vg am 1. 3. 1982 im NDR.)

Die BRD ist zur Zeit das einzige NATO-Land, in dem außerhalb der USA – Nervenkampfstoffe gelagert werden. (Außerdem werden im westlichen Europa nur noch in Frankreich Nervenkampfstoffe etwa in der Größenordnung von 1000 bis 3000 Tonnen gelagert.) Alle anderen NATO Länder haben abgelehnt. Sollte die Abschreckung jemals versagen, dann können wir davon ausgehen, daß die BRD und die DDR der chemische Kriegsschauplatz sein werden. Bereits im September 1980 hat US-Senator Hatfield, einer der Giftgasgegner im Senat, darauf hingewiesen, daß das neue C-Waffen Produktionsprogramm im Senat keine Mehrheit erhalten würde, wenn die USA das potentielle

Schlachtfeld für chemische Waffen wäre: „Aber es sind nicht die USA, es ist Europa und hauptsächlich Deutschland, wo ein solcher Konflikt stattfinden würde.“

Eine Herausforderung für die Friedensbewegung

Durch die „Monitor“ Berichterstattung aufgeschreckt fanden sich Bürger aus der Umgebung von Pirmasens zu einer „Initiative gegen Giftgas“ zusammen. Im August 1981 erlebte die Stadt die größte Demonstration (6000) in ihrer Geschichte. Nach einer von 2000 Teilnehmern besuchten Kundgebung des DGB-Landesbezirkes gegen die Giftgaslagerung in Rheinland-Pfalz im November 1981 kündigt Julius Lelbach (DGB) im April 1982 Verfassungsklage gegen Giftgaslager an. Ein deutsch-französisches Komitee wird gegründet. Auf dem „Hambacher-Fest“ der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung im Mai sowie einem Friedensfest in Maßweiler im Juli 1982 arbeiten 28 Gruppen und Verbände erfolgreich zusammen. Erstmals beteiligt sich auch der DGB an einer Veranstaltung der Friedensbewegung. Eine deutsch französische Manifestation sowie eine internationale Konferenz gegen Giftgas und Atomraketen fanden im November statt. Anfang dieses Jahres wurde eine Unterschriftensammlung (siehe DOKU-Teil S. V) und ein offener Brief an R. Reagan mit bekannten Erstunterzeichnern (s. DOKU-Teil S. VI) initiiert. Waldemar Stadtherr, Koordinator der „Initiative gegen Giftgas – bundesweit“ schreibt, daß bis zum 25. 1. 1983 bereits 4500 Unterschriften eingegangen sind. 60 Gruppen sind bereits bundesweit tätig. Erste Kontakte zu Gruppen in den USA sind geknüpft. Ein wissenschaftliches Archiv, über das alle Bücher und Schriften zum Thema bezogen werden können ist erstellt, die Eintragung zum e.V. steht bevor.

Das alles hat hohe Kosten verursacht, und hier liegen auch große Probleme für die Koordination. Deshalb: Verbreitert den Brief an Reagan und arbeitet mit den Unter-



Ungefähr 1000 Menschen protestieren am 4. 9. 1982 in der südhessischen Kreisstadt Meppenheim gegen die US-Giftgasanlage bei Viernheim

Foto: Udo Leuschner



schriftenlisten (Texte: siehe DOKU-Teil). Bestellt die Schriften aus der Archivliste (DOKU-Teil). Spendet für die Arbeit der Initiative:

Initiative gegen Giftgas – Bundesweit
c/o Waldemar Stadtherr

Gärtnerstr. 10
Postfach 2704
678 Pirmasens
PschA Ludwigshafen, Kto: 1404 42-679

Streik im Waffendepot?

„Mal eben anderthalb Tonnen Munition aus einem amerikanischen Waffendepot in Bayern zu klauen, könnte eher zum Spaziergang als zum Selbstmordkommando geraten. Einem Wachposten in die Hände zu laufen, in elektronische Fäden zu tappen, braucht kaum einer zu befürchten. Bestenfalls versperrt ein verrosteter Drahtzaun den Weg. Ist er aufgeschnitten, das Tor zum Depot aufgebrochen, finden sich Pistolen, Gewehre, Flak, Raketen, Panzer und jeweils die passende Munition. Wer lieber einen Behälter Giftgas unter den Arm packt, braucht kaum mit größeren Widerständen zu rechnen.“ So schildert Heinrich Linden, Geschäftsführer der Abteilung Stationierungsstreitkräfte der ÖTV, wie es häufig um die Sicherheit der Depots bestellt ist.

Richard Wagner, Berater des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger, gestand der französischen Nachrichtenagentur AFP der Detroiter Zeitung „free press“ vom 2. 1. 1983: Diese Sicherheitsfragen berieten ihm „buchstäblich schlaflose Nächte“. An „Unzulänglichkeiten“ nannte er unter anderem „mangelnde Beleuchtung und fehlende elektronische Überwachungsanlagen oder den schlechten Zustand der Schutzzäune.“ Berater Wagner bezog sich dabei noch nicht einmal auf Depots sogenannter konventioneller Waffen. Er sprach von „Militärzonen in Westeuropa, in denen Atomwaffen gelagert sind“.

Seit zwei Jahren fordert die ÖTV die Stationierungsstreitkräfte auf, mehr Wachleute einzustellen und deren Arbeitsbedingungen zu verbessern. Verhandlungen brachten keinen Erfolg. Am 27. 12. 1982 erklärte die ÖTV die Verhandlungen für gescheitert. Im Schreiben vom 29. 12. 1982 an Innenminister F. Zimmermann faßt die ÖTV zusammen: Seit zwei Jahren habe sie auf die völlig unzulängliche Personalausstattung hingewiesen. Die Lage sei noch verschärft, seit Deutsche und Amerikaner den „Vertrag zur Unterstützung amerikanischer Verstärkungstruppen im Krisen- oder Kriegsfall“ (VHNS) am 15. 4. 1982 abgeschlossen hätten. Danach sollen zusätzliche Waffen- und Munitionslager angelegt, beispielsweise die Munitionsvorräte verdreifacht werden. Schon jetzt aber seien die Beschäftigten in ihrer Berufsausübung ständig überfordert. Lange Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und inhumane Unterbringung stehen im krassen Gegensatz zu der inhumanen Aufgabe, die diese Beschäftigten im Interesse der öffentlichen Sicherheit erfüllen sollten. Solche Arbeitsbedingungen führen dazu, daß bei einigen Wacheinheiten bis zu 95% des Personals jährlich wechselt.

Aus: ÖTV-MAGAZIN 2/83

Zivildienstleistende streiken

Am 27. 1. 1983 haben mindestens 11 000 Zivildienstleistende (ZDL) gegen das neue, von CDU/CSU und FDP verabschiedete KDV-Gesetz gestreikt und in vielen Städten öffentliche Aktionen und Demonstrationen durchgeführt. Gegen den Streik wurde vorher vom zuständigen Familienminister Geißler (CDU) und dem Bundesamt für den Zivildienst massiv Druck auf die Dienststellenleiter und die ZDL ausgeübt, wobei man an die Ungezüglichkeit des Streiks (ZDL haben wie Soldaten kein Streikrecht) und die damit zu erwartenden disziplinar- bzw. strafrechtlichen Konsequenzen erinnert. Dagegen haben die ZDL auf vielen örtlichen Streiksitzungen beschlossen, ihre Dienststellenleiter zur Meldung der Ungezüglichkeit aufzufordern, um so den zivilen Ungehorsam als gewaltfreie Widerstandsform öffentlich und den staatlichen Behörden gegenüber bewußt zu machen. Damit sich der Streik nicht gegen die von ZDL betreuten Menschen richtet, wurden überall Notdienste eingerichtet.



Warum der Streik?

Im Dezember 1982 haben die derzeitigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP in einem bisher ungekannten Eiltempo ein neues KDV-Gesetz durch das Parlament gepeitscht, das die Situation der KDVer drastisch verschlechtert. Dieses Gesetz ist ein bewußter Schlag gegen die Kriegsdienstverweigerer, aber auch gegen die Friedensbewegung insgesamt gedacht, gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit mit Falschaussagen zu dem Gesetz Wahlkampf betrieben. Es wird durch die genannten Parteien der Eindruck verbreitet, die „Gewissensprüfung“ sei abgeschafft, lediglich eine mündliche Prüfung sei zur Anerkennung erforderlich.

Dies ist jedoch völlig falsch. Das Gesetz bewirkt neben der Bestrafung der Kriegsdienstverweigerer durch einen 5 Monate längeren und erheblich verschlechterten Zivildienst einen massiven **Abbau des Rechtschutzes** der KDVer.

Veränderungen durch das neue Gesetz

- Für viele KDVer (Soldaten, Zweitanträger, Reservisten, alle, die schon einen Einberufungsbescheid erhalten haben) besteht die Gewissensprüfung in der alten Form weiter, also mit mündlicher Verhandlung.
- Für die anderen KDVer besteht der Zwang zu einer schriftlichen Begründung, die von einem weisungsgebundenen Beamten des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ) geprüft wird. Die Anerkennung ist nur ein mögliches Ergebnis der neuen „Gewissensprüfung“. Erhebt der Beamte Zweifel an der Gewissensentscheidung, so muß der KDVer ebenfalls in eine mündliche Verhandlung. Diese unterscheidet sich von der bisherigen Regelung immerhin dadurch, daß der von der Bundeswehr bezahlte Vorsitzende neben 2 Beisitzern (bisher 3) Stimmrecht hat und somit entscheidend zur Ablehnung des Antrages beitragen kann.



■ Wird die schriftliche Begründung von dem Beamten einfach als unzureichend abgelehnt, kann der KDVer nicht einmal mehr auf dem bisherigen Instanzenweg seine Anerkennung erreichen. Lediglich eine kostenpflichtige Klage vor den (stark überlasteten) Verwaltungsgerichten ist möglich, um anerkannt zu werden. Dies kann Jahre dauern.

■ Vermutlich werden gerade die schriftlichen Begründungen abgelehnt, die von KDVer mit geringerer Schulbildung verfaßt werden. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung wird damit noch mehr zu einem Ausnahmerecht schulisch Privilegierter.

■ Neben der eindeutigen Verschärfung der Prüfungspraxis werden die KDVer durch die Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate (Wehrdienst 15 Monate) doppelt bestraft. Dies verstößt eindeutig gegen Artikel 12a des Grundgesetzes („Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten“), ist also offener Verfassungsbruch.

■ Im Gesetz werden weiterhin gravierende Verschlechterungen in der Praxis des Zivildienstes (ZD) verfügt, beispielsweise in der heimatfernen Einberufung der Zivildienstleistenden (ZDLer) und der damit einhergehenden Zielsetzung, daß sich die ZDLer die Zivildienststelle nicht mehr aussuchen dürfen; eine Regelung, die letztlich zu Lasten der betreuten Menschen gehen wird.

Ziele des Gesetzes

Einmal wird mit dem Hinweis auf Gleichbehandlung von Soldaten und ZDL eine Verschlechterung der ZD-Praxis verfügt (heimatferne Einberufung), auf der anderen Seite wird der Gleichbehandlungsgrundsatz bei der Dienstzeitdauer grob verletzt.

Das neue KDV-Gesetz verfolgt hauptsächlich 2 Ziele:

1. sollen Wehrpflichtige von der Kriegsdienstverweigerung abgeschreckt werden (durch die Verlängerung des Zivildienstes)

2. soll durch den erheblichen Abbau des Rechtsschutzes der KDVer und den zunehmenden Einfluß der staatlichen Behörden bei der Prüfungspraxis die Anerkennungsquote weiter gesenkt werden.

Die KDV-Rate soll der militärischen Bedarfsplanung völlig untergeordnet werden. Dafür spricht auch, daß das Gesetz vorerst nur 2 Jahre gelten wird und dann 1986, in der Planungsphase der Bundeswehr für die geburtenschwachen Jahrgänge, durch weitere Verschlechterungen ergänzt werden soll.

Dieses Gesetz wurde im Dezember bei einem öffentlichen Hearing im Jugendausschuß des Bundestages von Verwaltungs- und Verfassungsjuristen und der Mehrzahl der 18 anwesenden Parteien, Verbände

und KDV-Organisationen abgelehnt, lediglich der Christliche Gewerkschaftsbund und der Bundeswehrverband stimmten dem Gesetzentwurf zu.

Wo ist die Friedensbewegung?

Leider ist der öffentlich wirksame Protest gegen das neue KDV-Gesetz fast nur von den ZDL und den KDV-Verbänden gekommen, die Friedensbewegung insgesamt war nicht aktiv genug. Besonders die Friedensbewegung im Gesundheitswesen sollte jedoch die KDV-Gesetzgebung aufmerksam verfolgen.

– Über 60% aller ZDL arbeiten im weiteren Bereich des Gesundheitswesens (Pflege- und Betreuungsdienste, Krankentransport und Rettungsdienst). Die angeführten Verschlechterungen im Zivildienst werden die Motivation der ZDL und damit die Betreuung der Patienten etc. negativ beeinflussen.

– ZDL arbeiten ohne jeden Anspruch auf gewerkschaftliche Rechte (Arbeitszeit, Streikrecht...) in einem „außerordentlichen Dienstverhältnis“. Unter der derzeitigen Spar- und Rationalisierungswelle besteht ein zunehmend spürbares Interesse der Behörden und Verwaltungen ZDL im Pflege- aber auch Arztsbereich als billige Arbeitskräfte einzusetzen und noch weiter Planstellen zu vernichten. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Beschäftigten und die ZDL gegeneinander ausgespielt werden.

– Der Zivildienst ist wie das Gesundheitswesen durch eine massive (gesetzgeberische) und eine schlechende Militarisierung bedroht. Im Zivildienst konnte der breite Einsatz in Zivil- und Katastrophenschutz nur durch die Androhung eines energischen Widerstandes verhindert werden. KDV-Neuregelungsgesetz und Gesundheitssicherstellungsgesetz (und die zu erwartenden Nachfolger) zielen in eine Richtung: Beide Male soll unter Verwendung der „Helferrolle“ ein riesiger Teilbereich der sozialen Dienste zu einem paramilitärischen Dienst umfunktioniert werden.

Der Schlag gegen die Kriegsdienstverweigerer ist ein Schlag gegen die Friedensbewegung insgesamt. Auch wenn das Land Bremen bei der Verabschiedung des Gesetzes am 4. 2. 1983 im Bundesrat Verfassungsklage angekündigt hat, dürfen wir nicht zögern, sondern müssen **unseren** Forderungen in der Öffentlichkeit viel mehr Nachdruck verleihen. (Die SPD-Entwürfe sind ebenfalls völlig unannehmbar, z. B. 19 Monate Zivildienst.) Die Friedensbewegung muß sich den Forderungen der ZDL und KDV-Organisationen anschließen:

- Sofortige Rücknahme des neuen Gesetzes
- vollständige und ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung

- Amnestie für alle verfolgten und bestraften Kriegsdienstverweigerer
- 15 Monate Zivildienst, keine Militarisierung des Zivildienstes

Ralph Müller

Deutsche Friedensgesellschaft/
Vereinigte Kriegsdienstgegner
(DFG/VK)

PS:

1. Da Übergangsregelungen des neuen Gesetzes schon am 1. 7. 1983 wirksam werden und zahlreiche zusätzliche Veränderungen (z.B. Heraufsetzung der Altersgrenze) hier nicht ausgeführt werden konnten, empfehle ich allen KDV, sich bei Beratungsstellen zu erkundigen.

2. Zur Vorbereitung für KDV aus dem Gesundheitswesen haben wir eine Broschüre mit dem Titel „Militärmedizin – Maschinengewehre hinter der Front“ herausgebracht. Zu bestellen bei Ralph Müller, Wilhelmstr. 87, 2247 Lunden (4,50 DM in Briefmarken beilegen).

Informationsblatt und Diskussionsform für Zahnärzte (–innen), Helferinnen, zahnmedizinische Fachhelferinnen, Zahntechniker (–innen) und Studierende

der artikulator



NOCH LIEFERBARE HEFTE :

SONDERAUSGABE

KINDER- U. JUGENDZAHNHEILKUNDE IN DER KRISE

AUSGABE SEPTEMBER 1981

- Selbstbeteiligung: nein danke
- Strahlengefährdung d. Röntgen?
- Kollektive Prophylaxe kontra Individualpropylaxe

AUSGABE MÄRZ 1982

- Zahnmedizin und Zuckerindustrie
- Medizin und Atomkrieg
- KFO zwischen Wissenschaft und Geschäft
- Zur Lage der Helferinnen

AUSGABE OKTOBER 1982

- Elterninitiative Zuckertee-Karies
- Medizin ohne Menschlichkeit
- Das deutsche Zuckerkartell

IN VORBEREITUNG:

SONDERHEFT (ZAHN-)MEDIZIN UND FASCHISMUS

5.-
VEREINIGUNG zzgl. Postfach 53
DEMOKRATISCHE Porto 3550 Marburg
ZAHNMEDIZIN e.V.

Forschen für den lautlosen Tod

Gibt es eine Giftgasmafia in der Bundesrepublik?

Von Peter Hildebrandt, Elisabeth Götz-Seydel, Fritz Seydel

Am 26. Mai 1982 erprobte die Landesbereitschaftspolizei Niedersachsens den Kampfstoff CS auf eigenem Gelände. Eine der „Versuchspersonen“, der 19jährige Polizist Michael R. starb zwei Tage später beim Baden. Erst 3 Monate nach seinem Tod sah man sich veranlaßt, den Körper auf Zusammenhänge zwischen dem Gasversuch und dem Badetod hin an der Medizinischen Hochschule Hannover zu untersuchen. Im Dezember wurden die Untersuchungen – wie zu erwarten – ohne Ergebnis abgebrochen. Niedersachsens CDU-Innenminister Möcklinghoff jetzt zur Einführung des vietnamkriegserprobten Kampfstoffes CS bei der Polizei lapidar: „Auch Zigaretten schädigen die Gesundheit.“¹⁾

Vor der Einführung hatte sich die Polizei den „Reizstoff CS“ in einem bundesdeutschen Labor auf seine Wirksamkeit hin untersuchen lassen, am Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung.²⁾ Gutachter Dr. Schreiber empfahl den Kampfstoff als den „Reizstoff der Wahl“. Im Gutachten wird sogar die Befürchtung geäußert, daß der Kampfstoff beim Einsatz „eher unterdosiert“ würde. Gleichzeitig wird in dem Schriftstück vom Fall eines „Reizstoffgeschädigten Kleinkindes“ berichtet. Es heißt dazu: das sei „nicht mehr als Grenzfall, sondern als echter Unfall zu betrachten“ und liege damit außerhalb der Bewertung. Liegt der Tod des Hannoverschen Polizisten auch „außerhalb der Bewertung“?

CS ist keinesfalls der einzige Kampfstoff, an dessen Wirkungsweise in bundesdeutschen Labors geforscht wird. Vergleichsweise ist CS sogar ein weniger gefährliches Gift.

Um ein Vielfaches giftiger sind der Kampfstoff LOST, der im Ersten Weltkrieg zum Einsatz kam, die Kampfstoffe Sarin, Tabun und Soman, die im Zweiten Weltkrieg entwickelt wurden und schließlich die VX-Kampfstoffe, die heute in den Giftgas-Depots der USA lagern. – Gerade in den letzten Monaten kam durch neue Enthüllungen an die Öffentlichkeit, daß auch an diesen Kampfstoffen in bundesdeutschen Laboratorien geforscht wird.

Besteht ein Zusammenhang zur Modernisierung des C-Waffen-Arsenals, wie er in den USA gegenwärtig betrieben wird? Besteht ein Zusammenhang zum möglichen Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen, die bereits heute auf bundesdeutschem Boden gelagert sind? In diesem Artikel werden die Ergebnisse verschiedener Enthüllungen der letzten Monate zum Thema „C-Waffenforschung in der BRD“ zusammengefaßt und neue Verbindungen aufgezeigt.

Am 7. April 1941 wird in Auschwitz ein neues Werk des Chemie-Giganten IG-Farben – Nachfolger sind Bayer, Hoechst und BASF – gegründet. Dieser „Eckpfeiler für ein kräftiges und gesundes Deutschtum im Osten“, so IG-Farben-Chef Ambros bei der Einweihung, „wurde unter den günstigen Verhältnissen in Auschwitz“³⁾ errichtet. Tausende KZ-Häftlinge arbeiteten sich beim Aufbau und später in der Produktion zu Tode. Giftgas für die Hitler-Wehrmacht wurde hier – wie in anderen IG-Farben-Werkstätten – in großen Mengen produziert und von Häftlingen in Granaten gefüllt. Die IG-Farben waren in das Rüstungsgeschäft eingestiegen, das mit dem 2. Weltkrieg neu zu „blühen“ begann. Allein 12000 Tonnen Tabun, 1260 Tonnen Sarin verkaufte das Chemiemonopol aus seinen Oder-Werken an die Hitler-Wehrmacht.⁴⁾

Hinzu kam: An KZ-Häftlingen und sowjetischen Kriegsgefangenen wurden von den IG-Farben-Forschern Versuche über die Wirksamkeit chemischer Kampfstoffe durchgeführt.

„Die Gefangenen waren ganz nackt ausgezogen. Sie kamen einer nach dem anderen in das Laboratorium herein. . . und sie bekamen 10 cm oberhalb des Unterarms 1 Tropfen von dieser Flüssigkeit aufgeschmiert. . . Nach ungefähr 10 Stunden, . . . da stellten sich die Brandwunden ein, und zwar am ganzen Körper. Da, wo die Ausdunstungen von diesem Gas hinkamen, war der Körper verbrannt. Blind wurden die Leute zum Teil. Das waren ko-



Naziprominenz bekundet der I.G. Farben – hier im Werk Hoechst – bei einem Besuch Ende Februar 1934 Verbundenheit. Am gleichen Tag erläßt die Naziregierung ein Gesetz, das Konzernen und Banken einen bis dahin nicht gekannten Einfluß auf die Wirtschaft einräumt.



lossale Schmerzen. Die Leute schrien so, daß es kaum auszuhalten war, sich in ihrer Nähe aufzuhalten. Dann wurden die Kranken jeden Tag fotografiert, und zwar sämtliche wunden Stellen. Ungefähr am 5./6. Tag hatten wir den ersten Toten. Der Tote wurde seziert. Die Eingeweide, Lunge usw. waren total zerfressen . . .“

So gab der Zeuge Ferdinand Holl im Nürnberger Prozeß zu Menschenversuchen mit dem Kampfstoff LOST zu Protokoll.⁵⁾

Dr. Wolfgang Wirth arbeitete eng mit **Dr. Gerhard Schrader** (IG-Farben-Chemiker) zusammen, der als der „Vater“ der chemischen Kampfstoffe Soman, Tabun und Sarin bezeichnet wird. Seit 1930 entwickelte dieser Mann die im Ersten Weltkrieg erstmals aufgekommene „typisch deutsche Waffe“, das chemische Giftgas, die „Lautlose Waffe“ weiter. Seine Erfindungen wurden auch als GA, GB, GC usw. bezeichnet: German A, German B . . .

„Die chemische Waffe ist die den typisch deutschen Rohstoffbedingungen und den Kapazitäten der deutschen chemischen Industrie entsprechende Waffe. (Sie) ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlich technischen Begabung der Deutschen entspricht. Die gewisse bestehende Diffamierung ist ein Zeichen sentimental Kritiklosigkeit“, heißt es in der „Geheimen Reichssache“ vom 21. Juli 1938/Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, Abteilung F.

Ein weiterer Partner Dr. Wirths ist in dieser Zeit **Prof. Ludwig Lendle**, so belegt es ein Briefwechsel des Professors mit dem Reichswissenschaftsministerium. 1934 wurde er zum Professor ernannt und war während des Faschismus in Forschung und Lehre an den Universitäten Münster und Leipzig tätig. In einem Nachruf heißt es 1969 über sein Wirken: „Stets war er dort zu finden, wo es um sachliche Arbeit ging . . . Daß diese (seine) Forschung zur Auffindung von Antidoten gegen chemische Kampfstoffe in anderen Teilen Deutschlands gegen besseres Wissen als „Entwicklung chemischer Waffen“ diffamiert wurde, hat ihn nicht überrascht.“⁷⁾



Der BAYER-Giftgasforscher Gerhard Schrader

Dr. Schrader forschte im **Bayer-Labor** an der „Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln“, deren Verwandtschaft mit den Kampfstoffen bekannt ist. Aber nicht genug: Noch 1959 meldet er allen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik zum Trotz ein neues Kampfstoff-Patent an: DBP 1064512. Selbst nach seinem Tode kann sich die „Fachwelt“ nicht von Schrader trennen, wegen „seiner bahnbrechenden Arbeiten . . . und ihren Auswirkungen auf die Veterinärmedizin“⁸⁾ ist der Giftgasentdecker noch heute Ehrendoktor etwa der **Tierärztlichen Hochschule in Hannover**. Dr. Wirth leitete das gleiche Bayer-Labor bis 1964. An der **Düsseldorfer Universität** setzte er seine Lehrtätigkeit fort. Auch nach seiner Emeritierung stand er der Bayer AG zur Verfügung. Die indische Wochenzeitung „Blitz“ berichtete Anfang September 1968, daß die Bayer AG im Auftrag des Rassistenregimes in Südafrika bei Johannesburg eine Produktionsanlage für Kampfgase errichtete. Dabei fungierte Wirth als technischer Berater.

An der **Universität Göttingen** stieg **Prof. Lendle** mit dem Aufbau der Pharmakologischen Institute wieder ein. Er arbeitete dort mit dem Kampfstoff N-Lost im Auftrag der Bundeswehr. DFB wollte er als Mittel der Augenheilkunde einführen. Und ohne Vorwand veröffentlichte er 1969 seine Arbeit, in der die zusammenhängende Wirkung von harter Strahlung und N-Lost, also von A- und C-Waffen untersucht wird.⁹⁾ Seine Arbeit wurde von **Prof. Erdmann** fortgesetzt. Auch andere Hochschulen stiegen in die Giftgasforschung ein, so an der **Universität Freiburg** mit dem ehemaligen SA-Scharführer Lüttringhausen, dessen Arbeit heute seine Schülerin **Prof. Hagedorn** fortsetzt.

Direkt dem Militär ist die C-Waffen-Forschung in der **Wehrwissenschaftlichen Dienststelle (WWD) Munster** untergeordnet. Hier werden in „großen Laboratorien (an) Schutzmaßnahmen gegen atomare, bakteriologische und chemische Waffen erprobt“.¹⁰⁾ Der Leiter der Forschungsstelle ist **Prof. Roland Metzner**.

Eine entscheidende Rolle spielt in der Giftgasforschung seit 1959 das **Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung** (vormals Institut für Aerobiologie) in Grafschaft/Sauerland, das gegenwärtig seine Hauptaktivität nach Hannover verlagert.¹¹⁾ Dieses Institut wurde zunächst auf Betreiben der Bundeswehr ausschließlich zum Zweck der Giftgasforschung – „Gegenmittelforschung“ – gegründet. Seit 1968, seit dem skandalösen und grauenvollen Tod der Frau des Instituteditors **Dr. Bisa** – sie starb versehentlich an einer geringen Dosis Soman¹²⁾ – wurden auch zivile Projekte in das Forschungsprogramm des Instituts genommen. Bis heute verbindet sich jedoch mit den Namen **Dr. Oldiges**, **Dr. Schaehe** – der bei Lüttring-



haus/Hagedorn seinen Doktor absolvierte – und **Dr. Schreiber** eine große Zahl von Giftgas-Forschungsarbeiten der Fraunhofer Einrichtung, bisher schwerpunktmäßig noch im Grafschafter Institutsteil. So werden allein in den Tätigkeitsberichten 1979 und 1980 17 vom Bundesverteidigungsministerium finanzierte Projekte zu den Kampfstoffen Lost, Sarin, Soman, Tabun sowie Karbamaten ausgewiesen.¹³⁾ „Selbstverständlich müssen wir zur Entwicklung von Gegenmitteln die Vergiftungen zunächst im Tierversuch ansetzen.“ So Dr. Oldiges gegenüber der Hannoverschen Neuen Presse im Juli 1982.¹⁴⁾

Das Institut ist mehr als eine Forschungsstätte. Hier laufen die Fäden staatlicher, militärischer und industrieller Giftgasforschung zusammen. Eine „private“ Gesellschaft ist dafür besser geeignet als ein staatliches Organ oder gar eine öffentliche Hochschule. Auf der Jahrestagung 1982 bekannte der Präsident des Senats der Fraunhofer Gesellschaft **Dr. Keller**: *Man hat sich manchmal am Rande der Legalität bewegen müssen . . . Aber statt Strafe ist der Gesellschaft von Seiten des Staates Zustimmung zuteil geworden, so daß die Legalität im Endeffekt gewahrt werden konnte.*¹⁵⁾

Das Netz des lautlosen Massenmordes – 50 Jahre danach

Und 50 Jahre danach: Die Tradition der „Deutschen Giftgasforschung“ wird nicht nur in den Geschichtsbüchern gepflegt. Die Kontinuität der Vorbereitung des lautlosen und qualvollen Massenmordes ist auch in der Praxis der bundesdeutschen Labors ungebrochen. Auch nach 1945 wird in Industrie, Hochschulen und direkt bei der Bundeswehr weiter an Kampfstoffen geforscht . . . alte Namen tauchen schnell wieder auf.



Im Kuratorium dieses Fraunhofer Instituts sind sie vertreten: Anfangs Prof. Lendle, dann sein Nachfolger Prof. Erdmann von der Göttinger Universität, Dr. Eberhard Welse für die Bayer AG. Der Sohn des Göttinger Kampfstoffforschers Engelhard, Regierungsdirektor Dr. Norbert Engelhard, der selbst kurzzeitig an Giftgasen gearbeitet hat, vertritt das Bundesministerium für Verteidigung in der Runde. Das Institut in Grafschaft/Hannover ist eines der 25 Fraunhofer Institute. 1949 wurde die Gesellschaft von Vertretern der Rüstungsindustrie und der CSU-Landesregierung in Bayern gegründet. 6 Institute stehen heute nach eigenen Angaben direkt dem Bundesverteidigungsministerium für seine Ressortforschung zur Verfügung.

Das Institut für Toxikologie und Aerosolforschung vermittelt Aufträge und damit „Drittmittel“ von Industrie und Bundeswehr an die Hochschulen weiter. Es vermittelt Kampfstoffe „in kleineren Mengen“ zu Forschungszwecken weiter. So bestätigte Prof. Erdmann, Universität Göttingen, 1969 vom Fraunhofer Institutsangehörigen Dr. Oldiges 500 mg Soman bekommen zu haben.¹⁶⁾ 0,001 mg im Quadratmeter Luft ist nach wenigen Minuten für den Menschen tödlich. Diese Menge hätte ausgereicht, so viele Menschen zu vernichten, wie in der Stadt Göttingen leben.

Wehrmediziner zur „Eignung von C-Waffen“

Fäden laufen auch in dem direkt dem Wörner-Ministerium unterstellten Wehrmedizinischen Beirat zusammen. Im Ausschuß für „ABC-Schutz“ sitzen Militärs und Giftgasforscher wieder an einem Tisch. Im Beitrag des Oberfeldarztes Helm und des Münchener Professors Nikolaus Weger – ebenfalls vom Rang des Oberfeldarztes – zu Rebentischs „Handbuch mit Beiträgen zur Katastrophenmedizin“ kommt die Haltung dieser Wehrmediziner zum C-Waffen-Krieg recht ungeschminkt zum Ausdruck. Zur „Nervenkampfstoffvergiftung“ schreibt Helm: „Alkylphosphate sind toxische Organophosphate. Sie verdanken ihre Entwicklung der Suche nach neuen hochwirksamen Insektiziden... Nervenkampfstoffe eignen sich auch für die Vergiftung von Gelände und Material.“¹⁷⁾

Die hier von „Dank“ und „Eignung“ im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen sprechen, waren auch im Oktober 1982 dabei, als in Baden-Baden die „Wehrmediziner“ zu ihrer Tagung zum Thema „C-Waffen-Krieg“ zusammenkamen. Generalarzt Clasen a.D. in der Begrüßung: *Im Aufwind der Kohl-Regierung wird unserem Volk wieder Glück und Segen geschenkt.*¹⁸⁾

Das Netz der Vorbereitung des lautlosen Massenmordes schließt sich mit dem Kreis der Auftraggeber für diese Forschung.

Beim Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung ist es neben „Industrie“ und „Bundesministerium für Verteidigung“ die „Polizeiführungsakademie Münster“, die die Forschung zu CS und CN in Auftrag gab.

Auch wenn die Fäden in solchen Einrichtungen wie dem Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung oder dem Wehrmedizinischen Beirat zusammenlaufen, gezogen werden sie von den Auftraggebern. Das Interesse am Geschäft mit den chemischen Waffen, ja am möglichen Einsatz dieser grausamen Waffen bringt sie an einen Tisch: die Kapitalvertreter der chemischen Großindustrie, die Vertreter der Bundesregierung und der Bundeswehr.

„... der Wissenschaftler kann sich heute nicht mehr für unpolitisch erklären“

Das eiskalte Interesse an der Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln, am Geschäft mit der Rüstung – und in der Konsequenz auch an ihrem militärischen Einsatz – ist bei den Kampfstoff-Forschern heute nur selten anzutreffen. Sie wehren sich meist dagegen, überhaupt als „Giftgasforscher“ bezeichnet zu werden. Sie sind z.T. ehrlich davon überzeugt, als „Gegenmittelforscher“ etwas Gutes zu tun. Und es geht noch weiter: In vielen Fällen mag es diesen Wissenschaftlern auch unbekannt sein, daß ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse – mit anderen in Verbindung ge-

bracht – von militärischem Nutzen sein könnten. Weite Teile der Kriegsforschung sind heute so weit zergliedert, daß 19 von 20 Teilen eines Kriegsforschungs-Projektes einen völlig zivilen Anschein haben können.

So haben die Enthüllungen über Giftgasforschung an bundesdeutschen Hochschulen, Enthüllungen über Verbindungen des Fraunhofer Instituts bei den Beschäftigten der Forschungseinrichtungen bisher meist Verständnis und Empörung ausgelöst – über den „Vorwurf“, nicht über den „Fakt“ chemischer Kriegsforschung.

Der Mainzer Mineraloge Prof. Dr. Werner Dosch – kurzzeitig mit der Entgiftung von Kampfstoffen befaßt – stellt heute hierzu fest:

„Der Wissenschaftler muß einsehen, daß er a priori als „gefährlich“ einzustufen ist und daß er Verantwortung für sein unmittelbares und auch mittelbares Tun tragen muß. Der Verantwortung wird er zunächst dadurch gerecht, daß er veröffentlicht, daß er keine Geheimforschung betreibt. Aber das genügt nicht.“

Naturwissenschaftliche Erfindungen können zu großen Schäden anrichten. Der Wissenschaftler kann nicht sagen, ich habe mit möglichen politischen Folgen nichts zu tun, meine Hände sind sauber. Er muß als mehr oder weniger zufälliger Vater seiner Entdeckungen sich weiter um ihre Anwendungen kümmern. Er muß sich darum bemühen, daß bei einer grundsätzlich bestehenden Ambivalenz der Nutzung nur der friedliche Weg gegangen wird. Das heißt, der Wissenschaftler kann sich heutzutage nicht mehr für unpolitisch erklären. Das Bewußtsein, das man in einen Elfenbeinturm steckt, ist falsch. Es ist nicht nur verlogen, es ist auch gemeingefährlich.“¹⁹⁾

Giftgasforschung an Krankenhäusern – Versuche an Affen

Die Frage nach der Verwertung ihrer Forschungsergebnisse müssen sich insbesondere die Mediziner stellen, die heute an Universitätskliniken mit Giftgasen forschen.

So wird allein an drei Instituten der Universitätsklinik Göttingen mit Kampfstoffen gearbeitet. Die Nachfolger von Prof. Dr. Erdmann forschen am Pharmakologischen Institut jahrelang am Kampfstoff Soman: Dr. Manfred Nenner und Dr. Heinz dal Ri, der schon 1967 über Hautgifte in der Zeitschrift „Wehrmedizin“ veröffentlicht hat. Die Pharmakologen arbeiten zusammen mit Professor Schmidt von der Neuropharmakologie. Schmidt verfaßte mit Erdmann das große Soman-Gutachten für die Bundeswehr. Bis heute hätten sie, so Schmidt, kein Gegenmittel für diesen Kampfstoff gefunden. Profes-



Giftgasforschung im Labor

Foto: Michael Meyborg



Giftgasforscher von heute: Prof. R. Zech
Foto: Peter Meyer

sor Ronald Zech führte seine Versuche mit Nervengiften im **Strahlen-Biochemischen Labor** sogar an Affen durch. Dr. Nenner und Professor Zech haben seit 6 Jahren nichts über ihre Forschungen veröffentlicht. Zech gesteht zwar „ein legitimes Interesse der Bundeswehr“ an seinen Ergebnissen zu, streitet jedoch jede Verbindung mit dem Bundesverteidigungsministerium ab. Gleichzeitig finanziert das Fraunhofer Institut für Toxikologie einen Teil der Göttinger Kampfstoff-Forschung. So gelangen die Forschungsergebnisse über diesen Kanal zum Auftraggeber Bundeswehr.^{18a)}

Am **Pharmakologischen Institut München** veröffentlicht der **Medizinprofessor und Oberfeldarzt Nikolaus Weger** seit 1975 etwa 4 Arbeiten jährlich, die sich mit chemischen Kampfstoffen befassen. In Experimenten mit Hunden verabreichte er sämtliche Kampfstoffe vom Hautgift Lost bis zum VX.

Das hochgiftige Bakteriengift Botulinus Toxin A beschäftigt **Professor Ernst Hiebermann** vom **Pharmakologischen Institut Gießen**. Es ist das stärkste bekannte Gift überhaupt. 0,0003 mg beträgt für den Menschen die tödliche Dosis. Prof. Hiebermann auf die Frage, ob er nicht fürchte, daß seine Forschungen auch militärisch genutzt werden: „Absolut nicht.“ Auch, daß er in der Schutzzkommission des Bundesamtes für Zivilschutz neben „Wehrmedizinern“ sitzt oder daß er mit dem Bundeswehrkrankenhaus in Gießen zusammenarbeitet, scheint ihn in seiner Haltung nicht zu beirren.

Eine andere Verbindung zur Giftgas-Forschung ist die **Medizinische Hochschule Hannover** per Vertrag mit dem Fraunhofer Institut eingegangen. Den Beteiligten ist diese Verbindung bis heute eine „rein zivile Angelegenheit“, betont Hochschuldirектор Hundeshagen. Nach dem Vertrag sind heute schon zwei leitende Angehörige des Fraunhofer Instituts gleichzeitig ordentliche Professoren der Hochschule geworden, was sei schon dabei...

„... aber doch nur Gegenmittelforschung“

Dieses Argument bleibt überall dort das letzte, wo die Arbeit an Kampfstoffen sich nicht mehr verheimlichen läßt.

„In einem Land, in dem chemische Kampfstoffe lagern, muß ich das Interesse an Gegenmitteln verständlich finden. Wenn man sich nicht um solche Mittel kümmert, handelt man fahrlässig“²⁰⁾, so **Professor Hasselblatt** auf der Pressekonferenz der Göttinger Universitätsleitung, mit der die Enthüllungen von MSB Spartakus und DKP am 13. 10. 1982 entkräftet werden sollten. Auf der gleichen Konferenz kam das Gegenargument des Fachmannes, des **Klinik-Professors Schmidt**:

„Ein großer Giftgasangriff bedeutet ebenso wie ein Kernwaffenangriff ein furchtbares Unglück, das man mit Gegenmitteln nicht bekämpfen kann. Trotzdem muß man bei einem Unglücksfall über Mittel verfügen, die einem einzelnen helfen können.“²¹⁾

Chemische Waffen sind Massenvernichtungsmittel. Ihr Einsatz „dürfte gegen die unvorbereitete Zivilbevölkerung verheerende Folgen haben. Die resultierenden Schmerzen und Qualen gehen über menschliches Vorstellungsvermögen hinaus; der Tod oder später sich entwickelnde Krankheiten sind grauenerregend. Einige Kampfgase sind außerordentlich giftig“, stellt die „Palme-Kommission“ in ihrem Bericht 1982 fest.

„Jüngste Computersimulationen des Einsatzes von Nervengas in Europa deuten darauf hin, daß sich das Verhältnis von Zivilopfern zu Militärtoten auf 20 zu 1 belauft könnte ... die Zahl der Todesopfer (würde) unter der Zivilbevölkerung in der Größenordnung von Millionen liegen.“²²⁾

Die im Ernstfall für die hunderttausenden Kinder, Frauen, Alten und Männer erforderliche Hilfe ist völlig unvorstellbar. Für die Behandlung ist eine aufwendige und wochenlange Intensiv-Therapie erforderlich, so **M. Mummenthaler**:

1933 Die Nazis an der Macht 1983 50 Jahre danach



Irene Hübler
Unser Widerstand
236 S., kart., 19,80 DM



Heinz Brüdgam
Faschismus an der Macht
280 S., kart., 19,80 DM



Emil Carlbach
Hitler war kein Betriebsunfall
152 S., kart., 11,- DM



Jürgen Schlüter
Hitler-Legenden
48 S., DIN A4, kart., 8,80 DM

Bücher zum Thema



Röderberg-Verlag

Postfach 4128

6000 Frankfurt am Main 1



Altmann u. B.
Der deutsche antifaschistische
Widerstand
344 S., Lein. m. Schutzumsch., 42,- DM



Bruno Apitz
Faktenblatt Nachdruck
388 S., kart., 18,- DM



Günther Weisenborn
Der fiktive Aufstand
446 S., kart., 20,- DM



Henna Elling
Hilfslinien
Fiktive Dokumente
der deutschen
Widerstandskämpfer
1933-1945
160 S., kart., 18,- DM



Fritz Bringmann
KZ Neuengamme
164 S., kart., 10,- DM



Bruno Apitz
Nackt unter Wölfen
436 S., Leinen, 14,80 DM



Wolfgang Langhoff
Die Moorsoldaten
324 S., Hardcover, 19,80 DM



Paul Zech
Dein Tänzer ist der Tod
512 S., Leinen, 23,- DM



Fania Fenelon
Das Mädchenorchester in
Auschwitz
264 S., kart., 19,80 DM



„Die Therapie muß immer in der Intensivstation durchgeführt werden und besteht in der Frühphase in Oxim-gaben, vor allem aber immer in Gaben von sehr hohen Atropindosen, die bis zu Hunderten von mg gehen sowie in Beatmungsmaßnahmen.“²³⁾

Auch das Bundesamt für Zivilschutz kommt zu dem Schluß:

Die Nervengasopfer „würden sterben, wenn nicht innerhalb von Sekunden oder Minuten nach der Kampfstoffaufnahme eine intensive ärztliche Behandlung und Entgiftung durchgeführt würde.“

Selbst das „Bestattungsproblem“ wird als unlösbar beschrieben:

Wenn diese Forschung an Giftgasen in der Konsequenz nur militärischen „Nutzen“ hat, welchen Sinn hat sie dann heute in einem Land, in dem der Giftkrieg gesetzlich verboten ist?

Giftkriegsvorbereitung auf dem Boden der Bundesrepublik

Trotz des Genfer Protokolls von 1925 und den UNO-Resolutionen der sechziger Jahre, die jede Lagerung und Herstellung von C-Waffen auf deutschem Boden verbieten, sind in der Bundesrepublik C-Waffen gelagert, deren Menge ausreicht, ganz Europa zu vernichten.

„Mit Sprengstoff gefüllte Handgranaten werden als Splitter oder Sprenghandgranaten verwendet, während die chemischen Handgranaten zur Erzeugung von künstlichem Nebel und Bränden gebraucht werden oder zur Feindbekämpfung mittels chemischer Kampfstoffe dienen.“²⁷⁾

Die Polizei einiger CDU-Bundesländer schließlich verdankt ihre **CS- und CN-Arsenale** auch den Empfehlungen der Fraunhofer Wissenschaftler. Daß CS ein Kampfstoff ist und nicht ein harmloser „Reizstoff“, geht aus dem US-Trainingsprogramm TC 3-16/April 1969 hervor: „Besonders geeignet, um Pumpenlager, Tunnelanlagen und Bunker zu vergiften.“ Bundesdeutsche „Wehrmediziner“ teilen die Einordnung von CS bei den Kampfstoffen. So behandelt Helm CS als „militärisch relevantes Gift“, das bei „Lungenschäden mit Auxilison-Inhalation zu behandeln“ sei.²⁸⁾

Auch zu den **Giftgasherstellern** bestehen enge Verbindungen. Mit seiner Pflanzenschutzmittelproduktion ist die **Bayer-AG** in der Lage, sich in kürzester Zeit auf die Herstellung von Kampfstoffen umzustellen. Weitere Kampfstoffhersteller sind bekannt. Die **Firma Stoltzenberg** in Hamburg kam 1979 in die öffentliche Auseinandersetzung, als bei einer Gift-Explosion ein Kind auf dem Werksgelände starb.²⁹⁾ Die **Firma Ferak**, Westberlin, führt auch in den letzten Jahren noch die Nervengifte Lost, Soman und Sarin in ihrem „Kundenkatalog“³⁰⁾. 1965 ging über die Firma **Asmara Chemie** in Wiesbaden beim Bayer-Konzern der Auftrag für eine chemische Substanz ein . . . in Verbindung mit Perchlöräthylen produzierte die Asmara daraus das wichtigste Zwischenprodukt für die Sarin-Herstellung. Im gleichen Jahr gingen 90 t davon als „Weichmacher für Kunststofftextilien“ nach Israel. Da brauchte nur noch Natriumethylat zugesetzt werden . . . und fertig war das Sarin.

Und eben zu Beginn Terror-Armee unterhalten auch die bundesdeutschen Gift-Forscher ihre Beziehungen. Im April 1979 referierte der Fraunhofer Instituts-Angehörige **Dr. Klaus Schoene** auf einer Tagung über C-Waffen in Ness-Ziona/Tel Aviv³²⁾. Eben dieses Institut stellt seine Arbeitsergebnisse dem israelischen Militär zur Verfügung.

Gibt es so etwa eine direkte Verbindung zu israelischen C-Waffeneinsätzen im Libanonkrieg, über die die US-Fernsehgesellschaft ABC berichtete³³⁾?

Ebensolche Verbindungen bestehen zur US-Armee und zu den entsprechenden NATO-Organen. Der Institutsangehörige **Dr. G. Schreiber** sprach am 25. 9. 1979 auf einem Seminar der NATO in Ottawa und am 17. 5. 1979 im **Giftforschungszentrum der US-Armee in Aberdeen/Maryland**³⁴⁾.



Schild am Landratsamt Heppenheim

„Durch das Vorhandensein flüssiger VX-Rückstände im Bereich der stärksten Kampfstoffkonzentration würde das Sammeln und Bestatten der Leichen zu einem gefährlichen Unternehmen.“²⁴⁾

Gegenmittelforschung kann für die Masse der Betroffenen nicht die Voraussetzungen für das Überleben schaffen. Gegenmittelforschung ist so in zweierlei Hinsicht höchstens von militärischem Interesse. Zum einen kann der angreifende einzelne Soldat versehentlich mit dem Gift in Verbindung kommen, seine Intensivtherapie soll möglich sein. Zum anderen überprüft die „Gegenmittelforschung“ den Wert der Kampfstoffe, ihre anhaltende Wirksamkeit.

Ganz abgesehen davon, der Krieg mit Massenvernichtungsmitteln ist kein „Un-glück“, keine Naturkatastrophe, wie Prof. Schmidt es darstellt, sondern von Menschen zu verantworten, und daher in jedem Fall vermeidbar.

Bekannt geworden ist in den letzten Monaten vor allem das **US-Giftgas-Depot bei Pirmasens**, in dem hochgiftige VX-Kampfstoffe gelagert werden. Die Bevölkerung führt hier einen erbitterten Kampf, der DGB-Landesvorsitzende Julius Leibbach hat gegen die völkerrechtswidrige Lagerung der Kampfstoffe Verfassungsklage erhoben.²⁵⁾

Bestände von Giftgasen aus dem 1. und 2. Weltkrieg werden darüber hinaus auch auf Bundeswehrgelände gelagert. So in der „**Raubkammer**“ des **2. Weltkrieges, Munster Lager**. Hier läßt sich eine direkte Verbindung zu den C-Waffenforschern belegen. Der Fraunhofer Institutsleiter Dr. Oldiges hat unter anderem am 6. Juni 1979 auf einem Seminar der wehrwissenschaftlichen Dienststelle beim Giftgaslager Munster einen Vortrag gehalten.²⁶⁾ **Bundeswehrinhalten** werden auf den Giftkrieg vorbereitet. Zur Ausbildung mit Handgranaten hieß es in der Heeresdienstvorschrift Nr. 215/51 1960:

Die „saubere C-Waffe“ ist entdeckt – Nervengiftkrieg möglich

Angesichts der Pentagon-Pläne zur Chemischen Aufrüstung sind gerade diese Verbindungen bundesdeutscher Forscher in die USA sehr fragwürdig. Die US-Pläne für die Entwicklung und den Einsatz der „binären Kampfstoffe“ tragen – so die Palme-Kommission 1982 – „zur erhöhten Wahrscheinlichkeit“ bei, daß wir den Nervenkampfstoffen „eines Tages auf dem Schlachtfeld wieder begegnen.“³⁶⁾ Die „Zwei-Kammern-Waffe“ hat für das US-Militär den „Vorteil“, daß sie ihre Gifigkeit erst beim Aufprall entwickelt, für den Soldaten, der sie einsetzt, den Piloten, der sie abwirft, besteht deshalb keine solche Gefahr, wie bei den üblichen Kampfstoffen. Diese binären Waffen sind im Rahmen der Kriegspläne der Reagan-Administration als optimale „Angriffswaffe“ eingestuft. Angesichts der beabsichtigten Stationierung atomarer Erstschiesswaffen auf dem Boden unseres Landes, wächst die reale Gefahr eines Krieges mit Massenvernichtungsmitteln in Europa. Hinzu kommt, daß die Pershing II-Rakete selbst als Träger-Rakete für binäre C-Bomben eingesetzt werden kann.

Zur Legitimation für das US-C-Waffen-Programm werden oft angebliche C-Waffen-Einsätze sowjetischer Militärs vorgeschenkt. In letzter Zeit auch angebliche C-Waffen-Einsätze durch das sozialistische Vietnam. In einer Anhörung im US-Kongreß-Unterausschuß für Auswärtige Angelegenheiten äußerte der hochrangige CIA-Baumte Clarke zum behaupteten Gifteinsatz in Afghanistan:

„Ich kann nichts Falsches daran sehen, wenn man solche Gerüchte im Umlauf hält.“³⁶⁾

Das einzige Gegenmittel ist längst bekannt

Daß es keine medizinischen Gegenmittel im „Ernstfall“ gibt, ist nachgewiesen. Militärisch von „Chemischer Abschreckung“ zu sprechen ist schon allein angesichts der Gefahren, die von der Lagerung chemischer Waffen ausgehen, zutiefst menschenfeindlich. Es gibt deshalb nur ein einziges wirksames Gegenmittel und das ist längst bekannt: Das vollständige Verbot chemischer Waffen, die vollständige Vernichtung chemischer Waffen. Daß die USA die Genfer Konvention über das Verbot eines C-Waffenkrieges erst 50 Jahre später als die Sowjetunion unterschrieben hat, wird in diesem Zusammenhang leicht verschwiegen. Und erst im Juni 1982 legte die Sowjetische Regierung ein Memorandum vor, daß Möglichkeiten für ein Verbot chemischer Waffen enthielt. Zum gleichen Zeitpunkt legte US-Präsident Reagan sein Programm der „Binären Kampfstoffe“ der Öffentlichkeit vor.

Die öffentlich zugänglichen Fakten zur Giftgasforschung in der BRD mögen nur die Spitze des Eisberges sein. Sie lassen die sichere Vermutung zu, daß weitaus mehr für die Pflege dieser „typisch deutschen“ Tradition in der Bundesrepublik getan wird. Der größere Teil wird heute unter dem Siegel „Geheim“ verborgen sein.

Das Gegenmittel heißt: Abrüstung – für das Leben forschen

Um das „Gegenmittel Abrüstung“ durchzusetzen haben viele Beschäftigte in Wissenschaft und Forschung, haben Ärzte und Naturwissenschaftler sich gerade in den letzten Monaten verstärkt zu Wort gemeldet. Eine weitere Militarisierung der Forschung kann verhindert werden.

Noch ist diese Militarisierung eine unweigerliche Folge der Rotstiftpolitik im Hochschul- und Forschungsetat.

„Um Drittmittel zu erhalten, die heute für uns überlebenswichtig sind, muß man die entsprechende Forschungspotenz nachweisen“, rechtfertigte der Göttinger Universitätspräsident Kamp die C-Waffenforschung an den Kliniken³⁷⁾. Daß aus dem Rüstungshaushalt auch in der Zukunft Forschungsmittel zu holen sind, hat der amtierende Verteidigungsminister Wörner bereits versprochen.

„Ich selbst habe die Absicht, nach dem 6. März in der Langzeitplanung der Bundeswehr zunächst im Bereich von Forschung und Entwicklung Schwerpunkte zu setzen . . .“³⁸⁾

Abtransport eines „verseuchten“ verwundeten Soldaten durch einen „strahlengeschützten“ Sanitätspanzer der Bundeswehr

Foto: dpa





Dagegen haben die öffentlichen Auseinandersetzungen der letzten Monate um die C-Waffenforschung im Zusammengehen mit den vielen anderen Aktionen gegen den Krieg mit den Massenvernichtungsmitteln – insbesondere gegen die Stationierung der neuen US-Atomraketen – ihre Wirkung gezeigt: „Es muß endlich Schluß damit sein, daß die Wissenschaft alles machen darf, was sie kann. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, ihr Verbot zur Herstellung von Giftgas auch auf die Forschung auszudehnen“³⁹ schreibt der DGB-Vorsitzende Rheinland-Pfalz, Julius Lehmbach, auf die Enthüllungen des Marxistischen Studentenbundes. Der Kommentator Michael Bockemühl im „Göttinger Tageblatt“: „Es wäre aber auch ein Stück Freiheit der Wissenschaft, wenn die Verantwortlichen am Zentrum Pharmakologie und Toxikologie nicht nur in alter Stille mit Nervengasen forschen und trotz Kenntnis der großen Gefahr nicht nur den Standort bezögen, wir richten da doch nichts aus. Carl Friedrich von Weizsäcker, Werner Heisenberg und Otto Hahn warnten vor 25 Jahren die Politiker vor der skrupellosen Ausnutzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit (auf dem Gebiet der Atomphysik, d. Red.). Von den Chemikern, die sich mit Giftgasen befassen, ist solch ein deutlicher Appell noch nicht zu hören gewesen.“⁴⁰ ■



Quellenangaben

- 1) SP, „Minister zu CS-Gas . . .“, Frankfurter Rundschau 24. 9. 1982
- 2) Fraunhofer Institut für Toxikologie und Aerosolforschung (FhITA), Gutachten zur „Verwendung des Reizstoffes CS . . .“, gemäß Auftrag vom 20. 7. 1979
- 3) Der Reichswirtschaftsminister / Referent Mr. Dr. Römer, „Errichtung einer Buna-Anlage in Ost-Oberschlesien“, 6. 2. 1941
- 4) Zitiert nach O. Groehler, „Der lautlose Tod“, Berlin 1978
- 5) Nürnberger Prozeß, Protokoll S. 1081, zitiert nach A. Mitscherlich, „Medizin ohne Menschlichkeit“, FFM, 1960
- 6) L. Lendle, Brief an das Ministerium für Wissenschaft / Erziehung / Volksbildung, März 1943
- 7) Deutsche Medizinische Wochenschrift Nr. 47/1969, S. 2455
- 8) Deutsche Tierärztliche Wochenschrift Nr. 8 / 18. April, 1963
- 9) K.H. Lohs, „Synthetische Gifte“, Berlin DDR 1967, S. 253 und Strahlentherapie (Zeitschrift), Nr. 137/1969, S. 675 ff.
- 10) E. Spoo, „Chemische Kampfstoffe werden zukünftig in der Heide verbrannt“, Frankfurter Rundschau 21. 11. 1980
- 11) FhITA, Tätigkeitsbericht 1979, S. 2
- 12) G. Wallraff, „Verbottene Aufrüstung“, in: 13 unerwünschte Reportagen, Hamburg, 1975
- 13) FhITA, Tätigkeitsberichte 1979 und 1980
- 14) D. Sagolla, „Forschung mit Kampfgiften in Hannover?“, Neue Presse 23. 7. 1982
- 15) S.L., „Ausbau der Vertragsforschung“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 10. 1982
- 16) W.D. Erdmann, Originalabdruck Brief an Göttinger Nachrichten (Zeitung des Allgemeinen Studentenausschusses) vom 9. 2. 1970
- 17) E. Rebentisch (Hrsg.), „Wehrmedizin – Ein kurzes Handbuch zur Katastrophenmedizin“, 1980, S. 247
- 18) H. Hafer, „Alle Kinder werden sterben müssen“, Spiegel 25. 10. 1982
- 19) W. Dosch (Interview), „Die Bevölkerung hat keine Chance“, Rote Blätter 10/1982
- 20) M. Bockemühl, „Nicht nach Gegenmittel zu Giftgasen zu suchen, wäre Fahrlässigkeit“, Göttinger Tageblatt 14. 10. 1982
- 21) Ebenda
- 22) O. Palme, G. Abratov, E. Bahr, D. Owen, C. Vance u. a., „Der Palme-Bericht“ Berlin-West, 1982, S. 85 f.
- 23) M. Mumenthaler, „Neurologie“, Ein Lehrbuch . . . Stuttgart, 1979, S. 214
- 24) Bundesamt für Zivilschutz (Hrsg.), „Gefahren aus der Retorte“, BZS-Schriftenreihe Band 6, Bonn 1975
- 25) Andermacher Initiative für Frieden und Abrüstung (Broschüre) „Kein Giftgas“, 2. ergänzte Auflage 1982
- 26) FhITA, Tätigkeitsbericht 1979, S. 90
- 27) Heeresdienstvorschrift (HDV) Nr. 215/51 „Die Ausbildung mit Handgranaten“, Februar 1960
- 28) E. Rebentisch, a.a.O. S. 246
- 29) J. Heimbrecht, „Vom Gramm bis zur Tonne wird alles geliefert“, Unsere Zeit, 15. 2. 1982
- 30) FERAK, Friedrichsbrunner Str. 3–5, Berlin-West, „Chemikalien-Katalog“, 1979
- 31) DKP-Umweltschutz-Kommission Rheinland-Pfalz, „US-Giftgaslager – Nicht mehr streng geheim“, Mainz 1982
- 32) FhITA, a.a.O. S. 92
- 33) N.N., „Moskau wirft Israelis Einsatz von Nervengas vor“, Neue Presse Hannover, 13. 7. 1982
- 34) FhITA, a.a.O. S. 92
- 35) O. Palme, a.a.O. S. 87
- 36) Zitiert nach P. Koch, „Der unsichtbare Tod“, Serie „Wahnsinn Rüstung“, Teil VII, Stern, 19. 11. 1981, S. 102 ff.
- 37) N. Kamp wördlich auf der Pressekonferenz der Universität Göttingen, 13. 10. 1982
- 38) M. Wörner (Interview), „Die Sowjets wollen uns abnabeln“, Spiegel 24. 1. 1983, S. 44
- 39) J. Lehmbach, Brief an den Marxistischen Studentenbund Spartakus, Mainz, 13. 10. 1982
- 40) M. Bockemühl, a.a.O.

Weitere Literaturhinweise:

- 1) DKP-Niedersachsen, Hamburger Allee 38, Hannover, „Giftküche gegen den Frieden“, Juli 1982
- 2) ders., „Giftküche gegen den Frieden“ II
- 3) Rote Blätter 10/82, „Der Chemische Krieg beginnt im Labor“
- 4) ders. 11/82, „Der Chemische Krieg beginnt im Labor“ II
- 5) O. Köhler, „Die Geschichte der IG Farben . . .“, Konkret, 9/1982
- 6) H. Kohn, u. a., „Die Amerikaner vergifteten Vietnam“, Konkret, 2/1982, S. 40 ff.
- 7) K. Lohs (Hrsg.), „Der Kalte Tod“, Köln, 1982
- 8) W. Perdelwitz, „Giftgas in Deutschland“, Stern, 19. 8. 1982
- 9) R. Rilling, „Militärische Forschung in der BRD“, Köln, Blätter . . ., 8/1982
- 10) T. Tielisch, u. a., Kampfgas gegen Bürger, Konkret, 11/1982

Jetzt erschienen:

Arbeitsmaterial zur Dritten Welt

Lesley Doyal

Den Tod verhindern

– ohne das Leben zu verbessern



Lesley Doyal

Den Tod verhindern – ohne das Leben zu verbessern

... enthält hochinteressante Informationen zur Entwicklung westlicher Medizin in der Dritten Welt.

80 Seiten, DM 9,-



Marcel Böhler

Geschäfte mit der Armut – Pharma-Konzerne in der Dritten Welt

200 Seiten, DM 19,-

Auslieferung für den Buchhandel:
CON-Vertrieb, Westerfeldt 38,
2800 BremenGesamtverzeichnis anfordern!
Bestellungen durch Vorausüberweisung
auf Konto 2402 bei der Stadtsparkasse,
Frankfurt, oder schriftlich an:**medico
international**Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0611) 490350

Wider die schleichende Gewöhnung



Sanitäter in Strahlenanzügen bei der Einlieferung eines „verseuchten“ Soldaten ins Feldlazarett

Foto: dpa

„Gesundheitsschutzgesetz“ nach den Wahlen

Das Thema Gesundheitsschutzgesetz (abgedruckt in DG 3/82) wurde im Raketenwahlkampf auf kleiner Flamme gekocht. Die schlechten Karten, die die Befürworter der Raketenpolitik und der gesundheitlichen Absicherung dieser Politik hatten, wurden schon im Mai 1982 deutlich, als die damalige Gesundheitsministerin Anke Fuchs den alten Gesetzentwurf der SPD zurückziehen mußte. Die Friedensbewegung – und hier vor allem die im Gesundheitsbereich – hatte das Ziel des Gesetzes, die Beruhigung der Bevölkerung, erfolgreich unterlaufen. Der Kongreß in Hamburg „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ (und inzwischen auch der 2. in West-Berlin sowie der geplante in München), der „Appell aus dem Gesundheitswesen für den Frieden“, die Gründung der bundesdeutschen Sektion der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW), die ca. 100 Initiativen mit ihren tausenden Vorträgen in Schulen, Bürgerhäusern und Kneipen über die Unmöglichkeit medizinischer Schutzmöglichkeiten im Atomkrieg – dies alles ließ den großen Bluff platzen.

Als im Rahmen der Notstandsgesetzgebung 1968 ein Schutzbauigesetz, Selbstschutzgesetz, Katastrophenschutzgesetz usw. verabschiedet wurden, war der „Aktenkoffer über dem Kopf“ der Witz an sich. Und den gesetzlichen Verordnungen kam keiner nach: denn welcher Bundesbürger „beschaffte“ sich Ausrüstungsgegenstände zum Schutz gegen die Einwirkung radioaktiver Niederschläge, gegen chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel sowie die notwendigen Arzneien und Verbandsmittel“. So zumindest schrieben das die damaligen Gesetze mit detaillierten Listen über die notwendigen Gerätschaften vor.

Man könnte meinen – außer Spesen nichts gewesen. Weit gefehlt. Unbemerkt von der Öffentlichkeit entwickelte sich die Notstandsbürokratie, wurden beispielsweise Sachbearbeiter für die Verteilung von Lebensmittelkarten eingeplant, der Aufbau des Bundesverbandes für den Selbstschutz BVS vorgenommen, der in Selbstschutzkursen jährlich tausende von Bürgern auf den atomaren Ernstfall einschwört, entstand in den Standesorganisationen die zivil-militärische Zusammenarbeit, wurde die Aufrüstung im Ge-

sundheitswesen systematisch vorbereitet: „Zeitschrift für Wehrmedizin“, wer hätte eine solche Zeitung 1945 für möglich gehalten! Auch wenn das eine Ziel des geplanten Gesundheitsschutzgesetzes – die psychologische Beruhigung der Bevölkerung – dank der breiten Aufklärungsarbeit der Friedensinitiativen vorerst fehlgeschlagen ist, bleibt eine andere Gefahr bestehen, das langsame Gewöhnen an den Gedanken, mit der Atomkriegsdrohung zu leben. Nicht umsonst will die CDU (und auch maßgebliche Teile der SPD-Abgeordneten) nach dem 6. März ein solches Gesetz verabschieden.

Es geht ihnen um die systematische Erfassung und Einplanung des medizinischen Personals in ihre „Verteidigungspläne“, die sich gegenwärtig im „Nach-Rüstungsbeschuß“ kristallisieren. Dieser Beschuß ist Ausdruck der seit Mitte der siebziger Jahre veränderten Verteidigungsstrategie: der flexible response. Hierzu gehört die Ausweitung des „Interessengebietes“ der NATO über die unmittelbaren Mitgliedsstaaten hinaus, die Aufstellung von Eingreiftruppen beispielsweise für den Persischen Golf, und dann halt der Raketenbeschuß. Es ist dies die Abkehr von der

Politik der friedlichen Koexistenz zurück zu einer Politik der Stärke. Es ließe sich eine beliebig lange Liste aufstellen, wie medizinisches Personal in diese Drohpolitik eingeplant wird. Ein Kronzeuge ist der ehemalige Admiral Eugen Carroll, Kommandant des Flugzeugträgers „Midway“, von dem zahlreiche Bombardements über Vietnam ausgegangen sind: „Ich könnte darauf hinweisen, daß die jüngste Wiederauferstehung der Zivilverteidigung ein anderes Element dieser Pläne für die Führung eines Atomkriegs ist.“

Wenn also Ärztekammern jetzt ganz leise den „Massenanfall“ von Verletzten proben, Länderregierungen „Zivile Katastrophenschutzgesetze“ auf den erweiterten Personalbedarf hin ändern (Rheinland-Pfalz), medizinisches Personal in Hilfskrankenhäusern ausgebildet wird (Bremen, Baden-Württemberg), ist das nur eine veränderte Taktik: unter dem Deckmantel ziviler Katastrophenedizin militärmedizinisches Grundlagenwissen (Triage) zu vermitteln. „Denn der Ernstfall kann jederzeit eintreten.“ Wenn man’s lange genug hört, gewöhnt man sich an diesen Gedanken, und das soll wohl das Ziel sein.

Dieses Gesetz, was alle Angehörigen von Gesundheitsberufen zum regelmäßigen Üben des Kriegsfalls verpflichten will, muß verhindert werden, auch nach dem 6. März. Sonst diskutieren wir nur noch über die Frage, ob „Medizin im Atomkrieg überflüssig“ sei – eine Frage, wie sie falscher nicht gestellt werden kann. Denn es gibt nichts überflüssigeres als einen Atomkrieg, und erst recht alle Vorbereitungen auf einen.

Wilfried Blenck

Das Gift . . . und seine Opfer

Die Folgen des chemischen Krieges in Vietnam

Der Hamburger Arzt Dr. Karl-Rainer Fabig, stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, nahm vom 14.–20. Januar dieses Jahres an einer internationalen Wissenschaftlerkonferenz über die „Langzeitwirkung der Herbizide und Entlaubungsmittel auf Mensch und Natur“ in Ho-Chi-Minh-Stadt (ehemals Saigon) teil. Von dort brachte er neue Informationen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Bildmaterial über die in ihren entsetzlichen Ausmaßen hier bisher unbekannten Auswirkungen des chemischen Giftkrieges mit, den die USA in Vietnam geführt hatten. Einiges davon soll im folgenden Bericht verdeutlicht werden, den er für DG schrieb:

„Das Kind hat ein Zyklopäauge in der Mitte des Kopfes und einen Penis auf der Stirn. Andere werden ohne Oberleib geboren, oder es fehlen die Ohren. Sie haben winzige Schädel, extrem verlängerte oder deformierte Gliedmaßen. Ein anderes Wesen besteht aus einem Leib mit zwei Oberkörpern mit jeweils voll ausgebildeten Armen und Köpfen.“

Dies sind nicht etwa Auszüge einer apokalyptischen Vision, sondern das gehört zum Alltag in bestimmten Gebieten Vietnams, dort, wo das amerikanische Militär während des Vietnamkrieges in der Zeit von 1962–1971 die Dschungel und Dörfer mit Giftchemikalien besprühte, in der Hoffnung, damit den Feind besser erkennen zu können.

Wohlklingende Namen hatten die Substanzen: **Agent Blue**, **Agent White** und **Agent Orange** hießen die Mittel, die in ungeheuren Mengen als „Gelber Regen“ auf das Land niedergingen. Die Namen entsprachen den Farbmarkierungen der Kanister, in denen diese Entlaubungsmittel transportiert wurden.

72 Mill. Liter Pflanzengift, davon alleine 44 Mill. Liter Agent Orange wurden über Südvietnam versprüht. Der erste Einsatz wurde unter der verharmlosenden Bezeichnung „Operation Ranch Hand“ (deutsch: „Nahrungshilfe“) durchgeführt, in der Hoffnung, durch die Entlaubung der Bäume die feindlichen Stellungen und Nachschubwege auffindbar zu machen.

Mit dem „Gelben Regen“ wurde ein Stoff verteilt, der zu den giftigsten Substanzen gehört, die unsere Wissenschaft entwickelt hat: Dioxin bzw. TCDD (Tetra Chlordanzo – p – Dioxin) genannt.

Diese Chemikalie kam erstmals 1976 in die Schlagzeilen, als in der italienischen Stadt Seveso 200 Gramm Dioxin ausreichten, um eine regionale Katastrophe herbeizuführen und ganz Europa in Aufruhr zu versetzen.

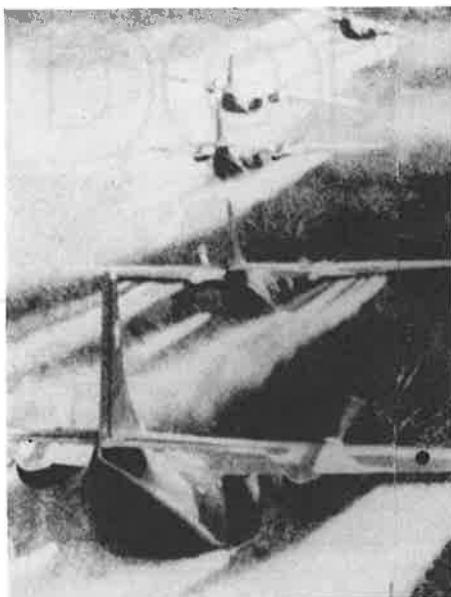
Die Angaben über die in Vietnam abgeworfenen Mengen schwanken zwischen 170 kg (nach Angaben der USA-Behörden) bis 500 kg (nach wissenschaftlichen Schätzungen). Diese Menge ging mit den Herbiziden – vor allem mit Agent Orange – auf die Tier- und Pflanzenwelt und nicht zuletzt auf die Menschen nieder. Agent Orange war zuvor auch in Amerika als Pflanzengift verwandt worden. Allerdings war beim Einsatz in der amerikanischen Landwirtschaft eine maximale Beimischung von 0,2 g Dioxin pro Tonne erlaubt gewesen. Die in Vietnam versprühten Präparate enthielten aber bis zu 40 g pro Tonne, was seine bessere Wirkung und seine höhere Gefährlichkeit erklärt. Mit Hilfe dieses Giftes, daß 1000 mal so giftig wie Zyanalkali ist, wurden in Südvietnam 44 % des tropischen Regenwaldes entlaubt, 60 % der Kautschukplantagen zerstört und 150 000 Hektar Mangroven vernichtet.

Doch weitaus verheerender als die direkten Wirkungen – denen auch 3500 Menschen durch akute Vergiftungen zum Opfer fielen – sind die Langzeitwirkungen auf den Menschen, die Tier- und Pflanzenwelt. Zum einen erkranken die betroffenen Organismen um ein vielfaches häufiger an Hauterkrankungen und Nervenleiden und zeigen eine erhebliche höhere Rate an Krebserkrankungen (primärer Leberkrebs, Gebärmutterkrebs, u.a.). Zum anderen zeigen die Kinder der Betroffenen eine Reihe von geistigen und körperlichen Verstümmelungen, die durch Schädigung des Erbmaterials verursacht werden. Zu den eingangs geschilderten grauenhaften Beispielen kommen noch einfache „genetische Defekte“, wie Lippen-, Kiefer- und Gaumenspalten, Mongolismus und leichtere Intelligenzminderungen.



„VIET-DUC“ sind siamesische Zwillinge, deren Eltern 1975 in eine besprühte Zone gezogen und vorher bereits gesunde Kinder bekommen hatten

Foto: Kalle Fabig



US-Flugzeuge versprühen „AGENT ORANGE“ über dem Süden Vietnams
Foto: Kalle Fabig

Von den Konsequenzen für das Ökosystem der betroffenen Gebiete konnten sich die Konferenzteilnehmer selber überzeugen: Im Ma-Da-Forest in der Dong-Nai-Provinz sahen sie die armseligen Überreste einer ehemals üppigen Vegetation: Entlaubte, nackte Bäume über einer Fläche von 1 km Breite und 50 km Länge, ohne Tiere, ohne Pflanzen, ein fast totes Gebiet bis auf ein riesen Unkrautgras, daß unkontrolliert wuchert. Es existieren jetzt viele dieser Gebiete, von denen eines von den Einheimischen bildhaft als „Tal des Todes“ bezeichnet wird. Hier haben nur 5 Säugetierarten überlebt, gegenüber 30-55 Säugetierarten in Vergleichswäldern. Hinzu kommt noch eine große Zahl von mißgebildeten Tieren, besonders Haustieren.

Riesige Gebiete, die durch reichhaltige Fauna und Flora eine große Zahl von wildlebenden Tieren ein Überleben sicherte und den Bewohnern eine gute Grundlage für Acker und Gartenbau bot, sind heute solche „Todestäler“. Die wegen ihrer einstmals fruchtbaren Anbaufläche berühmte „Reisschale Asiens“, die vor dem Krieg noch 100 000t von Tonnen Reis exportiert hatte (1959), mußte 1968 einige Hunderttausend Tonnen importieren. Die Zerstörung des Dschungels und die Vernichtung der Ernten hatte 10 000de von Menschen aus ihren Heimatdörfern vertrieben und Hungersnöte hervorgerufen.

Die ökologischen Systeme der Küste und des Wasserhaushaltes sind in diesem Land der Tropen besonders angegriffen. Die Wissenschaftler schätzen, daß es über 100 Jahre dauern dürfte, bis die Mangrovenwälder wieder Fuß gefaßt haben. Zur Zeit entreißt das Meer, bedingt durch das Fehlen der Mangroven, an der Südspitze Vietnams jährlich einen Landstreifen von 300 m Breite. Die Zahl der Fischarten, der Schalentiere und der üppigen Algenkulturen in den Mangrovenwäldern hat ebenfalls deutlich abgenommen.

Der Abbau des TCDD im Boden geht äußerst langsam vonstatten, da seine Halbwertzeit größer als 10 Jahre ist. Deshalb ist mit einer Befreiung und damit einem Schwinden der schädlichen Auswirkungen des Giftes in ca. 100 Jahren zu rechnen, weil das Gift im Boden, in Sedimenten, in Pflanzen, in Tieren, in menschlicher und in Kuhmilch, im Blut und in der Leber nachgewiesen werden kann, ist über diesen Zeitraum mit Erbschädigungen und den übrigen vernichtenden Auswirkungen zu rechnen.

Obwohl Ronald Reagan den Vietnamkrieg nach wie vor für „eine edle Sache“ hält, kommt auch die amerikanische Regierung nach Jahren des Schweigens nicht mehr an dem heiklen Thema „Agent Orange“ vorbei. Als sich bei den Vietnamveteranen Erkrankungen wie Nervenleiden und Krebserkrankungen häuften und tausende von mißgebildeten Kindern geboren wurden, lehnte das amerikanische Militär Versorgungsansprüche ab, obwohl neutrale wissenschaftliche Gutachten zu dem Ergebnis gekommen waren, daß das im Agent Orange vorhandene Dioxin für die Schäden verantwortlich war. Wie schon bei den Atombombentests, bei denen amerikanische Soldaten im Strahlungsbereich platziert wurden und dadurch die lebensfeindlichen Auswirkungen der atomaren Strahlung am eigenen Leibe erleben mußten (s. auch die Filmbesprechung zu „Atomic Café“ in diesem Heft), so ist auch heute vielen Vietnamveteranen klar, daß sie nicht nur Soldaten waren, sondern auch „Meerschweinchen . . . , menschliche Versuchstiere, an den Chemiker und Generäle den Krieg von Morgen ausprobierten“. (Ex-Sergant Tom Parson, einer der Kläger gegen die US-Regierung).



In Amerika steht jetzt eine riesige Prozeßlawine mit 12 000 Klägern an. Doch zuerst wird ein Grundsatzprozeß geführt werden, in dem die gesundheitsschädliche Wirkung des Agent Orange und sein Zusammenhang mit den verschiedensten genetischen Schäden bewiesen werden soll.

Den Amerikanern wird vorgeworfen, Agent Orange trotz des Wissens um seine umwelt- und menschenfeindlichen Wirkungen sozusagen als Großexperiment eingesetzt zu haben. Dies wird entkräftet durch jetzt veröffentlichte Unterlagen des Pentagons, aus denen hervorgeht, daß die verantwortlichen Militärs von der Unschädlichkeit des

Agent Orange für den Menschen überzeugt waren. Somit wird die juristische Schuldzuweisung in Richtung der Herstellerfirmen gehen, die nicht auf die unheilvolle Dioxinbeimischung hingewiesen haben sollen.

Das sollte insbesondere die Bundesregierung und die USA nicht von der moralischen Verpflichtung freisprechen, endlich Hilfe an Vietnam zu leisten, welche seit dem Ende des Krieges abrupt eingestellt wurde. Zu hoffen wäre, daß durch diese und andere Informationen der Druck auf die Regierungen zur Hilfeleistung für den Wiederaufbau Vietnams zunehmen wird.

PS: Wir möchten in diesem Zusammenhang auf die bis Ende März dauernde Ausstellung im Bremer Übersee-Museum aufmerksam machen, sowie auf die Vortragsrundreise von vietnamesischen Wissenschaftlern in der Bundesrepublik und der Schweiz, über die wir in unserer nächsten Ausgabe berichten wollen.

Die DG-Redaktion wird sich zusammen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam darum bemühen, bis zum Sommer dieses Jahres eine allgemeinverständliche Broschüre über die obengenannte Konferenz herauszubringen. Wir möchten in diesem Zusammenhang unsere Leser auf die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft hinweisen, die ihre Mitglieder durch ihren zweimonatlich erscheinenden „Vietnam-Kurier“ umfassend über die Situation in Vietnam unterrichtet. In der näheren Zukunft werden auch spezielle Vietnam-Studienreisen für Gesundheitsberufe angeboten.

Kontaktadresse:
Freundschaftsgesellschaft
BRD-SR Vietnam
Duisburgerstr. 46
4000 Düsseldorf, Tel.: (0211) 490111

Warum begehen „Halbgötter in Weiß“ vorsätzliche Körperverletzung, und warum schrecken sie auch vor fahrlässiger Tötung nicht zurück?

Till Bastian

Arzt - Helfer - Mörder

Eine Studie über die Bedingungen medizinischer Verbrechen

120 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-87387-194-7

„Ich habe selbst viel aus Bastians Buch gelernt und wünsche dasselbe möglichst vielen Lesern. Es ist lang genug, um ein wichtiges Gegenwartsproblem einzukreisen, und kurz genug, dem Leser über den Informationskonsum hinaus Anstöße zu geben. Und es ist verständlich für Laien, aber fundiert genug für Fachfrauen und -männer.“

Wolfgang Schmidbauer
(Aus dem Vorwort)



Junfermann-Verlag
Imadstr. 40, 4790 Paderborn



Warten auf's Ende

Eindrücke vom Besuch eines unterirdischen Hilfskrankenhauses

„Zivilschutz ist, bevor er technisch wird, eine Sache der Überzeugung“, heißt es in einer Broschüre des Bundesamtes für den Zivilschutz (1). Wie weit die Schutzraumtechnik geeignet sein will unser Überleben in einem Atomkrieg sicherzustellen, das wollten wir, Mitglieder aus verschiedenen Oldenburger Friedensinitiativen, von dem Leiter des Oldenburger Katastrophenschutzes, Herrn JANOS wissen. Nach einem ersten Gespräch lud er uns zu einer Besichtigung des unterirdischen Hilfskrankenhauses Oldenburg ein.

Das unterirdische Hilfskrankenhaus ist eines von ca. 200 dieser Art, aber das größte in der ganzen BRD. (Eine Liste aller Hilfskrankenhäuser veröffentlichen wir im Dokumentationsteil). Seit 1972 gebaut, 1979 fertiggestellt, liegt es direkt unter dem Schulzentrum am Flötenteich. Es ist ein **chirurgisches** Hilfskrankenhaus und steht für zivile und militärische Katastrophen „im Rahmen der Gesamtverteidigung zur Verfügung“. Notfalls könnte es auch als autarker Schutzraum für 3-4000 Menschen dienen. Die 10 Mio. Baukosten hat der Bund aufgebracht, zusätzlich 3 Mio. an Einrichtung. Danach wurde es der Stadt OL geschenkt. Die Stadt OL hat jetzt etwa 20 000 DM an Folgekosten zu tragen sowie das Gehalt für einen Spezialtechniker, der die Anlagen wartet und überwacht.

Das Krankenhaus liegt etwa 4 m unter der Erde, durch eine 40 cm dicke Betondecke vom Keller des Schulzentrums getrennt. Es hat eine Ausdehnung von 5000 qm, 131 Räume, 3 OP-Einheiten, 800 Betten für Kranke und 250 Betten für das Personal. Insgesamt kann es 1500 Personen beherbergen. Es ist durch einen Haupteingang mit Schleusen erreichbar. Außerdem gibt es noch 4 Notausgänge zur Schule. Chefarzt des Krankenhauses ist der ehemalige Leiter der Chir. Klinik in Kreyenbrück, Dr. Feye. Das Krankenhaus ist nur für einfache chirurgische Eingriffe ausgerüstet einschließlich Röntgenapparaturen der Firma Siemens.

Über die Schleuse, die auch für ABC-Katastrophen gedacht ist, können nach den Ergebnissen einer Katastrophenübung pro Stunde 70 Verletzte eingeschleust werden, die am Unfallort mittels „Triage“ ausgesondert wurden. Notarztwagen und der gleichen können nur bis zum Eingang kommen. Dann muß auf Tragen weitertransportiert werden.

Die Küche ist mit 4 Feldküchen ausgestattet. Die Lebensmittelvorräte reichen für 14 Tage. Außerdem gibt es Pläne mit besonderen Zulieferern.

Außerdem gibt es ein Trinkwasserreservoir mit einem Brunnen von 60 m Tiefe. Die Dieselölpumpen liefern 50cbm Wasser pro Stunde. Der Vorrat an Öl beträgt bei maximaler Beanspruchung für Heizung und Notstromaggregate 4 Wochen. Das Krankenhaus ist außerdem ans örtliche Stromnetz angeschlossen. Die Luftfilter halten bei atomarer Verseuchung maximal 3 Wochen. Die Luftfilter sind eine Spezialanfertigung, die bei Feuchtigkeit weniger, sonst etwa 10 Jahre lang funktionieren. Sie kosten pro Stück mehrere tausend Mark. In den OP-Räumen stehen zur Zeit ausrangierte Schulmöbel. Die OP-Tische, die Narkosegeräte und die Röntgenapparaturen sind nicht betriebsfertig, sondern müssen erst noch montiert werden. In den Bettenzimmern liegen Matratzen und in Kisten verpackte Wolldecken bereit. Das Krankenhaus wird ständig leicht beheizt, damit die Wände nicht schimmeln. Die Spiegel in den Waschräumen sind aus blankem Blech. Farbmarkierungen (Türen: orange;

Flure: giftgrün mit selbstleuchtenden Markierungsbändern) sollen die Orientierung erleichtern. Bisher ist das Krankenhaus nicht benutzt worden, aber der ehemalige Innenminister Baum hatte es seinerzeit besichtigt.

Außer Siemens tauchen an Firmen-Namen auf: Buderus, Dräger-Werke Lübeck, Bayerische Wolldecken Werke, Daimler Benz. So kann man auch im Frieden am Krieg verdienen, ging es mir durch den Kopf. Die Lebensmittelvorräte reichen 14 Tage, die Luftfilter halten 3 Wochen, das Öl für die Pumpen reicht 4 Wochen, aber was erwartet uns dann?

Was ist, wenn die Schule zerstört ist und die Ausgänge verschüttet sind? Hilfe von außen ist wohl kaum zu erwarten. Und selbst wenn wir hinauskönnten, könnten wir es bei der verseuchten Umwelt wagen? Zuviele ungelöste Probleme! Wie hieß es doch in der Broschüre: „Zivilschutz ist ... eine Sache der Überzeugung“.

Andreas Zieger

(1) aus: Zivilschutz – ein fiktives Programm?, hrsg. vom Bundesamt für Zivilschutz, Schriftenreihe Band 2, Bonn 1972



DOKUMENTE

Soziale Einrichtungen im Dienste der Kriegsmedizin

Liste der als „Hilfskrankenhäuser“ vorgesehenen Einrichtungen

Zu den gegenwärtigen Zivilschutzplanungen gehört auch die Schaffung sogenannter Hilfskrankenhäuser. Diese dienen in erster Hinsicht dazu, die Bevölkerung glauben zu lassen, ein Atomkrieg sei zu überleben. Wie aus den entsprechenden Planungen (u.a. Referentenentwürfe des Gesundheitssicherstellungsgesetzes und Gesundheitsschutzgesetzes, vgl. DG 1/82 und 3/82) hervorgeht, sollen im Ernstfall Altenheime, Turnhallen, Behinderteneinrichtungen, Schulen und ähnliche Einrichtungen zu Hilfskrankenhäusern umgewandelt werden.

Derzeit stehen laut Angaben des Bundesamtes für Zivilschutz in ca. 200 Hilfskrankenhäusern 86 000 Betten zur Verfügung.

Nachstehend eine Liste (Stand: 1982) der bereits eingerichteten oder in Planung befindlichen Hilfskrankenhäuser (in Klammern die Zahl der Bettenplätze).

Bayern

Haus St. Marien, Neumarkt i. d. Opf., Lkr. Neumarkt i. d. Opf. (200)

Volksschule Parsberg, Lkr. Neumarkt i. d. Opf. (370)

Volksschule Roding, Lkr. Cham (480)

Realschule Roding, Lkr. Cham (700)

Berufsschule Parsberg, Lkr. Neumarkt i. d. Opf. (750)

Volksschule Breitenbrunn, Lkr. Neumarkt i. d. Opf. (400)

Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen, Lkr. Dillingen (400)

Volksschule Jettingen-Scheppach, Lkr. Günzburg (400)

Volksschule Türkheim, Lkr. Unterallgäu (400)

Clarentinerkloster Weißhorn, Lkr. Neu-Ulm (350)

Kloster Wettichenhausen, Lkr. Günzburg (600)

Volksschule Illertissen, Lkr. Neu-Ulm (400)

Gesamtschule Schwabmünchen, Lkr. Augsburg (450)

VDK-Erholungsheim Christlessee, Lkr. Oberallgäu (450)

Stadt. Berufsschule Mindelheim, Lkr. Unterallgäu (400)

Kloster Maria Medingen, Mödingen, Lkr. Dillingen (1100)

Landwirtschaftsschule Hersbruck, Lkr. Nürnberg-Land (200)

Realschule Vöhingen, Lkr. Neu-Ulm (400)

Sporthalle Staffelstein, Lkr. Lichtenfels (400)

Jugendburg Feuerstein, Lkr. Forchheim (200)

Kreisberufsschule Gunzenhausen, Lkr. Weissenburg-Gunzenhausen (500)

Gymnasium Altdorf, Kreis Nürnberger Land (600)

Gymnasium Gunzenhausen, Lkr. Weissenburg-Gunzenhausen (600)

Stefanieschule Gunzenhausen, Lkr. Weissenburg-Gunzenhausen (400)

Volksschule/Gymnasium Höchstädt a. d. Aisch, Lkr. Erlangen-Höchstädt (500)

Landw. Schule Uffenheim, Lkr. Neustadt a. d. Aisch (400)

Volksschule Erlenbach, Lkr. Miltenberg (250)

Berufsschule Ochsenfurt, Lkr. Würzburg (200)

Realschule Ochsenfurt, Lkr. Würzburg (400)

Volksschule Rüdelzhausen, Lkr. Freising (bisher Enzelhausen) (300)

Landw. Schule m. Turnhalle Moosburg, Lkr. Freising (600)

Turnhalle Schongau, Lkr. Weilheim-Schongau (600)

Volksschule Söcking, Lkr. Starnberg (500)

Kloster Zinneberg, Lkr. Ebersberg (600)

St.-Elisabeth-Heim Neuhaus/Schliersee, Lkr. Miesbach (300)

Sporthalle Weilheim, Lkr. Weilheim-Schongau (600)

Baden-Württemberg

Hauptschule Rudersberg, Rems-Murr-Kreis (450)

Hauptschule Aalen-Waldhausen, Ostalbkreis (400)

Haupt- und Mittelschule Neuffen, Lkr. Esslingen (450)

Südb. Sportschule Steinbach, Stadt Baden-Baden (400)

Hauptschule Gaggenau, Lkr. Rastatt (400)

Hauptschule Bühlertal, Lkr. Rastatt (400)

Gymnasium Neckarbischofsheim, Lkr. Rhein-Neckar-Kreis (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (600)

Gymnasium Trossingen, Lkr. Tuttlingen (600)

Hauptschule Singen, Lkr. Konstanz (400)

Gymnasium Rottenburg, Lkr. Tübingen (400)

Haupt- und Realschule Bötzingen, Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald (

Man sollte ruhig darüber reden:

Ich baue einen Luftschutzkeller

Eine Woche nach Baubeginn weiß es die ganze Schule: Die bauen einen Atombunker! Nachbarn begutachten die Fortschritte beim Aushub, Fundamentieren, Einschalen und Bewehren. Sie wundern sich über die zwei Tonnen Stahl und 32 Kubikmeter Beton, die ich auf 18 Quadratmeter Grundfläche verarbeite. Und sie amüsieren sich über mein Sicherheitsbedürfnis – auch oder gerade dann, wenn sie einen Katastrophenfall nicht für ausgeschlossen halten.

Ich bin 47 Jahre alt. Daher kenne ich Bombenangriffe noch aus eigenem Erleben. Unser Luftschutzkeller war mit Balken ausgesteift worden. Der Lichtschacht vor dem Kellereingang lag voller Sandsäcke.

Draußen, auf der Hauswand, war in weißer Farbe LSK und ein Pfeil aufgemalt, der auf das Kellerfenster zeigte. Glücklicherweise brauchten wir diesen „Notausgang“ nie zu benutzen. Bei Fliegeralarm rannten wir runter. Dann wurde es dunkel: Der Strom wurde abgeschaltet. Wenn alles wieder vorbei war, gab es auch kein Wasser mehr. Ein Einschlag irgendwo hatte die Wasserzuführung unterbrochen.

Gekocht wurde mit Holzfeuer

Auch die Gasversorgung funktionierte nicht mehr. So kochten wir mit ein bisschen Holz auf einem Kanaldeckel, den wir auf zwei Backsteine gelegt hatten. Im Winter hatten wir einen Kanonenofen organisiert, der unser Kanaldeckelfeuerchen ablöste. Die „feindlichen“ Bomberverbände aus nordwestlicher Richtung“ warfen nicht immer auf die Brücke, die Durchgangsstraße oder die Eisenbahnlinie in unserer Nachbarschaft. Häufig zogen sie über uns hinweg. Die Flak ballerte, und am Morgen fanden wir haufenweise „Lametta“ auf der Straße. Oft genug aber zitterte die Erde – und wir kauerten unter einem starken Balken und zitterten mit. Wenn die Bomben entnervend herabheulten, sagte mein sechsjähriger Bruder: „Is doch nich so schlumm, die trifft uns nicht, die heult ja.“

Diese Erinnerungen sind nicht sehr lebendig, aber sie sind da. Als ich in Amerika in die Schule ging und Fliegeralarm geprobt wurde, kam ich mir wie ein Frontschwein vor.

Was hatten die doch für seltsame Vorstellungen von einem Luftangriff und dem, was Schutz bietet!

In diesem Beitrag befaßt sich BHW-Sparer Dr. Dietrich Bott auf ganz persönliche Art mit einem Thema, um das man sonst einen großen Bogen macht. Luftschutz? Damit möchte man am liebsten nichts zu tun haben, weil uns immer noch oder schon wieder das Entsetzen zu tief in den Knochen sitzt. Wir stellen diesen Beitrag zur Diskussion und würden uns freuen, wenn möglichst viele Leser dazu Stellung nehmen würden.

Das war im Jahre 1952. Und heute? Fragen Sie spaßeshalber mal Ihre Kinder, wo in der Schule der Luftschutzraum liegt (und den Direktor, wie der Raum ausgestattet ist).

Sie meinen, ich sei ängstlich? Vielleicht. Ich weiß nur: Mir ist jedesmal (und nicht erst seit gestern) unbehaglich, wenn ich das An- und Abschwellen der Sirenen bei einer Funktionsprüfung höre. (Zwanzig Millionen Bundesbürger wissen, was ich meine.) Im übrigen fehlt mir die Phantasie. Ich kann mir nicht vorstellen, was zig Megatonnen Sprengstoff bedeuten und wie die Nachbarschaft nach einem Atomkrieg aussieht. Wenn Sie meinen, ein Atomschlag treffe uns rasch, unvorbereitet und vernichtend, kann ich mich in Ihre Gedanken versetzen. Wenn Sie glauben, danach sei das Leben nicht mehr lebenswert, mögen Sie recht haben. Während des Kellerbaus kommen mir noch andere Zweifel: Dreißig Zentimeter Stahlbetondecke sind nicht eben viel. Schon im Zweiten Weltkrieg waren die Bunkerwände stärker. Daß man im Dunkeln mit kleinen Kindern tagelang im Keller hockt, um ein Abklingen der Strahlengefahr abzuwarten – ohne Kochmöglichkeit und schon sehr bald ohne Wasser, macht mir den Selbstschutzraum der Grundstufe nicht eben attraktiver. Flansche, die für einen Druck von 16 Bar ausreichen, sollten sicher auch nicht mit Abschlußtüren kombiniert werden, die nur drei Bar aushalten. Gemessen am langen Leben des Bundesverbandes für den Selbstschutz könnte man sich eine ausgereifte Technik vorstellen.

Aus der Not eine Tugend machen!

Ich baue trotzdem. Der Bau eines Selbstschutzraumes ist für mich ein Rechenexample, in dem die Wahrscheinlichkeit des Überlebens keine Rolle spielt. Ich brauche einen Kellerraum; denn mein Eigenheim ist nur teilweise unterkellert.

Darüber baue ich eine Garage. Als Selbstschutzraum für sieben Personen kostet der Keller weniger als in landläufiger Ausführung. Das zeigt folgende Überlegung: Bei rund 600 Stunden Eigenleistung fallen als

sich einige Hindernissen und überflüssigen Kosten gegenüber:

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gibt zwar kostenlos eine Normstatistik ab. Wenn aber der vorgesehene Grundriß von der Norm abweicht, muß eine statische Berechnung und deren Prüfung in Auftrag gegeben werden. Das ist überflüssig, da die Schutzbewehrung eine Standfestigkeit für weit größere Räume gewährleistet.

Warum läßt das Ministerium nicht einen Zusatz erarbeiten, in dem die maximalen Spannweiten angegeben werden? Das würde auch die Prüfung des Bauantrages und seine Bearbeitungszeit verringern.

Die Bauvorschriften fordern, daß Stahlbetonarbeiten durch einen erfahrenen Unternehmer auszuführen sind. Warum führt man im Falle des Selbstbaus (wie in Frankreich allgemein) nicht eine Ausnahmeregelung herbei? Der Bundesverband Selbstschutz könnte Bauwilligen die Vorschriften über werkgerechtes Bauen in einer Fibel zur Verfügung stellen. Von ihrer Einhaltung sollte sich die örtliche Bauaufsicht überzeugen. Im Ernstfall trägt ohnehin kein Unternehmer das Risiko einer mangelhaften Bauausführung.

Preistreiberei?

Die vom Bundesverband Selbstschutz herausgegebene Schutzbau-Fibel (und die Berater) geben zwar technische Hinweise. Aufgrund der Hinweise lassen sich aber z.B. die einzubetonierenden Rohrteile nicht in Auftrag geben. Die als Lieferanten aufgeführten Firmen liefern die Teile selbstverständlich ohne Zeichnungsvorlage. Sie setzen aber die Bekanntheit, die ihnen eine Nennung in der Fibel verschafft, in hohe Preisforderungen um. Auch in diesem Falle könnte man sich vorstellen, daß der Bundesverband Selbstschutz Standardausschreibungsunterlagen erarbeitet, die er Interessenten zur Verfügung stellt.

Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz bestehen in jedem Regierungsbezirk, häufig auch auf Kreisebene. Auch diese Nähe zum Bauwilligen könnte intensiver genutzt werden. So sollte es unschwer möglich sein, Unternehmen nachzuweisen, die Schalung, Preßluftwerkzeug, Rüttler, Pumpen und Planen vermieten.

KREISKRANKENHAUS
- GELTENDHEIT/HESSEN
- Verwaltung -
Az. 512-02-06

09/62-Setzgenetext vom 09.02.1962

An alle
Mitarbeiter
im Hause

Betr. Kennzeichnung der Zivilkrankenhäuser und ihres Personals
nach Artikel 18 - 2a des IV. Genfer Abkommens zum Schutz
von Zivilpersonen in Kriegszeiten

Aufgrund des Erlasses des Herren Hessischen Sozialministers vom
26.01.1976 sind zum Schutz des Personals Ausweise auszustellen.

Wir bitten Sie hiermit, uns umgehend 2 Passbilder vorzulegen.
Die Passbilder sind, solange sie nicht benötigt werden, in der
Personalskarte aufzubewahren. Bei einem uralten Ausscheiden aus dem
Dienst des Kreiskrankenhauses Sehigenstedt, können Sie diese
Passbilder wieder zurückfordern.

Die Ausgabe einer Ausweiskarte ist jedoch erst bei Eintritt des
Verteidigungsfallen geplant. Da ein solcher Unter Umständen über-
reichend minuten kann, müssen die Vorbereitungsmärschen auch
darauf eingestellt sein. Wir bitten daher um Verständnis für
diese Maßnahme und um Vorlage der beiden Passbilder.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Adolf
Verwaltungsdirektor

EINSATZHINWEISE BEI MASSENUNFÄLLEN UND KATASTROPHEN

FÜR KRÄZTE

Feststellung der
Dringlichkeitskategorien
bei Ersthilfe und
Transport

Von Privatdozent Dr. med. E. G. Strem
Unfallurgesche Klinik (Prof. Dr. H. Schone)
Medizinische Hochschule Hannover
Konstanty-Blum-Str. 100, D-3000 Hannover 61
z. Zuständigkeit nach
Arztreferenz Niedersachsen
Borsigstr. 30, D-3000 Hannover 1

B. Schäfer-Härtle Verlagsgesellschaft
GmbH & Co. Oelgeschäftr. 2000 Hannover 6
Durst Schäfer's Verlagsges. und Dr. (Hrsg.)
Ges. & Co. Georgswall 2, 3000 Hannover 1

2.8 - VERZÜGTER TRANSPORT

- Schädel-Hirn-Traumen (ohne Hirndruckzeichen)
- Knochenbrüche, Verrenkungen (ohne Durchblutungsstörungen)
- Offene Gelenkverletzungen
- Ausgedehnte Weichteilverletzungen
- Eindeutige Amputationslässe
- Verbrennungen II. und III. Grades mit Überlebenschance (> 20 Prozent bis < 40 Prozent)
- Primär komplettes Querschnittsyndrom

Kategorie 3
LEICHTVERLETZTE -
WARTEFÄLLE

- Ambulante Behandlung möglich
- Konzentrations- und Registratur **abschneidende** Verletzungsmögl. u. Behandlungsortes (Panikgefallen)
- Großraumtransp. zu niedergelassenen Ärzten

DRINGLICHKEITSSTUFEN (SICHTUNG)

Kategorie 1

BEHANDLUNGZWANG AM
KATASTROPHENORT

Lebensrettende Sofortmaßnahmen bek.

- Störungen der Atmung, Erstickungsgefahr, offener/geschlossener Pneumothorax, Spannungspneumothorax, thorakale Atemwegsverlegung
 - Starke äußere Blutungen (bei erreichbarer Blutungsquelle)
 - Schwerer Schockzustände
- Nach Notbehandlung nur Dringlichkeits-
einstufung!

Kategorie 4
HOFFNUNGLOS
SCHWERVERLETZTE -
WARTEFÄLLE

- Verzögerte Kausalbehandlung unter Berücksichtigung der Lage am Katastrophenort (Verletztenanzahl, Transportmöglichkeit, Materialnachschub, Zahl der Helfer)
- Schmerzbehandlung
- Ablage und Überwachung nahe Sammelplatz
- Regelmäßige Überprüfung des Sichtungs-
ergebnisses (ggf. Kategorie 1 oder 2)

ACHTUNG: Sichtungskategorien sind kein
starres Schema! Berücksichtigung der individuellen
Situation und Infrastruktur!

Kategorie 2 TRANSPORTVORRANG — KRANKENHAUSBEHANDLUNG NOTWENDIG

(a nach Lage vorher Notversorgung, Infusion, Reponition, Schienung u. a.)

2.8 - SOFORTTRANSPORT

- Verletzungen innerer Organe
- Hirndruck (Pupillendilatanz, Krämpfe, Bewußtlosigkeit)
- Rückgratmarkenverletzungen (inkomplettes Querschnittsyndrom)
- Schwere Durchblutungsstörungen der Extremitäten (Ischämie)
 - ▷ D. Verletzung großer Extremitätenarterien mit bzw. ohne Fraktur/Luxation, akutes Kompartimentsyndrom)
- Ausgedehnte Extremitätenlängerruhrungen
- Schwerer Augenverletzungen (pupillenveränd. verätzend)
- Gesichts-/Atemwegsverbrünnungen (I. und II. Grades)
- Polytrauma mit Überlebenschance

DRINGENDE ÄRZTLICHE AUFGABEN
AN KATASTROPHENORT

1. Kanalauflösung des gebrochenen Einsatzarztes (Arme/Beine)
2. Sofortige Kontaktaufnahme mit Rettungsdienst, Einsatzleitstelle
3. Anfordern eines Rettungswagen (Notversorgung, Transport) von Helfern (Kommunikation, Flugzeugabfertigung usw.)
4. Kanalauflösung eines Arztes zur Verletztesicherung
 - Verletzungssammlung (Ablage für Notbehandlungen /Abgabe für Leichtverletzte / Abgabe für Notfallgruppe)
 - operativer Abtransport (An- u. Abtransportmöglichkeit für RTW, Landepiste, RBS abhängig einrichten lassen)
5. Bereitstellung und Anfordern Materialabfert. (Rettungs-
dienst)
6. Erstes Amt/Sanitäter zur Notversorgung (Schock-
team)
7. Sichtung der Verletzten (ent. durch 2. Arzt/Helfersteam)
8. Übermittlung der Notfallanamnese und das Transport-
schein
9. Auslieferung der Verletztenbegleitkarte

MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG
VON PANIK AM KATASTROPHENORT

1. Ruhiges, diszipliniertes Verhalten aller Detektionen
2. Klare Anordnungen befolgen
3. Stabile Befolzung aller Anordnungen
4. Keine Diskussionen
5. Unverzügliche und vgl. Leichtverletzte zur Mithilfe einleiten (z. B. Dokumentation, Verbaute amlegen, Materialtrans-
port usw.)

DER BUNDESMINISTER DES INNEREN

SV I 3 - 768 110/6

Von: BUNDESMINISTER DES INNEREN
Bundesrepublik Deutschland

53 BONN 2, den 24. Juni 1968

Reich
Reichsminister des Inneren
Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister des Inneren
Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister des Inneren
Bundesrepublik Deutschland

An: BUNDESMINISTER DES INNEREN

Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister des Inneren

Bundesminister des Inneren

Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister des Inneren

Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister des Inneren

Bundesrepublik Deutschland

Die Frau – eine Katastrophenhelferin

Eva Osang

Zu allen Zeiten haben sich Frauen eingesetzt und bewährt, wenn es galt, Katastrophen zu bewältigen, Samariterdienste am Nächsten zu leisten, sogar Männer am Arbeitsplatz zu ersetzen. Frauen sind zu Samariterin geboren und veranlagt; Dienst am Nächsten, an der Familie, am Hilflosen ist der Frau nicht Opfer, sondern Selbstverständlichkeit. Was Wunder, wenn die Frau in die Rolle der Dienenden gedrängt wurde, aus der sie sich – weltweit – allmählich zu befreien versucht. Aber trotz aller Emanzipation und trotz des Rollentausches in Haushalt und Familie ist die Veranlagung zum Helfen geblieben. Zur Bewältigung von Katastrophen – oder Notständen –, bei denen Verängstigte, Verletzte, Hilfe-suchende in großer Zahl anfallen, wird es ein Heer von Hilfeleistenden geben müssen; sie werden nicht allein in den Hilfsorganisationen zu finden sein und auch nicht bei den berufsmäßigen Pflegern und Helfern; sie werden unter den Frauen vornehmlich gefunden werden müssen, die nicht in den Arbeitsprozeß eingespannt sind. Das heißt, dort, wo der Achtstundentag nicht an einem festen Arbeitsplatz außerhalb des Heimes abgedient wird: bei den Nur-Hausfrauen und Müttern. Sie allein haben die Freiheit, den Arbeitstag so einzurichten, daß die zu leistende Arbeit nicht innerhalb eines starren Stundenschemas getan werden muß. Sie könnten also bei gutem Willen zum Helfen – da sie ja ausgelastet sind – doch Stunden zum Dienst am hilflosen Nächsten finden.

Was wäre nun zu tun, um diese Frauen für den Katastrophen Einsatz und für den Dienst am Nächsten zu gewinnen? Kinder können nicht unbeaufsichtigt alleingelassen werden. Wenn Frauen zu Hilfsdiensten herangezogen würden, müßte für die Betreuung der Kinder gesorgt sein. Da eine einzige Frau mindestens für zwanzig bis dreißig Kinder sorgen könnte, wäre eine Menge Frauen entlastet und frei. Dieses Betreuen ließe sich unter den Frauen organisieren, es brauchte sicher nicht einer eigens dafür geschaffenen Institution.

Natürlich müßte dieses Unternehmen in ruhigen Zeiten geübt werden, damit es im Katastrophen Einsatz dann reibungslos funktionieren kann.

Die moderne Frau bringt allerhand Können schon mit für ihren Einsatz im Notfall: Sie hat zumeist einen Führerschein, kann also vielseitig sogar Transportdienste übernehmen. Sie hat beim Erwerb des Führerscheins eine Erste-Hilfe-Ausbildung erhalten und eine Prüfung abgelegt und kann wirksame Erste Hilfe leisten. Sie ist in der Betreuung von Kindern und alten Menschen erfahren und sie ist als Hausfrau und Mutter auch eine geübte, gute Psychologin. Krankenpflege beherrscht sie; sie kann im Notfall eine ganze Mannschaft Hungender bekochen. Zu allen diesen Vorzügen kommt hinzu, daß die Hausfrau an Management gewöhnt ist, daß sie umsichtig organisieren kann, auch delegieren, und daß sie Geduld mitbringt und Verständnis für Kummer und Nöte.

Gibt es eine idealere Katastrophenhelferin?

In der Bundesrepublik Deutschland steht ein hoher Prozentsatz verheirateter Frauen und Mütter im Arbeitsprozeß und scheidet damit für den Einsatz im Katastrophenhilfsdienst aus. Der Arbeitgeber hat ein Recht auf die bezahlten Arbeitsstunden. Zudem kommt eine volle Beanspruchung der Frau, weil nach einem beruflichen Achtstundentag und Hin- und Rückweg zur Arbeitsstelle noch die Hausarbeit und der Dienst als Frau und Mutter warten.

Hierzu einige vergleichende Zahlen aus europäischen Ländern. Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen (1974) stellen die Frauen in:

Dänemark 39 Prozent
Großbritannien 33 Prozent
Bundesrepublik Deutschland
30 Prozent
Frankreich 30 Prozent
Belgien 27 Prozent
Italien 19 Prozent.

Wir entnehmen diese Zahlen der Broschüre „Frauen und Arbeitsmarkt“ aus der Schriftenreihe „Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Heft 4, 1. Aufl. 1976, Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Nach Angaben, die wir vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, Bundesamt für Zivilschutz, erhalten, stellen die Schweizer Frauen im Arbeitsprozeß zur Zeit 1,0 Millionen bei drei Millionen Erwerbstätigen insgesamt also wie in Großbritannien etwa 33 Prozent.

Natürlich wird jede Frau im Notfall Samariterdienste leisten, sicher aber nur in ihrer Familie und der nächsten Nachbarschaft. Sie geplant einzusetzen oder sogar sie an einen Katastrophenort zu verbringen, für den sie vorgesehen ist, wird nicht möglich sein. Kalkulierter Einsatz braucht die Vorplanung und die Vorübung.

Es kommt also sehr darauf an, die nicht im Berufsleben stehende Frau und Mutter zu interessieren und zu gewinnen für den freiwilligen Dienst am Nächsten in der Not. Und hier sind Hilfestellungen zu leisten und Anreize zu geben. Die „Nur-Hausfrau“ fühlt sich den berufstätigen Frauen oft unterlegen, leidet unter Minderwertigkeitskomplexen und sucht nach Anerkennung, nach Bestätigung. In Übungsveranstaltungen mit simulierten katastrophenähnlichen Bedingungen müßte Gelegenheit geboten werden, das mitgebrachte Können anzuwenden und zu testen und neue Fähigkeiten hinzuzulernen. Das Gefühl des Unentbehrlichseins sollte entwickelt und gefestigt werden und das verkümmerte Selbstvertrauen gestärkt werden. Es ließen sich die Möglichkeiten beliebig ausweiten, einen zuverlässigen Helferkreis zu finden und zu halten, um im Falle der Gefahr genügend Helferinnen einzusetzen zu können.

Aus einem Beitrag in der Schweizerischen Zeitschrift ZIVILSCHUTZ ist zu erfahren, daß in der Schweiz die Mitarbeit der Frau im Zivilschutz im Rahmen der Gesamtverteidigung eingeplant ist. Die Stadt Winterthur hat in dem Mittellungsblatt 21 der Zivilschutzorganisation die verschiedenen Dienste aufgeführt und beleuchtet, die für die Frau in Frage kommen. Hier allerdings sind berufstätige Frauen einbezogen, die ihre besonderen beruflichen Fachkenntnisse einbringen: Kanzlei mit Sekretär und Kanzleipersonal, Nachrichtendienst, Übermittlungsdienst, AC-Schutzdienst, Pionier- und Brandschutzdienst, Sicherungsdienst, Überwachungsdienst, Sanitätsdienst, Betreuungsdienst, Mehrzwekdienst und einige andere mehr. Wichtig für uns sind zwei Fragen:

- 1.) Welche Vorteile gewinnt die Frau im Zivilschutz?
Hier die Antwort aus dem Bericht der Stadt Winterthur:
 - Sie lernt neue Leute und neue Dinge kennen und weiß nachher viel mehr als zuvor.
 - Sie wird für ihre Aufgabe gut ausgebildet und kann einen großen Teil ihres neuen Wissens auch zu Hause brauchen.
 - Sie darf stolz darauf sein, etwas Handgreifliches für die so häufig angeführte Gleichberechtigung der Frau getan zu haben;
 - und mehr.
- 2.) Welche Nachteile erwachsen der Frau im Zivilschutz?
 - Sie wird für einige Tage vom geliebten Alltag ferngehalten und darf nicht kochen und abwaschen.
 - Sie muß vielleicht ihren Mann und die größeren Kinder für einige Tage sich selbst überlassen.
 - Sie wird nicht darum herumkommen, altes Wissen aufzufrischen und neues dazuzulernen.

Nun, dies ist für die Frauen in der Schweiz gedacht und für alle Frauen, nicht nur für die „Berufshausfrauen“, wie es uns vorschwebt. Übrigens hat der Schweizer Zivilschutz den jungen Müttern „einiges zu bieten“, wie wir aus dem Bericht erfahren: „Wir laden unsere jungen Mütter daher freundlich ein: Kommen Sie zu uns und bringen Sie Ihre Mädchen und Buben mit. Unser Betreuungsdienst freut sich, daß er ein paar Tage auf die munteren Knirpse aufpassen darf. – Und wenn der Peter zur Schule muß? Kein Problem, wir haben einen Transportdienst. Und wenn es mit den Kindern trotz allen guten Willens nicht klappen sollte? – ebenfalls kein Problem. In diesem schlimmsten Falle werden wir Ihren Dienst eben auf eine günstigere Zeit verschieben. Sie sehen, verehrte Damen, die Sorge um die Obhut Ihrer Kinder ist jetzt kein Hindernisgrund mehr. Sie können unsere Kurse und Übungen genauso unbeschwert besuchen wie ihre Freundinnen und Bekannten und alle

weiteren Frauen, deren Kinder bereits selbständig oder sogar ausgeflogen sind.“

An einem so gut organisierten Kinderbetreuungsdienst, aber auch an so vielfältige Kurse, denken wir nicht beim Vorschlag, die Fähigkeiten und Eigenschaften der Frauen im Katastrophenschutzdienst einzusetzen. Was Geld kostet, das hat von vornherein wenig Aussichten auf Verwirklichung bei der angespannten Wirtschaftslage unseres Staates. Wie sonst wären Anstrengungen für den Zivilschutz immer wieder ins Abseits gedrängt worden. Wir denken an einen Hilfsdienst auf Freiwilligenbasis, der sich selbst trägt. Utopie werden viele sagen. Sie muß es nicht bleiben. Und sie darf es nicht bleiben; denn ohne Helfer auch keine Hilfe in der Not.

Aus einer Schweizer Studie, ebenfalls der Zeitschrift ZIVILSCHUTZ des Schweizerischen Zivilschutzverbandes entnommen, geht hervor, wieviele Frauen im Gesundheitswesen tätig sind oder im Zivilschutzdienst oder im Rotkreuzdienst und wieviele noch fehlen: „Heute sind 60 000 Frauen im Gesundheitswesen tätig oder im Zivilschutzdienst oder im Rotkreuzdienst eingeteilt; es fehlen also im Koordinierten Sanitätsdienst rund 70 000 Frauen; diese gilt es zu finden und zu werben.“

Gemessen an der Einwohnerzahl der Schweiz wäre bei uns die Fehlquote um ein Zehnfaches höher.

Hier handelt es sich nur um Fachkräfte für den Krankenhausdienst.

Wie viel mehr Samariter aber fehlen, wenn in Katastrophen oder bei Waffenwirkungen in Kriegen – abgesehen von den Massenverletzungen – durch Massenschreck und Massenpsychose Massen von Hilflosen Hilfe brauchen, ohne krank oder verletzt zu sein im außergewöhnlichen Sinne!

Wir kommen nicht darum herum: Wir müssen versuchen, die Frau – jede verfügbare Frau – zu gewinnen, sich freiwillig und ohne Entgelt für aufgewandte Arbeitsstunden in den Dienst der Katastrophenschutzhilfe zu stellen.

AVR-Regelung zum Bereitschaftsdienst

Beschluß

In § 9 der Anlage 5 zu den AVR treten ab 1. Januar 1983 folgende Änderungen ein:

1. An Abs. (6) wird ein neuer Unterabsatz 3 eingefügt; er erhält folgenden Wortlaut:

Bei einem Mitarbeiter, der in der Regel nur Rufbereitschaft leistet, darf Rufbereitschaft im Kalendermonat nicht mehr als fünfzehnmal angeordnet werden. Die Zahl der Rufbereitschaften darf überschritten werden, wenn sonst die Patientenversorgung nicht sichergestellt wäre. Die anfallenden Dienste sollen auf die an der Rufbereitschaft beteiligten Mitarbeiter gleichmäßig verteilt werden.

2. Abs. (8) Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung: Bereitschaftsdienst darf im Kalendermonat nicht mehr als siebenmal angeordnet werden. Die Zahl der Bereitschaftsdienste nach Satz 1 darf vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Patientenversorgung nicht sichergestellt wäre. Wird der Mitarbeiter zusätzlich auch zur Rufbereitschaft herangezogen, ist dies bei Anwendung des Satzes 1 in der Weise zu berücksichtigen, daß zwei Rufbereitschaften als ein Bereitschaftsdienst gelten.

3. Abs. (8) Unterabsatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Ein Wochenendbereitschaftsdienst darf in den Stufen C und D nicht zusammenhängend von demselben Mitarbeiter abgeleistet werden.

4. Abs. (8) Unterabsatz 2 Satz 2 wird gestrichen.

5. An Abs. (8) werden die folgenden Unterabsätze 3, 4, 5 und 6 angefügt:

Wird ein Mitarbeiter an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit – ausschließlich der Pausen – von mindestens siebenhalb Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder der Stufe D von mindestens zwölf Stunden herangezogen, ist ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren; dies gilt nicht, wenn bei Gewährung der

Ruhezeit die Patientenversorgung nicht sichergestellt wäre. Die Ruhezeit ist, soweit möglich, als Freizeitabgeltung nach Abs. (4) anzurechnen.

Unterabsatz 3 gilt entsprechend nach einer 24stündigen Inanspruchnahme durch Arbeitszeit und Bereitschaftsdienst (gleich welcher Stufe) an Sonn- oder Feiertagen.

Unbeschadet der Unterabsätze 3 und 4 ist, von Notfällen abgesehen, der Mitarbeiter nach einem Bereitschaftsdienst (gleich welcher Stufe) von mindestens zwölf Stunden in dem erforderlichen Umfang von der Arbeit freizustellen, wenn er nachweist, daß seine Inanspruchnahme während des Bereitschaftsdienstes über 50 v. H. hinausgegangen ist. Die Zeit, in der der Mitarbeiter von der Arbeit freigestellt wird, ist als Freizeitabgeltung nach Abs. (4) anzurechnen.

Der Mitarbeiter, der ständig Wechselschichtarbeit zu leisten hat, soll im Anschluß an eine Nachschicht nicht zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden.

Begründung:

In zwei grundlegende Entscheidungen (Urteil vom 26. Nov. 1980 – 4 AZR 1181/78 – und Urteil vom 24. Febr. 1982 – 4 AZR 223/80) hat sich das Bundesgericht mit der Zulässigkeit des ärztlichen Bereitschaftsdienstes befaßt. Zwar ist in beiden Urteilen für zulässig angesehen worden, daß nach den Vorschriften des BAT (denen die der AVR entsprechen) von den Ärzten zusätzlich zum Tagdienst bis zu acht Bereitschaftsdienste im Kalendermonat erbracht werden müssen. Das Urteil vom 24. Febr. 1983 gibt dem Arzt jedoch dann einen Anspruch auf Freistellung vom Tagdienst, wenn er während des vorangegangenen Bereitschaftsdienstes, der im Anschluß an einen Tagdienst erfolgte, während der Nacht keine ununterbrochene Ruhezeit von sechs Stunden hatte.

Nicht zuletzt durch dieses Urteil haben im BAT-Bereich die Tarifvertragsparteien die Verhandlungen über die

Bereitschaftsdienste wieder aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß im BAT-Bereich ähnliche Beschlüsse gefaßt werden, wie sie die Arbeitsrechtliche Kommission gefaßt hat.

Aufgrund des BAG-Urteils ist die Notwendigkeit entstanden, die Vorschriften über den Bereitschaftsdienst in § 9 der Anlage 5 zu den AVR zu ändern, und bei entsprechender Arbeitsbelastung zwingend eine Ruhezeit vorzusehen.

Die Arbeitsrechtliche Kommission hat es für geboten gehalten, für Rufbereitschaften eine eigene monatliche Höchstgrenze festzusetzen. Bislang sind die Rufbereitschaften und Bereitschaftsdienste gleichwertig auf die Zahl zusätzlicher Dienste im Monat angerechnet worden. Da in vielen Häusern Rufbereitschaften zwischen dem leitenden Abteilungsarzt und dem Oberarzt aufgeteilt werden, hält die Arbeitsrechtliche Kommission eine Höchstgrenze von fünfzehn Diensten im Kalendermonat für angemessen und praktikabel.

Bezüglich der Zahl der Bereitschaftsdienste, die pro Kalendermonat zulässig sind (bisherige Regelung in Abs. 8 Unterabsatz 1) hat sich die Arbeitsrechtliche Kommission nicht den Vorschlägen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes angeschlossen.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß in vielen kleineren Abteilungen die Zahl der an Bereitschaftsdienst beteiligten Ärzte eine Begrenzung auf sechs Dienste (in den Stufen C und D) pro Kalendermonat unmöglich macht, hält sie eine für alle Stufen geltende Höchstgrenze von sieben Diensten pro Kalendermonat für angebracht, die zudem unter der Voraussetzung steht, daß dadurch die Patientenversorgung nicht gefährdet ist.

Die Regelung, daß bei Ärzten, die sowohl Rufbereitschaftsdienste als auch Bereitschaftsdienste erbringen, für die höchstzulässige Zahl an Diensten zwei Rufbereitschaften als ein Bereitschaftsdienst zählen, bedeutet gegenüber der jetzigen Regelung eine Ausweitung der Möglichkeiten.

Gemeinsam gegen Giftgas!

Initiative gegen Giftgas – Bundesweit – Kooperation Information Öffentlichkeit;
c/o Waldemar Stadtherr, Tel. 06331/65933, Gärtnerstr. 10, Postfach 2704, 678 Pirmasens.

Spendenkonto: Postscheckamt Ludwigshafen Kto-Nr. 1402 42-679.

Die Initiative gegen Giftgas – Bundesweit – verstärkt ihre Friedensarbeit mit dem Ziel der Abschaffung und weltweiten – Ächtung von Giftgas. Gemeinsam mit Unterstützern aus allen Schichten der durch Giftgas und Giftgaslagerung bedrohten Bevölkerung sind zur Abwendung der Giftgasgefahren bundesweite Aktionen angelaufen.

EINE BRIEFAKTION GEGEN GIFTGAS
Die Initiatoren aus Pirmasens und den pfälzer Orten in Giftgaslagnähe haben gemeinsam in einem „offenen Brief“ an den US-Präsidenten Reagan mit einer bundesweiten Aktion begonnen.

Mister Präsident!

Bei Ihren Besuchen in Bonn und Berlin haben Sie schöne Worte über den Frieden ausgesprochen. Allzu gerne möchten wir uns auf solche Worte verlassen. Unter Ihrer Führung sind jedoch die größten Aufrüstungsanstrengungen der Geschichte angeläufen. 1,5 Billionen (auf amerikanisch: trillions) US-Dollar für die Rüstung, davon 6 Milliarden (auf amerikanisch: billions) für chemische Kampfstoffe, sind eingeplant worden.

Ist dies ein Weg zum Frieden? – Nein, Herr Präsident. Wir haben große Respekt vor der freiheitlichen und demokratischen Tradition Ihres Landes. Wir haben nicht vergessen, daß die USA gegen den Hitler-Faschismus gekämpft haben. Und daß die USA uns beim Aufbau eines demokratischen Staatswesens zu helfen versuchten.

Wir leben in einem kleinen Lande mit einer verhältnismäßig großen Bevölkerungsdichte. In den wenigen verbliebenen Naturgebieten unseres Landes befinden sich die größten Waffen- und Munitionsdepots der USA-Armee auf der ganzen Welt. Überall stoßen wir auf Warnschilder: „Militärisches Spergebiet! Es wird ohne Anruf scharf geschossen!“

Wir können nicht mehr glauben, daß der Friede gesichert ist. In der Pfalz, in Fischbach bei Pirmasens, liegen rund 10 000 Tonnen Giftgase der US-Army. – genug Giftgas, um damit alles Leben in Europa zu vernichten.

400 000 Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und allen Altersklassen demonstrierten am 10. Juni 1982 in Bonn aus Anlaß Ihres Besuches und der NATO-Tagung gegen die geplante Superrüstung in Europa und gegen einen möglichen Krieg in diesem Erdteil.

Im Us-Verteidigungsministerium wird in einer 125-Seiten-Studie als „erstes vollständiges Verteidigungskonzept“ ein lang anhaltender Atomkrieg mit der Sowjetunion konzipiert; Überlegungen für die Kriegsführung in Westeuropa und für Waffensysteme im Weltraum mit minimalem Verlust an Gelände stehen dabei an erster Stelle.

Atomraketen, Neutronenbomben, Nervengasgranaten und weitere chemische Massenvernichtungsmittel werden in größerer Höhe produziert und in unserem Lande gelagert. Die militärische Übermacht der USA wird noch stärker ausgebaut. Das potentielle Schlachtfeld wird Deutschland sein.

Wir haben Angst vor Ihren Vorstellungen eines führbaren und gewinnbaren Krieges.

Schon beim ersten Einsatz von Atom- und Neutronenbomben sowie chemischen Massenvernichtungsmitteln werden unsere Bürger ausgelöscht sein. Aber auch die Menschen in unseren Nachbarländern werden sodann von einem qualvollen Tod nicht verschont bleiben.

Die Machtfülle und damit auch die Verantwortung des Präsidenten der USA für den Frieden sind größer als die irgendeines einzelnen lebenden Menschen sonst.

Deutschland hat sich bereits 1925 dem Genfer Protokoll über die Verwendung von chemischen Waffen im Kriege angeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Vertragsverpflichtung zur Achtung der chemischen Waffen übernommen. Ebenso hat sie 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet.

Giftgas ist eine Angriffswaffe; die Lagerung von chemischen Kampfstoffen dient der Vorbereitung des Völkermordes.

Der Verzicht auf amerikanisches Giftgas ist keine atlantische Geste. Es darf aber nicht Sinn eines Bündnisses sein, daß wir als Partner den Eindruck vermitteln, wir seien ein besetztes Land, man könne ohne Rücksicht auf unsere eigenen Interessen Neutronenbomben, Atomraketen und Giftgase bei uns einlagern, man könne ohne Konsultationen den Einsatz dieser Massenvernichtungsmittel programmieren.

Die Stationierung chemischer Kampfstoffe auf deutschem Boden verletzt völkerrechtliche Abmachungen und stellt einen Verstoß gegen das Friedensgebot unseres Grundgesetzes dar, ebenso gegen Artikel 29 der Charta der Vereinten Nationen; ihr Einsatz verstößt gegen Artikel 23a der Haager Landkriegsordnung.

Verwenden Sie die 1,5 Billionen (auf amerikanisch: trillions) US-Dollar für das Leben, für die Armen und die Hungenden, für die sozial Schwachen in den USA und in aller Welt! Lassen Sie die Menschen teilhaben an den Reichtümern der Erde! Werden Sie zu einem Wohltäter der Menschheit!

Wir haben Angst, menschlich verständliche Angst, vor allen Atomraketen und allen chemischen Kampfstoffen, auch vor denen der Warschauer Paktstaaten.

Wir hörten jedoch mit Schrecken und Sprachlosigkeit, daß Sie einem möglichen Erstschlag mit atomaren Waffen nicht entsagen wollen, nachdem der sowjetische Staatschef Breschnew vor der UN-Vollversammlung in New York mitteilten ließ, daß die UdSSR nicht als erste Atomwaffen einsetzen werde.

Wir möchten kein „Euroshima“ im Interesse der USA erleben.

Die Menschen der Friedensbewegungen in aller Welt, Ost und West, Nord und Süd haben unsere volle Unterstützung, wenn sie gegen Ausbeutung der Menschen, gegen Unterdrückung des Menschen, gegen Völkermord, gegen den Dritten Weltkrieg sind.

Die Nürnberger Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher verlieren jeden Sinn, wenn in Deutschland Lager für Massenvernichtungsmittel weiterhin angelegt

werden. Alles, was hier geschieht, verstößt gegen die Menschenrechte und religiös gesprochen – gegen jegliches Gottesgebot.

Menschen stören gegen Gottes Gebot den Frieden und sind auf dem Wege, alles Leben auf dieser Erde auszulöschen.

Lassen Sie uns gemeinsam umkehren!

Erstunterzeichner des „Offenen Briefes“ an Reagan:

Dr. A. Schrempf, Chemiker und Friedensforscher, München; Prof. Dr. H. Gollwitzer, Berlin; Prof. Dr. H. Bartsch, Lich; Prof. Dr. Ritter, Völkerrechtswissenschaftler, Uni Gießen; Prof. Dr. Danckwerts-Dankwart, Dulsburg; H. J. Oeffler, Pfarrer, Kaiserslautern; Mark Lothar, Stadtrat Mannheim; Dr. K. R. Fabig, Arzt, Hamburg; G. Helpp, Pfarrer, Saarbrücken; K. Lüppert, Pastor, Uetersen; Dr. G. Haschemian, Arztin, Schönbeck; W. Stadtherr, Handwerker, Pirmasens; E. Hillesheim, Arbeiter, Pirmasens; P. Chausset, Lehrer, Bologna-Frankreich; A. Volkert, Hausfrau, Pirmasens; G. Gross, Angest., Zweibrücken; H. Schmidt, Schauwerbesteller, Speyer; Dr. W. Beck, Arzt, Offenbach; Detlef Donner, Geschäftsführer, Neustadt/W.; P. Jämmrich, Liedermacher; G. Müller, Lehrer, Kassel; R. Weckeck, Dipl.-Ing., Kassel; T. Vollmer, Student, Kassel; F. Siebert, Schüler, Kassel; U. Böttger, Dipl. Sozialarbeiter, Kassel; J. Höcker, Soz. Pädag., Kassel; Ch. Aue, Lehrer, Kassel; Dr. K. Schütz, Dozent, Hildeshausen; A. Ahrens, Lehrer, Hamburg; I. Müller, Studentin, Berlin; R. Elsler, Rentnerin, Pirmasens; Walter Pontes, Pensionär, Pirmasens; M. Pontes, Hausfrau, Pirmasens; U. Siebert, Hausfrau, Pirmasens; M. Singe, Diplomtheologe, Speyer; Arnold R., Erzleher, Nürnberg.

Eine Unterschriftensammlung gegen Giftgas mit einem Appell an die Bundesregierung läuft. Bis zum 25.1.1983 wurden 4500 Unterschriften aus allen Teilen der Bundesrepublik spontan von der Bevölkerung gegeben und sind per Post nach Pirmasens, der Initiative gegen Giftgas, zugegangen:

Wir appellieren an die Regierungen in Ost und West

... in Erkenntnis der Schutz- und Hilflosigkeit der Bevölkerung, unserer Frauen und Kinder und alles, was wir lieben, gegenüber den drohenden Gefahren der B- und C-Kampfstoffe der US-Army in unserem dichtbesiedelten Land, den Massenvernichtungs-A-B-C-Kampfstofflagern, den Giftgas-Lagern,

fordern wir von der Bundesregierung:

- die Stationierung von neuen, chemischen Kampfstoffen durch die US-Army in der Bundesrepublik abzulehnen.
- die Auflösung aller bestehenden Giftgas- und A-B-C-Massenvernichtungskampfstofflager in der Bundesrepublik zu veranlassen.
- Verhandlungen zu führen, um in Ost und West die Vernichtung aller chemischen Kampfstoffe und ein internationales Herstellungsverbot für B- und C-Kampfstoffe zu erreichen. Ein A-B-C-Kampfstoff-freies Europa zu verwirklichen.

Vor- und Familienname	Telefon	Beruf	Ort, Straße	Unterschrift

Buch- und Materialliste 1/83

Ein Informations-Archiv über die Gefahren des Giftgases, zusammengestellt von täglichen Pressemeldungen bis zu den wissenschaftlichen Arbeiten weltweiter anerkannter Wissenschaftler und Friedensforschungs-Instituten steht allen Interessenten zur Verfügung:

- | | | |
|---|---------|---|
| Nr. 1 Dokumentation zum Thema Giftgas. Hrsg.: Initiative gegen Giftgas – bundesweit – | DM 10,— | Nr. 6 Geisel Europa – Schleißplatz der Supermächte, Hrsg.: Wolf Perdelwitz, Rainer Bremer u. a. DM 9,80 |
| Nr. 2 Pressemappe zum Thema Giftgas, umfangreich und als Ergänzung zur Dokumentation / vierteljährlich | DM 10,— | Nr. 7 Ruhe oder Chaos, Technologie politischer Unterdrückung; 13 Autoren, 135 S. DM 7,50 |
| Nr. 3 Giftgas in der BRD. Chemische und biologische Waffen. Hrsg.: Günter Brauch / Alfred Schrempf, 320 S. DM 12,80 | | Nr. 8 Region Kaiserslautern, größtes atomares Machtzentrum der USA und der NATO in Europa. Dokumentation. Hrsg.: KOFAZ Kaiserslautern DM 4,50 |
| Nr. 4 Der chemische Alptraum – oder gibt es einen C-Waffen-Krieg in Europa? Hrsg.: Günter Brauch, 176 S. DM 14,80 | | Nr. 9 Die Überlebenden werden die Toten beneiden. Med. Beiträge zur Atomkriegsgefahr DM 8,— |
| Nr. 5 Chemische Waffen, Chemischer Krieg, Dokumentation. Hrsg.: Alfred Schrempf | DM 10,— | Nr. 10 Frieden '83. Taschenkalender. Hrsg.: Mayer / Rabe DM 8,50 |

- Nr. 11 Das Buch für „Atomwaffenfreie Zonen“. Hrsg.: Gruppe Friedensmanifest, 63 S. DM 5,—
- Nr. 12 Hiroshima und Nagasaki. Hrsg.: Greune//Mannhardt DM 14,80
- Nr. 13 Hibakusha Broschüre – Hiroshima-Nagasaki, wie es war, wie es ist. Hrsg.: Nihon Hidankyo DM 3,50
- Nr. 14 Die Neutronenbombe. Analysen und Stellungnahmen. Hrsg.: Jansen / Kade / Niemöller DM 5,—
- Nr. 15 Die Vereinten Nationen gegen das Wettrüsten (Dokumentation)
- Nr. 16 Katastrophenmedizin – Die Epidemie als Katastrophe, A-B-C-Katastrophe, Maßnahmen gegen Nervengifte, Giftgaskatastrophen, 253 S. DM 42,—
- Nr. 17 Die Neutronenbombe oder die Perversion menschlichen Denkens. Hrsg.: Andreas Guha
- Nr. 18 Bonn, 10. 10. 81, Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa DM 9,80
- Nr. 19 Stationierung und Grundgesetz
- Nr. 20 Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa

Nr. 21 Video-Kassette mit Filmen „Der lautlose Tod“ und „Der würgende Tod“. Chemiefabrik Stolzenberg, Hamburg. Giftgaslager Fischbach bei Pirmasens. Von Peter Kleinert. Beide Filme in einer Kassette Verleih pro Kassette DM 60,— Kauf (gegen Nachr.) DM 300,—

Nr. 22 Liederbuch der Friedensdienste. 110 Lieder mit Noten DM 5,—

Nr. 23 Helmut Gollwitzer. Frieden. 2000 Fragen nach Sicherheit und Glauben, 132 S. DM 12,—

Nr. 24 Frieden schaffen ohne Waffen. Aktionshandbuch DM 7,80

Nr. 25 Aufsteh'n für den Frieden. Bonn, 10. 8. 82. Friedensdemonstration anlässlich des NATO-Gipfels DM 9,80

Nr. 26 Keine neuen Atomwaffen in der BRD. Aktionshandbuch zur bundesweiten Friedenswoche, 224 S. DM 7,80

Nr. 27 Vier Minuten vor Mitternacht. Stellungnahmen zum Rüstungswahn, 160 S., Hrsg.: Klaus Rabe DM 9,80

Nr. 28 Frieden in Deutschland. Mit 2300 Adressen von Initiativen und Institutionen. Hrsg.: H. A. Pestalozzi DM 7,80

Nr. 29 Der Plan Euroshima. Das geheime Pentagonpapier. Aus Reden und Schriften von Reagan, Weinberger u. a. DM 10,—

Nr. 30 Der kalte Tod. Chemische Waffen und Massenvernichtungsmittel. Hrsg.: Karl Heinz Lohs DM 10,—

Nr. 31 Bedrohungsatlas BRD. Mit Karten der militärischen Bedrohung, Militärbasen, Giftgaslager, Atomlager usw. DM 12,—

Nr. 32 Der kälteste Krieg. Prof Frucht und das Kampfstoffgeheimnis. Hrsg.: Freeman / Roberts DM 32,—

Bestellungen mit genauer, deutlich lesbarer Anschrift an:

Initiative gegen Giftgas – bundesweit –
c/o Waldemar Stadtherr
Gärtnerstraße 10
Postfach 2704
6780 Pirmasens
Postcheckkonto Ludwigshafen,
Konto-Nr. 140442-679

Auslieferung erfolgt sofort nach Eingang des Zahlungsbetrages.

Appell Gesundheitswesen für den Frieden

Den „Appell Gesundheitswesen für den Frieden“ gibt es jetzt über ein Jahr. Bisher werden seine Forderungen von über 7000 Angehörigen der verschiedensten Gesundheits- und Sozialberufe unterstützt.

Die Rücknahme des SPD-Gesetzentwurfs eines Notstandsgesetzes stand im vergangenen Jahr in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Debatte in der Bremer Bürgerschaft um die Unterstützung des Appells durch Senatsdirektor Euler und Sozialsenator Scherf.

Von Seiten des Gesundheitsministeriums wurde jetzt angekündigt, daß nach dem 6. März mit einer Wiederaufnahme des gegenwärtig „ruhenden“ Gesundheitsschutzgesetzes der CDU zu rechnen ist.

Der Hintergrund dieser Planungen ist unverändert geblieben. Für die CDU/FDP-Regierung steht die Stationierung neuer NATO-Atomraketen fest – unabhängig von dem Verhandlungsergebnis in Genf.

Deshalb wird es darauf ankommen, den politischen Druck gegen diese atomaren Erstschißwaffen zu verstärken. Der Initiatorenkreis „Gesundheitswesen für den Frieden“ hat sich angeboten, den geplanten Kongreß aller Beschäftigten des Gesundheitswesens gegen die Atomkriegsgefahr im April dieses Jahres in München mitzustalten.

Darüber hinaus rufen wir alle im Gesundheitswesen und den angrenzenden sozialen Berufen Tätigen auf, durch die Teilnahme an den Ostermarschen in diesem Jahr den öffentlichen Protest gegen die wachsende Kriegsgefahr weiter zu erhöhen.

Offener Brief an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

An den Bundeskanzler und die Damen und Herren Bundesminister

Wir, Initiatoren und Unterzeichner des „Appell Gesundheitswesen für den Frieden“, sind in Berufen tätig, in denen wir eine besondere Verantwortung für den Schutz von Leben und Gesundheit tragen. Diese sehen wir gegenwärtig in hohem Maße gefährdet durch den Rüstungswettlauf und die Vorbereitungen des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall.

In der Existenz atomarer und anderer Massenvernichtungswaffen in Ost und West und in ihrer geplanten Vermehrung sehen wir eine Herausforderung, der sich kein Angehöriger der Heilberufe entziehen kann: Die übernommene Verpflichtung, Schaden an Leib und Leben abzuwenden und das Entstehen von Leiden zu verhüten, schließt darum auch alle Anstrengungen ein, atomare Explosionen mit ihren massenvernichtenden und qualvollen Wirkungen zu verhindern. Dies ist heute eine elementare Aufgabe medizinischer Vorsorge. Wir werden unglaublich, wenn wir eine Vorsorgemedizin propagieren, aus der wir die dringlichen Maßnahmen gegen eine akute Bedrohung aus Gründen der politischen Brisanz ausklammern.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes über die gesundheitliche Versorgung im Rahmen des Zivilschutzes (Bundestagsdrucksache Nr. 9/1448 vom 10.3.82) soll das Gesundheitswesen auf einen Kriegsfall vorbereitet werden. In einem zukünftigen Krieg, der mit Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln geführt werden wird, kann es aber medizinische Hilfe nicht geben. Medizinische Vorbereitungen für den Kriegsfall sind also eine gefährliche Täuschung. Ihre psychologische Wirkung erhöht nur noch die Kriegsgefahr.

Die einzige sinnvolle Hilfe, die Ärzte und alle anderen im Gesundheitswesen Tätigen für die Bevölkerung leisten können, ist ihr Einsatz zur Verhinderung eines Krieges!

Aus diesem Grunde appellieren wir an die Bundesregierung, eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern und somit den Weg zu öffnen für einen umfassenden Abrüstungsprozeß mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Europas.

Das jetzt von Parteichef Jurij Andropow und den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes vorgelegte Abrüstungskonzept halten wir für einen wichtigen Schritt zu einer tatsächlichen Abrüstung. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Vorschläge ernsthaft und guten Willens zu diskutieren. Die Bundesrepublik Deutschland als ein politisch und wirtschaftlich einflußreiches Land der NATO muß ihren Beitrag zum Weltfrieden leisten und jetzt entgegenkommend Stellung nehmen:

- zum Angebot der Verringerung von stationierten Mittelstreckenraketen in Europa unter Berücksichtigung der britischen und französischen Raketen,
- zum Angebot des Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Ländern und den Ländern des Warschauer Paktes,
- zum Angebot des Einfrierens der gegenwärtigen Waffenarsenale, insbesondere der Nuklearwaffen,
- zum Angebot der Beschränkung der laufenden Militärausgaben,
- zum Angebot der Vernichtung von chemischen Waffen,
- zum Angebot einer gegenseitigen Verpflichtung der beiden Bündnisse, ihre militärischen Aktivitäten regional nicht über Europa auszuweiten,
- zum Angebot einer speziellen Abrüstungskonferenz für Europa.

Nur eine unmittelbare Bereitschaft der NATO, die vom Warschauer Pakt gemachten Vorschläge als einen verhandlungsfähigen und positiven Beitrag zu werten, kann zum Gelingen der Genfer Abrüstungsverhandlungen führen.

Die bisher etwa 7000 Unterzeichner des „Appell Gesundheitswesen für den Frieden“ wären für eine möglichst umgehende Stellungnahme dankbar.

Appell Gesundheitswesen für den Frieden

- für den Initiatorenkreis –
- c/o Dr. Middelhauve, Luetkensallee 41, 2000 Hamburg 70

Aufruf zu einer sinnvollen Kriegsprävention

– Boykott des Bundesärztekammerbeitrages –

Ein Atomkrieg ist keine Fiktion, sondern konkrete Gefahr: Führende Politiker erörtern die Begrenzbarkeit und Siegeschancen einer nuklearen Auseinandersetzung; diese kann auch schlicht aus Versehen sowie aus menschlichem oder technischem Versagen real werden. Eine Realität, die grauenvoll und unvorstellbar ist.

Die Explosion einer mittleren Atombombe (1 Megatonne TNT – etwa die Sprengkraft aller im 2. Weltkrieg abgeworfenen Bomben zusammen) über Hamburg würde z. B. bedeuten: ca. 800 000 Soforttote und 400 000 Personen, die erst im Laufe von Tagen, Wochen oder Monaten an den Folgen von Strahlenkrankheit, Verbrennungen (bei nur einigen Hundert „Verbrennungsbetten“ in der Bundesrepublik!) und mechanischen Verletzungen sterben würden. Der Rest würde auf unabsehbare Zeit an Krebs, Erbkrankheiten, Seuchen, psychischen Schäden, Umweltzerstörung u. a. zu leiden haben. Die Überlebenden werden die Toten beneiden! In einem Atomkrieg – wie auch immer regional begrenzt – wäre nicht nur eine Stadt betroffen.

Die vom Papst Johannes Paul II. beauftragte internationale Wissenschaftskommission zur Frage der Folgen der Anwendung von Atomwaffen stellte im November 1981 fest: „Die medizinischen Einrichtungen in keinem Land der Welt würden ausreichen, um den Überlebenden zu helfen. Eine objektive Betrachtung der medizinischen Situation nach einem Atomkrieg erlaubt einen einzigen Schluss: nur die Verhinderung eines Atomkrieges ist unsere Rettung.“

Wir haben somit nur dann eine Chance, wenn wir unsere Angst vor der Katastrophe nicht verdrängen, sondern uns gegen jede Form von Rüstung und Kriegsvorbereitung zur Wehr setzen. Ein Krieg ist keine Naturkatastrophe, sondern von Menschen geplanter Völkermord.

So wie wir als Ärzte/Ärztinnen grundsätzlich verpflichtet sind, Krankheiten nicht nur zu lindern und zu heilen, sondern möglichst auch zu verhindern, müssen wir unsere Präventionsaufgabe gegenüber der Gefahr eines Atomkrieges als der Ursache für unvorstellbares massenhaftes Elend besonders ernstnehmen. Als Ärzte/Ärztinnen sehen wir einen wesentlichen Beitrag zur Prävention eines Krieges in der rückhaltlosen Aufklärung der Bevölkerung über dessen Ursachen und Folgen.

Entgegen richtungsweisender Beschlüsse deutscher und internationaler Ärztetage (Deutsche Ärztetage 1958 und 1982, Weltärztekongress 1981) hat die BÄK bisher keinen aktiven Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung i. S. einer Kriegsprävention geleistet. Im Gegenteil! Die Vorstellungen der Bundesärztekammer (BÄK) zur Kriegsprävention sind zur planerischen Bewältigung der Folgen eines Atomkrieges pervertiert, zur sog. Katastrophenmedizin. Durch die darin enthaltene Verharmlosung der nuklearen Gefahren sowie Militarisierung medizinischen Denkens und Handelns

setzt sich die BÄK dem Verdacht aus, auf Seiten derer zu stehen, die einen Atomkrieg für kalkulierbar halten. Sie trägt damit indirekt zu einer Erhöhung der Kriegsgefahr bei. Entsprechende Bemühungen eines Teils der deutschen Ärzteschaft, über die Kriegsfolgen aufzuklären und damit ihrer Präventionspflicht nachzukommen, wurden von der BÄK teils zynisch kommentiert (z. B. Volrad Deneke, Hauptgeschäftsführer der BÄK, im Deutschen Ärzteblatt 40/1981), teils boykottiert. So blieb sie den beiden nationalen medizinischen Kongressen zur Verhinderung eines Atomkrieges in Hamburg (1981) und West-Berlin (1982) ostentativ fern.

Als Konsequenz dieser Haltung kamen die ca. 3000 Teilnehmer des 2. Medizinischen Kongresses zur Verhinderung eines Atomkrieges am 20./21. November 1982 in Berlin überein, „vom kommenden Jahr (1983) an, den Anteil des Ärztekammerbeitrages zu boykottieren, der von den Landesärztekammern (LÄK) an die BÄK abgeführt wird. Mit den boykottierten Geldern soll entsprechend eines Beschlusses des Deutschen Ärztetages in Münster 1982 die Bevölkerung über die Folgen und Wirkung insbesondere der atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmittel rückhaltlos aufgeklärt werden.“

Daher rufen wir dazu auf, 45 DM vom Ärztekammerbeitrag abzuziehen*) und stattdessen auf das u. g. Sonderkonto zu überweisen. Die vorerhaltenen Gelder werden für eine Kriegsprävention i. S. der o. g. Ärztetagsbeschlüsse verwandt. Die Berliner Ärzteinitiative (Veranstalter des o. g. Kongresses) übernimmt die Verwaltung der Gelder und plant drei konkrete Verwendungsmöglichkeiten:

1. Aufklärungsanzeigen in überregionalen Tages- und Wochenzügen

(Text steht fest und kann angefordert werden)

2. Druck und Verteilung der Wartezimmerbroschüre „Informationen über die Strahlenkrankheit“

(Exemplare zur Einsichtnahme schicken wir gerne zu)

3. Einrichtung einer „Infothek“, von der Materialien angefordert werden können.

*) Der von der LÄK an die BÄK abgeführte Beitragsanteil betrug 1981 40,70 DM, 1982 43,85 DM und wird für 1983 auf dem nächsten Deutschen Ärztetag festgelegt.

Konto: Gesundheitsladen e.V., Sonderkonto „Ärztliche Kriegsprävention“, Kto.-Nr. 16939-103, PSchA Berlin-West, BLZ 100 100 10

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Berliner Ärzteinitiative gegen Atomenergie

c/o Dr. Rolf Kühne, Hähnelstraße 14, 1000 Berlin 41

An die Ärztekammer



Betr.: Ärztekammerbeitrag 1983

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
ich habe den Betrag von DM _____ überwiesen, abzüglich des Beitragsanteils an die BÄK in Höhe von DM _____. Diese Summe werde ich auf ein Sonderkonto zahlen, womit der Beschuß des Deutschen Ärztetages 1982 in Münster „die Bevölkerung über die Folgen und Wirkung insbesondere der atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmittel rückhaltlos aufzuklären“ möglich gemacht werden soll, da die BÄK ihrer selbst gestellten Aufgabe bisher nicht nachgekommen ist, bzw. Bemühungen in bezug zu dem oben genannten Beschuß boykottiert und zynisch kommentiert hat. Ihre Öffentlichkeitsarbeit in anderen Bereichen (z. B. „Trimming 130“) ist beispielhaft für das, was ihr mit Hilfe der Medien – und nicht nur des Deutschen Ärzteblattes – möglich ist.

Hochachtungsvoll

Frau Stabsarzt erwartet Nachwuchs



Grußpflicht für die weiblichen Sanitätsoffiziere besteht nur gegenüber den unmittelbaren Vorgesetzten

Foto: dpa

Weibliche Landsknechte am Raketendrücker?

„Frauen zu den Waffen?“ Die Zeitungen sind voll von dem Thema, von „Emma“ über „Stern“ bis zu „Bild“. Ausschlaggebend für die neu entbrannte Diskussion sind die Pläne des Verteidigungsministeriums, ab 1985 rund 30 000 Frauen „auf freiwilliger Ebene“ zur Bundeswehr einzuziehen. Doch Frauen zu den Streitkräften zu schicken, ist keine neue Idee. Vor den beiden Weltkriegen hatte der Staat in Deutschland jeweils mit der militärischen Organisation der Frauen begonnen. Frauen sollen zur Bundeswehr – dürfen sollen „zunächst“ 25 000 oder 30 000. Wie der Bundeswehr-Generalinspektor, Herr General Jürgen Brandt, in Interviews bekanntgab, will man „zunächst“ weibliche Offiziere. Und es wird nicht direkt klar: während weibliche Offiziere ausgebildet werden, soll der nächste Schritt eingefädelt werden: das Grundgesetz soll abgeändert werden und dann sollen massenhaft Mädchen „zu den Fahnen“ unter Kommando jener weiblichen Offiziere gerufen werden, die jetzt freiwillig zur Bundeswehr gehen.

Vorreiter dieser Entwicklung war wiederum das Gesundheitswesen, welches für die schlechende Militarisierung der Gesellschaft mißbraucht wurde. Schon 1975 wurden mit dem Verweis auf die besondere humanitäre Verpflichtung der Frau die ersten der 50 Stabsärztinnen (auf diese Zahl wird dieser „Versuch“ zunächst begrenzt) als Zelt- oder Berufssoldatinnen vom damaligen Verteidigungsminister Leber veredigt. Nun hat man sich an den Anblick von Frauen in Uniform gewöhnt, weitere können nun folgen.

Vor ein paar Jahren, als Apel und der Bundeswehr-Verband (ein im Gegensatz zur notwendigen Tätigkeit der Gewerkschaften innerhalb der Bundeswehr geduldeter und geförderter Verband) die Idee, Frauen zur Bundeswehr zu holen, in die Welt setzten, bemerkten erst wenige Demokraten den Zusammenhang zu der NATO-Planung für einen auf Europa zu begrenzenden Atomkrieg mit dem Sieg des „lachenden Dritten“, der USA.

Heute, im Jahr der geplanten Stationierung der US-Raketen, die man für den „Sieg“ per Erstschlag braucht, wird ganz deutlich: die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr ist ein Teil der allgemeinen Kriegsvorbereitungen im Lande, bei denen kaum ein Bereich des Lebens ausgespart bleibt. Mit Erschrecken stellt man fest: die da in Bonn sind dabei, alle Karten jetzt auszuspielen. Eine davon: Frauen, heutige Schülerinnen, sollen morgen Kanonenfutter sein – gleich daneben die Idee, nun bereits die 17jährigen Jungen ranzuholen.

Wer sähe da nicht die Parallele zum „Tau sendjährigen Reich“ – „Blitzmädchen“ und „Flakhelfer“ – das letzte Aufgebot.

In diese Reihe paßt das Vorhaben

Beispiele aktueller Kriegsvorbereitung gibt es zahlreich: von der Einlagerung großer Vorräte chemischer Kampfstoffe über die Ausstattung der Bundeswehr mit neutronsprengkopfähigen 155 mm-Haubitzen und der Bundeswehr-Ausbildung an Lance-Raketen mit 120 km Reichweite für Neutronenbomben, – und die gerade erfolgte Verlegung von Standorten der US-Einheiten an die DDR-Grenze – bis zur Einführung von Wehrgerichtsbarkeit der Bundeswehr und Berufsverboten für Bundesbahn- und Postbeamte mit der Begründung, dies seien „sicherheitsempfindliche“ Bereiche . . .

In diese Reihe paßt das Vorhaben: Frauen zum Bund. Die Argumente, mit denen Zustimmung der Öffentlichkeit und der Frauen selbst erreicht werden soll sind alle nur vorgegeben: Das beginnt bei der Grundannahme, man brauche jetzt Frauen zur Bundeswehr. Nach Apels eigenen Dokumenten (Weißbuch der Bundeswehr 1979) tritt aber ein „Mangel“ an rekrutierungsfähigen jungen Männern erst 1992

ein, und nur dann, wenn man vom gleichen „Bedarf“ im Jahr 1992 ausgeht. Eben das tat Apel. Anstatt auf Erfolge bei Ost-West-Verhandlungen zu setzen, z.B. in Wien über Reduzierung von Truppen und Rüstung in Mitteleuropa. Anstatt auf eine Politik zu setzen, wie sie in Helsinki 1975 unter dem Druck der Weltöffentlichkeit formuliert wurde und die Schmidt als seine darstellte (er als Sozialdemokrat, sei der Prämisse Abrüstung und Goodwill verpflichtet, zumal die Rüstungslasten auch das Volk bedrückten) proklamierte Apel militärische Stärke.

Der SPD-Mann mit dem losen Mundwerk hat – nicht nur in der Frage des Frauen-Wehrdienstes – fleißige Vorarbeit geleistet: einerseits bei der Planung und Vorbereitung, andererseits in der Öffentlichkeit. Zu letzterem schrieb die ZEIT im Mai 1982, Apel zitierend: Er habe da „noch einen Krepierer im Rohr“, meinte Verteidigungsminister Hans Apel jüngst in kleinem Kreise; wenn der losgehe, werde es in der Bundesrepublik einen ganz schönen Knall geben. Die etwas verrutschte Metapher des Ministers galt nicht einem neuen, kostenträchtigen Rüstungsprogramm, son-

dern einer alten Streitfrage, die wieder aktuell geworden ist: Sollen Frauen als Soldaten in der Bundeswehr dienen?

Wie es mit Rohrkrepierern so geht . . . Apel ist nicht mehr Minister, und der Widerstand gegen die Frauendienstpläne ist ein Grund dafür. Die neue Regierung und der neue Minister Wörner – gerade deswegen ins Amt gehievt, weil sie weitgehend dieselbe Politik (das wäre die inzwischen vielfach hervorgehobene „Kontinuität“) wesentlich härter durchzuziehen bereit sind (das wäre die vielfach noch nicht erkannte qualitativ neue Gefahr) – führen auch dieses Projekt weiter. Zwar widmete sich Wörner, und ebenso die öffentliche Debatte, den in reichlicher Anzahl vorliegenden Aufrüstungsinitiativen und der zugehörigen Strukturierung der NATO-Truppen (speziell die US-Army und die Bundeswehr) gemäß den Kriegsführungsplänen des Pentagon, die Kohl in seiner Regierungserklärung zur Grundlage seiner Politik erklärte und die jüngst auf den NATO-Tagen vorgelegt und gebilligt wurden. Aber gerade in diesem Zusammenhang ist das Ziel des Frauenwehrdienstes ein wichtiges Element.



„Noch ist der Lippenstift die einzige „Waffe“ von Frauen in Uniform, denn bis zur Ausbildung an der Waffe (nur Pistole) wird noch einige Zeit vergehen“, so lautet der Originaltext unter dem dpa-Foto von 1975.

CDU-Militärexperten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den noch von Apels „Langzeitkommission“ erarbeiteten Maßnahmenkatalog zur Aufrüstung der Bundeswehr (u.a. die Anwerbung von Frauen) „über Partegrenzen hinweg“ durchsetzen werden. Das „gesamtverteidigungspolitische Konzept“ der CDU / CSU zielt auf einen forcierten Ausbau der Zivilverteidigung der sog. „Wehrgerechtigkeit“ und eine verstärkte zivilmilitärische Zusammenarbeit. Ein „soziales Pflichtjahr“ für Frauen – unter den Nazis hieß das Reichsarbeitsdienst – ist nach dem Vor-

schlag des CDU-Abgeordneten Friedmann bereits in der Diskussion. Der amerikanisch-deutsche Unterstützungsvertrag (Wartime Host Nation Support) macht die zusätzliche Ausbildung von 93 000 Reservisten notwendig. Die Bundesrepublik übernimmt außerdem in „Krisen- und Kriegszeiten“ Nachschub- und Transportaufgaben, Verwundetentransporte, Instandsetzungsarbeiten etc. – woher soll wohl das Personal kommen?

Der Militärstratege Weinstein zog am 9. 11. 1982 in der FAZ Bilanz. Nur rhetorisch brachte er in seinem Erguß die Frage unter, „ob die Bundeswehr eine Domäne der Männer bleiben soll“. Für ihn – d.h. für die Kreise, die für ihre weltpolitischen Überlegungen Frauen im Militär benötigen – ist das bereits klar: „. . . es geht eigentlich nur um die Grundfrage: Amazone oder Hilfswillige?“ Frauen als „kriegerische Amazonen“ oder als „militärische Lückenbüßer“ im Nachschub und im Kasino. Wie wäre es Euch recht? Da ließe der „Herr“ noch mit sich reden. Wie er überhaupt auf einige noch zu lösende Probleme hinweist – ohne damit ein „Plädoyer gegen die Einstellung von Frauen“ halten zu wollen –; neben Laufbahn- und Beförderungsansprüchen sieht er auch Delikates: „Ein erotisches Knistern kann nicht ausbleiben . . . Das ist eine Belastung der Truppe schon im Frieden.“ Wie soll das erst im Ernstfall werden? Dem erotischen Knistern mischt sich rhythmisches Maschinengewehrknattern bei und den überraschenden, tief von unten hervorbrechenden Höhepunkt bildet der unkalkulierbare atomare Erstschlag . . .

Die Tradition perversster Kriegsführung ist in deutscher „Herren“-art schon lange enthalten, und ebenso schrecken sie in ihrer vorbereitenden Propaganda vor keiner Unwahrheit zurück.

Gleichberechtigung?

Die Argumente, wenn Frauen zur Bundeswehr dürfen, sei das ein Akt der Gleichberechtigung und dort böten sich Ausbildung und Arbeit, sind längst ad absurdum geführt (allerdings bleibt es Aufgabe der gegen diese Pläne Auftretenden, die erarbeiteten Argumente den Betroffenen nahezubringen!): In keinem Sektor der Gesellschaft ist – trotz Verfassungsgebot – die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchgesetzt, Ausnahmen, Ansätze fallen gerade spätestens jetzt dem Sozialabbau zum Opfer. Da kann nicht ausgerechnet die Bundeswehr das Heil bringen. Gleichberechtigung heißt: gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Frauen, in allen Bereichen der Gesellschaft – nicht einzelne weibliche Generäle.

Weinstein ficht sowas nicht an, er verweist: „Die anderen NATO-Armeen haben die Antwort bereits gegeben“. Ein Blick auf die

Frauen in den Armeen anderer NATO-Nachbarn sagt aber, daß es lange nicht dasselbe ist, was dort existiert und was für die Bundeswehr geplant wird: Die dänischen „lotten“ z.B. sind tatsächlich entsprechend einer Notsituation freiwillig zum Waffendienst gegangen, übrigens nicht direkt in die NATO . . . Sie traten in die dänische Nachkriegsarmee ein unter der Devise, daß ihr Land stark sein müsse, um nie wieder von Deutschen besetzt werden zu können. (Übrigens: Dänemark ist ein absolut atomwaffenfreies NATO-Land!)

Ein paar niederländische Sanitätsoldatinnen sind heftig umstritten . . . Selbst die eiserne Lady, die militante britische Premierministerin Thatcher (übrigens lebender Beweis, daß es nicht darum geht, „Frauen“ in Machtpositionen zu bringen, sondern demokratisch engagierte Frauen!), selbst die Falkland-Heroïn dachte nicht daran, die so schön ins Bild „Britannien in Waffen“ passende Soldatin zu offerieren . . . Es ist eben nicht dasselbe, wenn 2 das Gleiche tun. Schon gar nicht, wenn man die Bundesrepublik mit anderen vergleicht. Die Bundesrepublik hat entsprechend der historischen Schuld, Europa in den 2. Weltkrieg gestürzt zu haben, heute und immer zu handeln. Schon das unterscheidet sie von den NATO-Nachbarn.

“

„Es erscheint wert, einmal zu prüfen, inwieweit durch im Frieden abgeschlossene Verträge (Verpflichtungen) der Einsatz von Frauen zu Dienstleistungen im Kriege vorbereitet werden kann.“

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Einsatz von Frauen im Bereich des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Es ist allgemein bekannt, daß der für den Kriegsfall erforderliche Bedarf an Krankenschwestern nicht gedeckt werden kann . . .

Es müßte möglich sein, durch geeignete Maßnahmen . . . die zur Verfügung stehenden Kräfte entsprechend ihrer Eignung bereits im Frieden für den Kriegsfall einzuplanen . . .

Es könnte dafür gesorgt werden, daß entsprechend vorausbereitete Kräfte im Einsatzfall schnell, d.h. bei Alarmierung der Bundeswehr zur Verfügung stehen.

Bei der Betrachtung dieses Problems spielen selbstverständlich das angenommene Kriegsbild und ein entsprechend angenommener möglicher Kriegsverlauf eine entscheidende Rolle. Und gerade darum kommt es darauf an, daß in den ersten Tagen das erforderliche Personal zur Verfügung steht. Wir brauchen dann Krankenschwestern, wenn mit größeren Verlusten gerechnet werden muß; das sind vor allem die ersten Tage eines möglichen Krieges.“

99

Dies wohl wissend warnt Weinstein vor der „Erinnerung an die sog. „Blitzmädel“ im zweiten Weltkrieg“, davor, „daß die deutsche Diskussion über das Für und Wider der Verwendung von Frauen im militärischen Dienst mit Vorbehalten geführt werden wird! Der „Herr“ will ein Vorbehaltloses JA, eine „emotionslose Diskussion“: Die Bundeswehr ist die stärkste, bestausgerüstete, am besten „funktionierende“ europäische NATO-Armee. Sie ist am meisten antisowjetisch – die anderen NATO-Nachbarn fühlen sich offenbar nicht im gleichen Maße von „den Russen“ bedroht... Rüstungstechnik der Bundeswehr, ihre strategische Ausrichtung und ihr „Geist“ sind nicht unbestreitbar defensiv, das sagen selbst hohe Offiziere. In diese Bundeswehr aber sollen Frauen! Das alles reicht nach Blut.

Des Pressezaren Springers Bürgerblatt, das „Hamburger Abendblatt“, erhellte schlaglichtartig die Zusammenhänge. Es erschien ein Bild mit zugehörigem Reißer-Artikel: Mädchen am Raketendrücker. Im zugehörigen Text erfahren die Leser, wie die „Herren“ es gern hätten: Da sagt das Traummädchen, dessen Job „Raketen-Leit-Offizier“ heißt:

„Ich drücke nur auf den Knopf. Dazu bin ich schließlich ausgebildet worden. Es ist ein Job, ein interessanter Job, aber im Grunde ein Job wie jeder andere.“ Und: „Ich bin kaum in der Lage, einen Stecker selbst auszuwechseln.“ Und: „Die Blood-Hound-Rakete ist ein Killer. Aber daran würde ich im entscheidenden Augenblick nicht denken.“

Dies ist in populärer Fassung das Ausbildungsziel und -ideal. Demgegenüber ist die Behauptung, daß die Bundeswehr Ausbildung und Berufschancen böte, eine Provokation. Angesichts der besonderen Betroffenheit von Mädchen durch den Lehrstellenmangel und der Frauen insgesamt von Arbeitslosigkeit sind diese Angebote der reine Hohn und zudem eine Irreführung. „Nur bei Langzeitverpflichtung gäbe es Ausbildung“, war zu lesen, Frauen wollen nicht vom Reserveheer der Industrie nun auch noch zur Heer-Reserve werden.



Frauenwerbung von US-Militärs mit Frauenzeichen

Frauen – Reservearmee?

Weibliche Landsknechte am Raketenendrücker also will man dem Bürgerideal einer Frau mit Beruf und demokratischem

Engagement und Familie, sowie den beginnenden Emanzipationsregungen im Lande, dem wachsenden Anteil weiblicher Friedenskämpfer, entgegenstellen! Doch ich meine, daß „ihnen das alles nichts mehr nützt“, um mit Brecht zu sprechen. All die Teile des Puzzle-Spiels, auf deutschem Boden einen Krieg vorzubereiten, werden von einer wachen Öffentlichkeit schnell wahrgenommen, werden täglich sichtbare Aspekte des nicht mehr funktionierenden Gesamtzusammenspiels „des Westens“ im politischen Raum.

Immer wieder geraten gegensätzliche handfeste materielle Interessen zu „Rissen“ im westlichen Bündnis: ein Bild einer zerreißenden NATO erregt heute schon Befürchtungen in westlichen Hauptstädten. Diese Irritationen lösen hektische Abwehrreaktionen aus – z.B. der Haardthöhe gegen Bastian oder gegen junge Soldaten bei Friedensdemonstrationen, gegen den Frieden lehrende Lehrer. Die teuflischen Pläne gegen die Frauen werden „nach hinten losgehen“: d.h. immer mehr Menschen werden in die Arena des politischen Kampfes für Frieden, gegen US-Raketen, für mehr demokratische Freiheiten – auch für Frauen – und für mehr Einfluß des Volkes auf Regierung und Wirtschaft auf den Plan gerufen.

Diesen Plänen, verpackt in verlogene „Emanzipationsangebote“, hat das gesamte Spektrum der Frauenbewegung – mit Ausnahme der in diesen Tagen abseits stehenden EMMA – von Anfang an hellwachen Widerstand entgegengesetzt. Im Frühjahr 1979 erschien der Aufruf: „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!“ Mehr als hunderttausend haben ihn inzwischen unterzeichnet. In vielen Städten schlossen sich Initiativen wider einen Frauenmilitärdienst zusammen. Frauenfriedenkongresse und große Frauendemonstrationen fanden statt, bei denen uns Frauen der Zusammenhang zwischen dem

Ruf nach einer Frauenrekrutierung, der Funktion der Bundeswehr in der NATO und der geplanten Aufstellung neuer US-Atomraketen bewußt wurde.

Wir werden es erreichen:
Keine US-Raketen ins Land,
Keine Frau zum Bund,
Frieden, Entspannung, Abrüstung

Das beweisen tägliche Nachrichten über Veranstaltungen, Treffen von Frauen, Frauengruppen, das Aufeinanderzugehen solcher Gruppen, die bisher streng voneinander abgegrenzt waren. Das „Gemeinsam sind wir stärker“ greift um sich. Vorbehalte bleiben in der Mottenkiste; im Gegen teil, man lernt voneinander. Soweit entwickelte sich bereits unter Apel der Widerstand, unter, besser ist ja zu sagen: gegen die neue Regierung wird es mitunter schwerer und härter werden, jedoch wächst auch die Bereitschaft zum Widerstand.

Was uns ins Haus steht, ist eine atemraubende Verstärkung des militärischen Einflusses auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen. Eine solche Militarisierung der Gesellschaft ist ohne die Frauen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht durchzusetzen.

Deshalb kommt dem Widerstand der Frauen gegen ihre militärische und zivile Dienstverpflichtung eine zentrale Bedeutung für die gesamte Friedensbewegung zu. Und deshalb geht die Parole „Frauen in die Bundeswehr? – Widerstand jetzt!“ alle an.

A. Manzopat

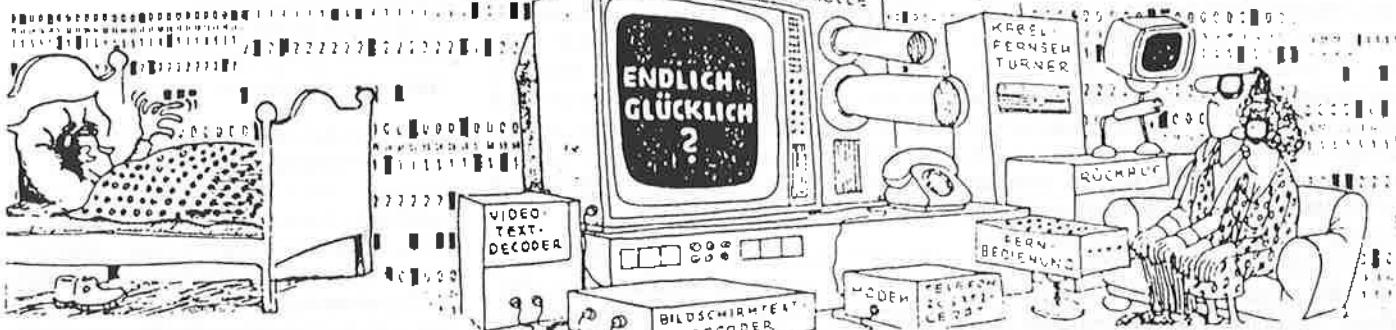
Zentrale Kontaktadresse „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“
c/o Mechthild Jansen
Luxemburger Str. 186
5000 Köln 41
Tel.: 02 21/42 88 42

Internationaler Frauentag in München

Foto: Markus



Volkszählung 1983 – Computer beherrschen das Land



Ende April ist es wieder soweit: das Volk soll gezählt werden. Es gibt Worte, die klingen angenehm im Ohr; das Wort Volkszählung klingt harmlos. Soll doch das Volk gezählt werden, jeder Schafhirte zählt seine Herde. Doch die Zeiten haben sich verändert, längst will „Vater Staat“ nicht nicht mehr nur die Zahl seiner Mitbürger erfassen, mit Hilfe moderner Computer-technologie soll jeder Bürger in seinem Lebenszusammenhang total erfaßt und verdatet werden.

Wenn es Ende April also an deiner Haustür klingelt, wird man sehr viel von dir wissen wollen. Der neugierige Mensch an der Tür ist einer der insgesamt 600 000 Volkszählner. Bewaffnet mit Computerbögen und einem weichen Bleistift wird er „bloß“ ein paar Striche von dir verlangen, denn den Fragebogen darfst du selbst ausfüllen. Die Fragen sind dafür umso umfassender. So will der Staat zum Beispiel von dir wissen, mit wem zu zusammenwohnst und ob du von deinen Mitbewohnern, Freund, Ehemann oder -frau wirtschaftlich abhängig bist. Wo arbeitest du, wieviel verdienst du und wie lange braucht du zur Arbeit? Hast du nicht auch einen Nebenverdienst? Wohnst du in einer Familie oder in einer Wohngemeinschaft oder als einfacher Untermieter? Wie ist deine Telefonnummer? Mit wie vielen Leuten arbeitest du eigentlich im Betrieb zusammen? Wie sieht deine soziale Herkunft und die deiner Kollegen aus? Hast du eigentlich Abitur oder deine Kollegen? – und wie ist es bei deinen Mitbewohnern? – haben sie nur den Hauptschulabschluß? – wie funktioniert dann eigentlich das Zusammenleben? Wie viele Räume hat deine Wohnung, – wie werden sie benutzt, wie werden sie beheizt? Pinkelst du im Freien oder hast du ein Klo? Duscht du dich? Was, – Entschuldigung, wie und womit kochst du? In der Nische, im Schrank oder auf dem Herd? Bist du eigentlich Eigentümer der Wohnung, in der du wohnst? Wie hoch ist die Miete? Welcher Religionsgemeinschaft gehörst du an? Bist du Deutscher oder etwa Türke? Beschreibe den Beruf, den ausübst!

Wohnst du in einem Heim? Als Angestellter oder etwa als Insasse? Werden eigentlich

alle Zimmer von dir wirklich genutzt? Wo stellst du abends deinen PKW ab? Hast du eine Ferienwohnung auf dem Lande? Lebst du auf Kosten anderer?

Die Sammelwut ist grenzenlos. Die oben genannten Fragen sind nicht frei erfunden, sie alle sind im Fragebogen enthalten, nur wurden sie in amtliche Sprache verkleidet und nicht so direkt gestellt.

Falls dir bei der Beantwortung dieser Fragen der Bleistift aus der Hand fallen sollte oder du sogar in Versuchung kommst, den „Zähler“ vor die Tür zu setzen, wird er dich sicherlich höflich über Folgendes informieren: Wer bei der „Volkszählung“ '83 seiner Auskunftspflicht nicht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldstrafe zwischen 5,— und 10 000,— Deutsche Mark geahndet werden kann. Sollte auch das nichts helfen, kann Erzwingungshaft angeordnet werden. Der Staat hat offenbar ein großes Interesse, an diese Daten heranzukommen – und das nicht ohne Grund. Weshalb, wird gleich am Anfang der Begründung zum „Volkszählungsgesetz“ recht unverblümt zugegeben. Die Zählung bzw. die Aushorchung der ganzen Nation bildet die „unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Auch die Parteien, Tarifpartner, die Wirtschafts- und die Berufsverbände und sonstige wichtige Gruppen des öffentlichen Lebens sind, um Fehlplanungen und Fehlinvestitionen erheblichen Ausmaßes zu vermeiden, auf die Zählerergebnisse angewiesen.“ Das „Statistische Landesamt“ soll offenbar zu einem Supermarkt werden, wo Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, die Deutsche Bundespost, private Firmen, die Ausländerpolizei, kurz alle, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, sich nach Lust und Laune bedienen können. Ziel der Aushorchung ist es: „Ein vielfältiges Strukturbild der Bevölkerung bis hinein in tiefe regionale Gliederungen zu gewinnen.“ Die „Masse Mensch BRD“ soll „analysiert“, „fortgeschrieben“, „aufbereitet“, „vorausgeschätzt“, „in allgemeine Kategorien gegliedert“ „sozio-ökonomisch betrachtet werden“. Wenn Politiker, Wirtschaftsbosse

und Technokraten unsere Zukunft planen, wissen wir aus Erfahrung, was das bedeutet. Mit der jetzt anstehenden Ausfragerung haben sie die Möglichkeit per Computer, in Sekundenschnelle auf die umfassendsten und aktuellsten Daten zurückzugreifen, die es bislang so zentral gespeichert bei einer einzigen Behörde nie gab – nicht einmal beim BKA.

Die wohnungsstatistischen Fragen

Künftig wird es Spekulanten und großen Wohnungsbaugesellschaften mit Hilfe der Daten des „Statistischen Landesamtes“ noch leichter gemacht, die Mieten zu erhöhen. Sie lassen sich die Daten der Straße/der Stadtteile geben, wo sie unter anderem Häuser besitzen. Detailliert erfahren sie nun z.B., daß in Nachbarhäusern, die ihnen nicht gehören, bei gleicher Miete im Gegensatz zu ihren Wohnungen keine Vollbäder installiert sind. Klar, – für sie steht fest: Die Miete muß erhöht werden. Bevor sie nun jedoch generell die Mieten erhöhen, fordern sie die Strukturdaten ihrer sämtlichen Mieter an. Wo ist der geringste Widerstand zu erwarten? Beim gutverdienenden Beamten? Beim einfachen Arbeiter? Oder beim immer noch etwas zweifelhaften Studenten?

Auch jedes Gericht wird, dankbar für die genauen Angaben, ganz im Sinne des Eigentümers entscheiden. Wie heißt es so sinnig in der Begründung zum „Volkszählungsgesetz“: „Die Mietangaben liefern Angaben für die Beurteilung der Mietenbelastung.“

Verkabelung

Auch die Deutsche Bundespost will von der Aushorchung profitieren. Die Frage „nach Telefonanschlüssen und Sprechstellen (bei Firmen) soll als Unterlage für Entwicklungs- und Ausbauplanung der Fernmelde netze dienen, insbesondere bezüglich neuer Techniken – . . .“ Hier hat Postminister Schwarz Schilling offenbar schon kräftig mitgedacht. Mit der totalen Verkabelung wird jedoch auch die totale Kontrolle möglich. Und der, der sich nicht verkabeln läßt, wird schon verdächtig.

„Staatsschützende“ Kontrolle

Weiter heißt es in der Begründung: „*Einzelangaben (. . .) dürfen an die fachlich zuständigen obersten Landes- u. Bundesbehörden übermittelt werden, soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind.*“ Über ihre Zuständigkeit dürfen die Behörden dabei selbst entscheiden. Neben dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst werden auch das Bundeskriminalamt (BKA) und die Landeskriminalämter (LKA) uneingeschränkten Zugang zu den Daten haben. So sicher wie das Amen in der Kirche, wird es dabei nicht bei Einzelangaben bleiben. „*Flächendeckend*“ werden Daten von bestimmten Personengruppen und Bevölkerungsschichten beim BKA gespeichert werden. Auf einen Schlag stehen ihnen die Daten sämtlicher Wohnungen in der Bundesrepublik zur Verfügung (Mitarbeiter, Mietstatus, Quadratmeterzahl, Ferienwohnung, Erst- u. Zweitwohnung, Ausbildung, wirtschaftliche Abhängigkeiten, PKW-Abstellplatz usw.). Der ehemalige Chef des BKA's Herold charakterisierte seine Aufgabe so: „*Ich sehe die Hauptaufgabe des BKA's darin, das in riesige Mengen angehäufte Tatsachenmaterial zu allen absetzigen, abweichenden Verhaltensweisen forschend zu durchdringen . . .*“ Dem Büttel von BKA und VS eröffnen sich fast unerschöpfliche Möglichkeiten für die Kontrolle und Bespitzelung einer ganzen Nation. Die Rasterfahndung gewinnt zunehmend an Qualität. Wir erinnern uns: Bei der Rasterfahndung wird aus jedem Fakt, der für sich zunächst harmlos erscheint, ein Kriterium für die Abweichung von der Norm und damit Gegenstand polizeilicher Schnüffelei. Was die Norm ist, bleibt letztendlich wunden Gehirnen des BKA's überlassen. Längst ist klar, daß Wohngemeinschaften besonders verdächtig sind, aber wird es nicht in Zukunft auch Herr A., der, alleinstehend, in einer Vier-Zimmer-Wohnung lebt und seine Stromrechnung bar bezahlt, oder Herr B., der zusätzlich zu seiner Wohnung ein einsames Ferienhaus besitzt und vor Jahren seinen Ausweis verlor? Könnte es nicht sein, daß sie „Terroristen“ beherbergen? Die Verknüpfungsmöglichkeiten sind unendlich.

Aber nicht nur an Terroristenhatz sind die Beamten interessiert. Computer-Programme, die detaillierte Angaben über „Sozialstrukturen, Protest- u. Widerstandspotentiale“ ganzer Stadtteile und Regionen liefern, werden ihnen als Grundlage für die Planung ihrer Zukunft dienen: Wo muß das nächste Polizeirevier gebaut werden? Wo müssen zivile und uniformierte Streifen verstärkt werden? Welche Punkte müssen mit Video-Kameras „abgedeckt“ werden? Auf welche Häuser muß der KOB besonders achten? Und mit der zunehmenden Wirtschaftskrise immer be-

deutsamer: von welchen Stadtteilen und Bezirken gehen im Krisenfall Gefahren aus? Wie kann man ihnen schon heute am besten begegnen? Wie muß man auf die Stadtplanung und Sanierung einwirken, um die Bevölkerung jeder Zeit unter Kontrolle zu halten?

Datenschutz

Würde das „Datenschutzgesetz“ von den Gesetzmachern wirklich ernst genommen, gäbe es zwei ganz klar voneinander getrennte „Zählungen“. Die Namensangabe wäre nur so von den anderen Angaben strikt zu trennen gewesen. Bei der „Volkszählung“ aber steht der Name neben allen anderen Angaben auf einem Fragebogen! Einmal erfaßt, wird eine Zuordnung immer wieder möglich sein – sei es auf dem Wege der „außerordentlichen Amtshilfe“ oder durch immer neue Gesetze. Weshalb also zwackt der Staat uns diese Daten samt Namen unter Strafandrohung ab? Für Planungszwecke würden anonyme Daten ausreichen. Es muß noch andere Gründe geben . . . Die Meldeämter haben das „Recht“, ihre Daten mit denen der Volkszählung abzulegen. Das BKA hat das „Recht“ seine Daten mit denen der Meldeämter zu vergleichen.



Doch auch auf anderen Wegen wird eine spätere Namenszuordnung möglich sein. Auf dem Fragebogen wird unter anderem die Angabe der Telefonnummer verlangt, die jedoch nicht der Geheimhaltung unterliegt. Folglich wurde auch eine Weitergabe im „Volkszählungsgesetz“ nicht untersagt. Über jedes Telefonbuch ist es nun später möglich, der Telefonnummer wieder den entsprechenden Namen zuzuordnen. Das Ganze erforderte letztlich nur ein wenig mehr Eigenarbeit vom betreffenden „Kunden“. Anonyme Daten?

Und die Steuer?

Haben sie nicht auch das Gefühl, daß ihnen zuviel Steuern abgezwackt werden, vor allem, wenn diese größtenteils in men-

schenvernichtende Rüstung gepumpt werden? Finanz- und Wirtschaftspolitiker wollen nun auch den letzten Steuergroschen aufspüren. Auf dem Haushaltsbogen wollen sie wissen womit wir unseren „überwiegenden Lebensunterhalt“ verdienen, – zur Auswahl stehen u.a. Berufstätigkeit, Arbeitslosengeld, Rente, Vermögen und Nebentätigkeit. Das mit Nebentätigkeit nicht Hausfrauenarbeit gemeint ist, macht die Erläuterung deutlich.

Der Groschen fällt: Als Hausfrau arbeitet frau nicht auf Steuerkarte. Haben sie für ihre Nebentätigkeit eine Steuerkarte oder arbeiten sie schwarz? Durch die Verknüpfung dieser Antwort und der simplen Frage beim Finanzamt dürfte es ein leichtes sein, festzustellen, ob sie im Vollbesitz aller nötigen Steuerkarten sind! Übrigens: Die Unternehmerverbände haben bei der Herstellung des Fragebogens erfolgreich verhindert, daß nach der Höhe des Gesamtumsatzes ihrer Betriebe gefragt wird. Ein nachahmenswertes Beispiel von Widerstand!

Oder haben sie etwa den sträflichen Vorzug in Anspruch genommen ihren Wagen nicht am Ort ihres Wohnsitzes anzumelden? Schluß Aus- Vorbei!!! Demnächst kommen Meldeamt und Versicherungen ihnen auf die Schliche! Die Fragen nach Hauptwohnsitz und hauptamtlich benutztem Verkehrsmittel machen es möglich. Dazu in der Begründung: „. . . bietet die Volkszählung die Möglichkeit bei der Erfassung und Zuordnung der Personen mit mehreren Wohnungen . . . erstmals von einem melderechtlich und statistisch übereinstimmenden Begriff auszugehen.“

Also im Klartext: Wohnst du wirklich dort, wo du gemeldet bist oder hast du dich nur in Berlin angemeldet, im dich vor'm Bund bzw. Zivildienst zu „drücken“?

Sollte die von Technokraten, Politikern und Wirtschaftsplanern vorgegebene Entwicklung in den nächsten Jahren ungestört so weiter gehen wie bisher, werden wir uns bald verdatet, verkauft und verplant kaum noch bewegen können. Dies geschieht so umfassend auf allen gesellschaftlichen Ebenen, daß vieles nur kurz skizziert und vereinfacht dargestellt werden konnte. Wir hoffen das sich in vielen anderen Städten Initiativen gegen die geplante Volksauszählung und weitere Verdatung bilden werden. Bei der „Volkszählung“ sind wir zum ersten Mal alle gleichzeitig betroffen und sollten deshalb **massenhaft die Angaben verweigern!** Wenn sich dazu im ganzen Land viele entschließen können, wird es dem Staat zudem schwer fallen, rechtlich gegen Einzelne vorzugehen.

Info- u. Kontaktadresse: Petra Weiss c/o MPZ Thadenstr. 130 a 2000 Hamburg 50 Tel.: 040/439 7259
Wir treffen uns jeden Mittwoch ab 19.00 Uhr unter der angegebenen Adresse und sind nur in dieser Zeit dort telefonisch zu erreichen.



St. Wermuth

Gedenktafel für die 17 Giftgas-Opfer des ersten Stolzenberg-Skandals in Hamburg aus dem Jahre 1928

Foto: Karl-H. Walloch

Vielfachen Anlaß gibt es, sich mit der Geschichte der I.G. Farben A.G. auseinanderzusetzen: sei es, um – 50 Jahre nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland – aus der Geschichte wirtschaftlichen Machtmüßbrauchs für heutige Auseinandersetzungen mit dem „großen Kapital“ zu lernen, sei es, um der neuerlich verstärkt betriebenen Geschichtsfälschung und Agitation seitens (neo-)faschistischer Kreise entgegenzuwirken, sei es, um der Jahrzehntelang verfolgten Verschweigepolitik bezüglich der wirtschaftlichen Nutznießer und also auch Interessenten faschistischer Hochrüstungs- und Raubpolitik ein Ende zu bereiten.

berüchtigten „Notverordnungen“, die dem deutschen Faschismus den Weg bereiteten, . . . im Direktionsbüro von Hermann Schmitz“, I.G.-Vorstandsvorsitzender 1933-45, Mitglied des Reichstages und der NSDAP, Wehrwirtschaftsführer, vielfaches Aufsichtsrats-Mitglied (u.a. Allianz und Krupp), in Nürnberg (vor dem Militärgerichtshof 1947/48) vier Jahre Gefängnis, danach Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Stahlwerke und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank (KONKRET 9/1982). (Zu den sog. „großen Notverordnungen“, mit denen – wie sich Geschichte doch ähnelt kann! – seinerzeit u.a. Demokratie- und forciertes Sozialabbau betrieben wurde, siehe: DG 3/80 und 1/82).

„Im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß erklärte das Militärgericht VI der Vereinigten Staaten . . . am 29. Juli 1948 zur Verwendung des von der I.G. Farben gelieferten Zyklon B für die Vergasung von Millionen Menschen . . ., daß das Beweismaterial „zur Feststellung einer strafbaren Handlung“ der Angeklagten nicht ausreicht!“ Die dabei vor Gericht gestellten I.G. Farben-Vertreter „wurden nur für schuldig befunden, Zwangsarbeiter ausgenutzt zu haben. Alle übrigen Anklagepunkte wie Planung, Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ließ man fallen“ (O. Groehler). Auf so tüchtige Chemiker und Konzernstrategen wollte man us-amerikanischerseits denn doch nicht verzichten, nur um irgendwelchem Völkerwillen nach Gerechtigkeit und Sühne zu entsprechen. Schließlich hatte man ja, ähnlich wie die Britische Staats- und Wirtschafts-Führung z.B. ICI, Chamberlain mit Hitler), schon während des 2. Weltkriegs gut zusammengearbeitet und nicht zufällig jene I.G. Farben-Fabriken bei den Bombardements des Kriegsendes gezielt verschont, in denen nicht ausschließlich Rüstungsproduktion lief. Man hatte stattdessen die Schuld auf sich geladen, die Kulturstadt Dresden einzuschern (US- und Brit. Army), als von Kriegsentscheidung schon keine Rede mehr sein konnte (ähnlich wie bei der Hiroshima-Atombombe). So gelang es auch im Krieg gegen das Vietnamesische Volk, sich auf Produkte der Bayer A.G. zu stützen: „Über ihre US-Tochtergesellschaft, die Chemargo Corporation, lieferte sie Kampfgase an die US-Armee, die in Vietnam eingesetzt wurden“ (K. Sator).

So schließt sich eine Kette von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch diese „Großhändler

Ein Konzern geht über Leichen

Schaut man sich die Liste prägnanter Jahreszahlen in der Geschichte der I.G. Farben an, ergibt sich der Eindruck, dieser Konzern hätte eine besondere Beziehung zur „Magischen Zahl“ Drei. Doch mit Hexerei hat seine beängstigende Machtentwicklung („Ein Staat im Staat“) nichts zu tun! Um so mehr mit Profit und auch – GIFT!

Wir wollen uns bei der I.G. Farben-Geschichte hier auf die Geschichte ihrer Giftgase beschränken. Sonst müßten wir beispielsweise auch breiter eingehen auf den „Anteil der I.G. Farben an der Zerstörung der Weimarer Republik“ (Klaus Sator) (z.B. entstanden „die zu dieser Zeit erlassenen

Wir wollen hier auch nicht näher eingehen auf die Interessen und Anteile der I.G. Farben am Konzentrationslager-System der faschistischen Barberei (z.B. I.G.-eigenes KZ Auschwitz-Monowitz), welchem sie bei Unterstützung des „Freundeskreises der SS“ ztausende billigste Arbeitskräfte verdankt. Auch, wenn gern verschwiegen wird, daß KZ-Häftlinge, wenn sie nicht mehr arbeitsfähig waren oder Kriegsgefangene und Verschleppte, die als billigere „Versuchskaninchen“ nach überlebten „Forschungsvorhaben“ im Zusammenhang mit I.G.-Produkten (z.B. Periston) nicht mehr „weiterverwendet“ werden konnten, zu Hunderttausenden „vergast“ wurden; so letztlich noch die Absatz- und Profit-Garantie bildend für „Zyklon B“, das eigentliche Insektenbekämpfungsmittel aus dem Hause I.G. Farben. (Die eigens zu diesem Vertrieb gegründete Tarnfirma DEGESCH, Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung, befand sich mehrheitlich in Besitz der I.G. Farben).

1863: im gleichen Jahr (heute vor 120 Jahren) werden die Farbwerke Hoechst und die Farbenfabriken Bayer gegründet. Zwei Jahre später folgt die Badische Anilin- und Soda-Fabrik (BASF).

1913: Bei der BASF (neben der AGFA, „A.G. für Anilinfabrikation“, Berlin und den „Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Elberfeld, Dritter im Bunde der sog. kleinen I.G. Farben, einer 1904 gegründeten losen Interessengemeinschaft zur Ausschaltung der Konkurrenz untereinander) wird die großtechnische Ammoniak-Synthese (Haber-Bosch-Verfahren) entwickelt als Grundlage für die Groß-Produktion von Kunstdünger aber auch Explosivstoffen. Damit war Deutschland unabhängig von Salpeter-Einfuhren aus Chile, wodurch den kaiserdeutschen Militäristen die Fortführung des Ersten Weltkrieges erst ermöglicht wurde. Dadurch wurde es auch ermöglicht, die bei Bayer heranreifende „Wunderwaffe“ Giftgas noch einzusetzen. „Der erste große Gasangriff am 22. April 1915 bei Ypern war ein glänzender Erfolg der deutschen Chemiewaffe: 15 000 Feinde wurden ausgeschaltet, 5000 für immer“ (KONKRET 9/82). Ihr „Vater“, Prof. Haber wurde später zum Nobelpreisträger gekürt!

1943: Auf dem vorläufigen Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen „Blüte“ fabriziert die Interessengemeinschaft Farben, kurz I.G. Farben, (ein Monopol-Konzern, gegründet 1925 aus Bayer, Hoechst und BASF u.a.) 95 % der deutschen Gesamtproduktion an Giftgasen und hat schon 400 deutsche Firmen ganz oder teilweise in Besitz und 500 Auslandsbeteiligungen an anderen Konzernen und Kapitalgesellschaften (z.B. in USA und Großbritannien!). Zu ihrer Aufwärtsentwicklung erklärte „Georg von Schnitzler, ehemaliges Vorstandsmitglied der I.G., NSDAP-Mitglied und SA-Hauptsturmführer, Hauptspender beim Industriellen-Geheimtreffen mit Hitler und später I.G.-Hauptplünderer in den Okkupationsgebieten“ (KONKRET 9/1982), vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg im I.G.-Farben-Prozeß 1947/48, daß „die ganze Umsatzsteigerung der I.G. von etwas über eine Milliarde Mark auf 3 Milliarden im Jahre 1943 ... zu 100 Prozent das Ergebnis der Wiederaufbau- und Kriegspolitik der deutschen Regierung (war)“ (Klaus Sator).

1953: Der Alliierte Liquidationsausschuß löst im Sinne angeblicher Monopol-Entflechtung den I.G. Farben-Konzern auf und errichtet 12 Nachfolge-Gesellschaften, darunter als die größten die Bayer AG, die BASF und die Farbwerke Hoechst AG. Immerhin – so damals US-Senator William Benton: „Die USA fürchten den deutschen Radikalismus weniger als die I.G. Farbenindustrie“. Aber selbst den I.G.-Oberen kam diese „Entflechtung“ zupass: „Die alte I.G. hat ja auch organisatorische Mängel gehabt, die ... in der starken Zentralisierung begründet waren. Es darf daran erinnert werden, daß schon vor Kriegsende Pläne im Schoße der I.G. Farben selbst entwickelt wurden, die auf eine Aufspaltung und Dezentralisierung hinausgingen“, so eine Äußerung des ehemaligen I.G.-Farben-Aufsichtsratsmitglied Fritz Reuther. (Klaus Sator)

1973: Die I.G. Farben-Nachfolger Bayer, Hoechst und BASF sind jede für sich schon wieder größer als je die „entflochtene“ I.G. Farben und beherrschen weitgehend den Markt der chemischen Industrie in der BRD.

1983: Heute sind die I.G. Farben-Nachfolger ... die drei größten Chemie-Konzerne der Welt.

des Todes“ (O. Groehler), die u.a. mit der Entwicklung der Giftgas-Kampfstoffe des Ersten Weltkrieges beginnt (Phosgen und Lost bzw. Chlorgas) und sich über die Entwicklung, Produktion und aus strategischen Gründen begrenzten Einsatz jener organischen Phosphorverbindungen (Nervengase) durch die faschistische Wehrmacht fortsetzt, die unter den Decknamen Tabun, Sarin und Soman zu den seinerzeit giftigsten chemischen Kampfstoffen der I.G. Farben-Industrie gehörten.

„Nach dem 2. Weltkrieg wurde Schrader“ – der „Vater der Nervengase“ von der I.G. – „zwei Jahre in den USA interniert, wo er seine Forschungsergebnisse an das US-Army Chemical Corps weitergab“. „Sich mehrende Unfälle, Katastrophen und Explosionen in den Nachfolgewerken der I.G. Farben – wie im Winter 1954 bei der BASF in Ludwigshafen – ließen die Frage auftauchen, ob nicht ... in Westdeutschland ebenfalls erneut Giftgas erzeugt würde“. Günter Wallraff veröffentlichte im Juli 1970 eigene trickreiche Recherchen, wonach er es für unwahrscheinlich hält, „daß mit der (unrühmlich bekannten, H.K.) Firma Stoltzenberg der einzige bundesdeutsche Kampfstoff-Produzent aufgespürt wurde“. In diesem Zusammenhang wird auch bekannt, daß die Bundeswehr über Tabun-Nervengas-Bestände verfügt und damit u.a. in Munsterlager probt, welche aus einer Bergungsaktion von 1959/60 stammen, als von den Faschisten kurz vor Kriegsende in der Flensburger Börde versenkte Giftgasbestände durch die Bundeswehr wieder gehoben wurden.

„Der Schleier des Geheimnisses, der über den Gaskriegsplänen ... der Nachkriegszeit lag, wurde erstmals am 6. Dez. 1968 gelüftet. Der neun Jahre als Mikrobiologe im Institut für Aerobiologie in Grafschaft tätige Dr. E. Petras war angesichts der forcierten chemischen Aufrüstung in der BRD im November 1968 in die DDR übergetreten und enthüllte (...), daß fünfundachtzig Institute, Firmen und Konzerne an der Forschung, Entwicklung und Produktion biologischer und chemischer Kampfstoffe beteiligt seien ...“ (O. Groehler). „Die moderne Großproduktion von Chemikalien auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung, die alle auf phosphororganischen Verbindungen (wie z.B. das bekannte E 605®, H.K.) beruhen und damit zugleich Grundlage für die Gewinnung von Nervengasen sind, machte es ... unnötig, diese Seite der Zusammenarbeit besonders zu forcieren ... So verkündete die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik in der Konzeption vom April 1964: „Die hochentwickelte chemische Industrie verfügt über umfangreiche Forschungs- und Produktionskapazitäten und kann sich auf technische Einrichtungen und Kader aus dem 2. Weltkrieg stützen. Die Rohstoffbasis für B- und C-Waffen ist gesichert.“ (O. Groehler).

„Der Erste Weltkrieg forderte 90 000 Gastote, von denen die meisten ihr Los den Giftküchen von Bayer verdankte. Im Zweiten Weltkrieg wurden Hunderttausende mit Zyklon B umgebracht, das den I.G. Farben Gewinn brachte. Den Dritten Weltkrieg werden wir nicht überleben, aber wir dürfen uns heute schon überlegen, ob uns die A-Bomben umbringen oder die C-Waffen, für die das Haus Bayer den Grundstock legte“ (KONKRET 9/1982).

Helmut Koch



UZ – eine von 124 Tageszeitungen, aber ...

Täglich erscheinen in der Bundesrepublik 124 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 20 Millionen Stück. Eine davon ist die UZ. Während alle anderen 123 Zeitungen Partei ergreifen – zumeist gegen ihre Leser –, Partei für die Interessen der Konzerne, so steht die UZ auf der Seite derjenigen, die alles bezahlen sollen. Die UZ sagt ganz offen, wo sie steht, für wen sie Partei ergreift. Das wirkt. Die UZ ist weder populär bei Banken und Konzernen, noch bei Kohl, Strauß, Genscher.

Aber allen anderen hilft sie. Die UZ braucht man täglich. Man kann sie abonnieren.

UZ unsere Zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP

Ich bestelle die UZ als	Ich bestelle die UZ als	Ich möchte eine	
<input type="checkbox"/> Tageszeitung	<input type="checkbox"/> Wochenendausgabe	<input type="checkbox"/> Probeflieferung	
zum Preis von		zum Preis von	
10,- DM monatlich		10,- DM vierteljährlich	
MINDESTBEZUGSZEIT		MINDESTBEZUGSZEIT	
3 Monate		1 Jahr	
Kündigungsschreiber in mindestens 4 Wochen vor Ablaufende Zeitungsende			
Name _____			
Vorname _____			
Straße _____			
PLZ/Ort _____			
Datum, Unterschrift			
Coupon bitte ausgefüllt einsenden an: Pampack & Co Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 13			

SEVESO



Langzeitversicherung und Schönheitskur fürs Holz

im Wohnzimmer

von Peter Walger

In vielen Holzschutzmitteln, aber auch in Farben, Lacken, Leimen und Lasuren ist PCP (Pentachlorphenol) als Schädlingsbekämpfungsmittel enthalten. PCP vergiftet nicht nur Holzwürmer und Pilze, es schädigt offenbar auch Menschen. Wer PCP-behandeltes Holz in seinen Wohnräumen hat, sollte es entfernen.

Holzschutzmittel sind wieder ins Gerede gekommen – eigentlich verwunderlich –, haben doch die Produzenten 1977 vom Bundesgesundheitsamt einen Persilschein ausgestellt bekommen, demzufolge „Beweise für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem PCP (Pentachlorphenol) und den aus mit Holzschutzmitteln behandelten Wohnungen berichteten gesundheitlichen Beschwerden bzw. Beeinträchtigungen bisher nicht vorliegen“.

Dieser so richtig nach dem Geschmack der Hersteller formulierte Satz aus dem Abschlußbericht der Ad-hoc-Kommission des Bundesgesundheitsamtes „Holzschutzmittel (PCP) – Wohnräume“ gab damals grünes Licht für die Weiterproduktion in der BRD. Es ist verständlich, daß dieser Satz der am häufigsten zitierte des gesamten Abschlußberichtes wurde. In einer Dezember-Nummer des „Stern“ wurde der Anfang einer erneuten Diskussion über die Gifigkeit PCP-haltiger Holzschutzmittel gemacht. Einen aus eigener Anschauung bekannten Fall einer Familie aus dem Münsterland (Weihnachten 1982) nahm die Fernsehsendung „Hier und Heute“ zum Anlaß kritischer Fragen. Der Tod eines einjährigen Mädchens war zu beklagen. Das typische Beschwerdebild einer länger dauernden PCP-Exposition bei Eltern und 3jähriger Schwester erhärtete den Verdacht eines ursächlichen Zusammen-

hangs mit dem Holzschutzmittel. Das Kind schlief in einem holzvertäfelten Raum, in dem das PCP-haltige Sadolin PX 65 zur „Imprägnierung“ verwandt wurde. Der Vater hatte vor der Beerdigung zufällig den „Stern“-Artikel gelesen. Als Antwort auf seinen um eine Stellungnahme bittenden Brief erhielt er von der Herstellerfirma Sadolin GmbH, wie auch kaum anders zu erwarten, den o. g. Satz zitiert – aktueller Zusatz „In einem heutigen Telefonat hat mir Herr Prof. Aurand bestätigt, daß sich daran in der Zwischenzeit nichts geändert hat“ (mit „mir“ ist Herr C. M. Engel, Geschäftsführer der Sadolin-GmbH gemeint; Prof. Aurand ist beim BGA beschäftigt und war Leiter der Holzschutzmittel-ad-hoc-Kommission 1977). Der Brief ist vom 4. 1. 1983 datiert.

So einfach ist das, der Industrieboß ruft kurz mal, man ist schon fast neigert zu sa-

gen, „seinen“ Wissenschaftler an, läßt sich den Persilschein auffrischen, und der betroffene „kleine Mann“ muß sich sagen lassen, „mit Bedauern“ könne ihm kein besserer Bescheid gegeben werden.

Aber was heißt das, Beweise für einen Zusammenhang zwischen PCP und gesundheitlichen Beschwerden in mit Holzschutzmitteln behandelten Wohnungen liegen bisher nicht vor. Zunächst einmal, daß auch Gegenbeweise nicht angeführt werden können. „Ein Beweis, daß kein Zusammenhang zwischen Beschwerden und PCP besteht, konnte ebenfalls nicht erbracht werden“, heißt es in einer Veröffentlichung von Prof. Aurand über die dem Kommissionsbericht zugrunde liegenden Studien. Als weitere „notwendige Ergänzung“ führt Aurand aus, daß seltene Veränderungen, die durchaus von PCP hätten verursacht werden können, nicht Gegenstand seiner Untersuchungen waren. Auch sei möglich, daß Zusammenhänge dadurch verschleiert wurden, daß zwischen dem Datum der Messungen (PCP-Gehalt im Urin der betroffenen Personen) und dem Aufenthalt in den PCP-Wohnungen zeitliche Verschiebungen möglich waren, und daß die Betroffenen zwischenzeitlich Abwehrmaßnahmen getroffen hätten. Schwerer wiegt ein weiteres Eingeständnis, daß nämlich die Auswirkungen von Verunreinigungen oder Begleitsubstanzen

der Holzschutzmittel nicht berücksichtigt wurden. Die Untersuchungen bezogen sich ausschließlich auf das reine PCP, obwohl man auch beim BGA wissen mußte, daß die gesamte Palette der chlorierten Kohlenwasserstoffe einschließlich des sog. Seveso-Giftes, „TCDD“, Bestandteil „reinen“ PCP's sein kann.

Zweifelhafte Studien

Bei soviel Einschränkungen

- Kein Beweis, daß PCP nicht ursächlich für die Erkrankungen verantwortlich ist
 - Keine Erfassung evtl. seltener Schädigungen
 - Keine Erfassung der tatsächlichen Belastung der Bewohner
 - Keine Berücksichtigung von Abwehrmaßnahmen der Betroffenen
 - Keine Erfassung der Verunreinigungen bzw. der Begleitsubstanzen,
- bei soviel Einschränkungen wirkt der letzte Satz der Studie: „Die glaubwürdig vorgebrachten Klagen über Beschwerden der Bewohner holzschutzmittelbehandelter Räume warten nach wie vor auf eine Erklärung“ eher wie eine klägliche Entschuldigung für wissenschaftliche Unzulänglichkeit. Daß sämtliche Einschränkungen im abschließenden Kommissionsbericht nicht erwähnt werden, muß dagegen als moralischer und umweltpolitischer Skandal gewertet werden.

Über 5 Jahre nach Erstellung dieses Pseudo-Gutachtens sieht die Wirklichkeit nahezu unverändert aus:

- Es sind nach wie vor Holzschutzmittel auf dem Markt, die Menschen akut und chronisch vergiften können, und es offenbar auch tun
- Eine Aufklärung über die Gefahren erfolgt teils gar nicht, teils nur oberflächlich. Es fehlen häufig Angaben über Inhaltsstoffe und über mögliche Gefährdungen bei besonderen Anwendungsbereichen, z. B. Innenräume, Lebensmittelregale, Spielzeug etc.
- Wenn auch wenige Firmen mittlerweile mit „ohne PCP“-Aufdruck werben, in der Masse der Holzschutzmittel ist es weiterhin drin.

PCP – Gift nicht nur für Holzschädlinge

Was ist aber nun so gefährlich an diesem Pentachlorphenol. Zum Verständnis müssen einige Vorbemerkungen gemacht werden.

Der biochemische Mechanismus des PCP beruht in einem Eingriff in die Zellatmung, also den Prozeß, bei dem mit Hilfe des eingeatmeten Sauerstoffs eine energiereiche chemische Verbindung, das Adenosintriphosphat (ATP) aufgebaut wird. Diese Substanz ist der eigentliche Energieträger des menschlichen Organismus. Durch PCP wird dieser Aufbauprozeß entkoppelt, die ATP-Produktion sinkt, bis sie schließlich zum Erliegen kommt. Der Sauerstoff-

verbrauch geht dagegen ungehemmt weiter, er steigt u. U. sogar an. Gleichzeitig steigt der Abbau der körpereigenen Zuckerkörperreserven durch Wegfall einer Rückkopplung, auch dies geschieht unter zusätzlichem Sauerstoffverbrauch.

Die akuten Vergiftungserscheinungen werden bei dieser Wirkweise verständlich:

- Maximaler Anstieg der Körpertemperatur bis 46 °C
- Erheblicher Sauerstoffverbrauch mit stark beschleunigter Atmung
- Allgemeine motorische Schwäche
- Sehr starkes Schwitzen
- Blutzuckeranstieg
- Auftreten von Krampfanfällen.

Solche Fälle sind bei Arbeitern in der Holzindustrie und in der PCP-Produktion z.T. mit Todesfolge beschrieben.

Die chronischen Erscheinungen sind neben der Chlorakne – einer der schwersten Hauterkrankungen – Leber- und Nierenschäden, Abmagerung und allgemeine Symptome, wie sie auch bei einer Schilddrüsenüberfunktion oder einer sog. vegetativen Überempfindlichkeit beobachtet werden können. Gerade die letzten Symptome wie innere Unruhe, Aggressivität, schnelle Ermüdbarkeit, Kopfschmerzen und auch Sehstörungen waren Beschwerden, die von fast sämtlichen Betroffenen immer wieder geschildert wurden. Daß es nahezu unmöglich ist, derartige Symptome beweisend auf einen auslösenden Stoff zurückzuführen, liegt auf der Hand. Dies dürfte zumindest genauso schwer sein wie der Beweis des Gegenteils, daß nämlich die Beschwerden nicht durch ein bestimmtes Mittel, in diesem Falle PCP, verursacht wurden. Dieser letzte Denkansatz wäre ein verbraucherfreundlicher – übrigens selbst in den USA lange praktiziert. In die bundesrepublikanische Wirklichkeit mit ihrer Industriallmacht und ihr so häufig höriger Kontrollbehörden paßt er nicht.

Kein Wort zum Krebsrisiko

Zu den chronischen Schäden gehören nicht zuletzt das erhöhte Krebs- und genetische Risiko. Hierüber fehlen jegliche Hinweise bei Herstellern und BGA. Vietnam dürfte hier die grausame Bestätigung bekannter Tierversuchsergebnisse sein.

Die von den US-Streitkräften in Südvietnam eingesetzten Unkrautvernichtungs-(Entlaubungs-)mittel, in der Hauptsache das sog. „agent orange“, gehören wie PCP in die Gruppe der chlorierten Kohlenwasserstoffe. Ihre Verunreinigungen (u. a. TCDD = Tetrachlordibenzodioxin, Lindan = Hexachlorcyclohexan) sind qualitativ dieselben wie im PCP. Man nennt sie auch die „Seveso-Gruppe“. Diese Gifte sind verantwortlich für die ungeahnte Zahl an Totgeburten, Mißbildungen und Krebserkrankungen unter der vietnamesischen Bevölkerung.

Nichts spricht für die Unschädlichkeit der wesentlich geringeren Giftmengen in Holzschutzmitteln.

Niemand hat bislang nachgewiesen, daß es eine Schwellendosis gibt, unterhalb der diese Gifte harmlos sind. Bei aller Kenntnis der Wirkweise mutagener, d. h. krebserregender oder Erbschäden verursachender Faktoren, z. B. ionisierender Strahlen, ist eher davon auszugehen, daß es eine Schwellendosis nicht gibt, oder andersherum formuliert, daß jede kleinste Dosis potentiell gefährlich sein kann. Hierzu muß im Interesse der Verbraucher solange ausgegangen werden, bis das Gegenteil bewiesen ist. Das Bundesgesundheitsamt muß sich der Verantwortung gegenüber unserer Gesundheit stellen und PCP-haltige Holzschutzmittel verbieten. Die Einführung des Prinzips, daß die Hersteller die Unschädlichkeit ihrer Produkte und nicht die Verbraucher deren Schädlichkeit nachzuweisen haben, ist eine zentrale Forderung an den Gesetzgeber.

Solange ein solches Verbot nicht ausgesprochen wird, müssen die in Frage kommenden Produkte boykottiert werden. Auf keinen Fall sollte irgendeine Anwendung in Innenräumen erfolgen. Wer Holz kauft, soll sich nach vorausgegangenen Imprägnierungen erkundigen. Wer unbedingt Holzschutzmittel verarbeiten muß, sollte auf biologisch vertretbare Verfahren zurückgreifen (Bienenwachs, Leinölfirnis, Naturharzlacke, Holzessiggrundierungen u. ä.).

Wer bereits PCP-haltige Holzschutzmittel verarbeitet hat, sollte zusehen, daß das Holz aus Innenräumen entfernt wird.

LITERATUR BEIM VERFASSER



Bei der Suche nach anderen, neuen Heilverfahren scheint es unmöglich zu sein, die wahren Heilenden von den falschen Heilenden zu unterscheiden. Die Autoren Ivan Illich, Heinrich Huebschmann, F.-A. Popp, Thomas Hauschild, Josef Issels, K. F. Masuhr u. a. beleuchten mit ihren **Betrachtungen zu alten und neuen Heilsystemen** die als unüberbrückbar geltenden Gegensätze.

Ein Sachbuch mit Beiträgen vom **Gesundheitstag Hamburg 1981** — mit Tips und Informationen zu Naturheilkunde, Homöopathie, Akupunktur, aus Schul-, Ethnomedizin und Medizingeschichte.



**Verlagsgesellschaft
Gesundheit mbH**

Gneisenaustr. 2 Mehringhof, 1000 Berlin 61

Der Zeugungsnachweis

Wir schreiben das Jahr 1983 nach Christus (was bedeutet, daß wir die finsternen Zeiten des Mittelalters überwunden haben sollten). Der nachfolgende Bericht ist keineswegs als satirischer Beitrag gedacht.

Zur Erinnerung: Vor zwei Jahren (DG 1/81) berichteten wir darüber, wie es einem Körperbehinderten Ehepaar unmöglich gemacht wurde, in einem Heim der Caritas zusammenzuleben, in den gleichen Räumen versteht sich. Um der Unzüchtigkeit nicht Vorschub zu leisten, waren die beiden bereit, sich auch kirchlich trauen zu lassen. Der Heimseelsorger indessen äußerte besorgt die Bedenken: „Wegen der schweren körperlichen Behinderung beider Tiere“.

In „zahlreichen Gesprächen“ kamen die beiden aber „zu der Überzeugung“, „daß sie die notwendige Gesundheit haben, um einen natürlichen Geschlechtsverkehr zu vollziehen. Herr H. ist darüber unterrichtet, daß dies durch eine fachärztliche Untersuchung einwandfrei festgestellt werden muß. Unter diesen Voraussetzungen habe ich den beiden versprochen, mich für eine Trauung einzusetzen“. Dies teilte der Pfarrer der Heimleitung schriftlich mit.

Daß diese unglaubliche Diskriminierung nicht etwa ein Einzelfall ist, zeigte sich wieder einmal vor einigen Wochen in München: Karl H. und Ingrid M. – ihr Hochzeitstermin stand bereits fest – erhielten vom Geistlichen eine klare Absage. Begründung:

„Der Mann könne den Geschlechtsverkehr nicht vollziehen“.

Der Mann hatte sich geweigert, dem katholischen Pastor den Beweis zu erbringen, daß „er kann...“.

Für einen evangelischen Pfarrer war der Beweis kein Hinderungsgrund, so daß er die beiden – die Braut ist evangelisch – traute.

Die katholische Kirche beruft sich bei ihrer starren Haltung auf den § 1068 des kanonischen Rechtes, wonach eine dauerhafte Impotenz ein trennendes Ehehindernis sei. Bestehen Zweifel an der Fähigkeit, den Geschlechtsverkehr zu vollziehen, muß der Nachweis geführt werden. Noch im Mai 1977 (nach Christi Geburt) wurde dieses Dekret des Kirchenrechtes von der Kongregation für die Glaubenslehre bekräftigt (Az.: 2.12.82). Das Kirchenrecht spricht von „geschlechtlichem Unvermögen“...

Die Frankfurter Rundschau befragte dazu Wilfried Roehmel vom Erzbischöflichen Ordinariat in München: Zu dem Sakrament der Ehe, so Roehmel, gehöre untrennbar „eine geistig-seelische und eine körperliche Komponente“. Ein bereits geschlossenes könne nachträglich auch dann annulliert werden, wenn eine geschlechtliche Verbindung nicht zustande komme, erläutert der Kirchensprecher Roehmel. Auch wollte der aufrichtige Christ einem weit verbreiteten Eindruck widersprechen: „Die katholische Kirche denkt nicht daran, die beiden zu diskriminieren“. Die können ja so zusammenleben „wie Bruder und Schwester“, wo doch die Ehe nicht stattfinde. Die Beziehung brauche man doch nicht zu institutionalisieren. Und wenn die beiden nur standesamtlich heirateten, würde sie das nicht von den Sakramenten der katholischen Kirche ausschließen.

Ich glaube, diese Äußerungen sprechen in ihrem Zynismus für sich und bedürfen keiner Kommentierung. Nur eines vielleicht, Herr Roehmel: im Prinzip können wir alle ohne Segen der Kirche zusammenleben, nicht wie Bruder und Schwester vielleicht, aber wie Partner, zeugungsfähig hin oder her. Aber niemand gibt ihnen das Recht, das Sakrament dem, der es verlangt, zu verweigern, wirklich niemand, Herr Roehmel!

Ein Betroffener, der den Zeugungsnachweis nach langem Drängen und aus Verzweiflung doch „erledigte“, beschreibt die Szene so: „Eine blöde Situation, ich wäre fast ausgeflippt mit der ganzen Sache, weil das so frustrierend ist, ein Schock. Da wird man in einen Raum reingelegt – ich kann ja nur liegen – und dann habe ich den Test machen müssen. Der Arzt hat dann den Samen untersucht und festgestellt, daß ich Kinder zeugen kann.“

Gibt's da nicht in unserer Verfassung so einen Absatz, der was mit der Würde des Menschen zu tun hat? Aber davon kann das kanonische Recht wohl nichts wissen. Allerdings glaube ich mich entsinnen zu können, daß die katholische Kirche zum Thema Onanie auch eine bestimmte Einstellung hat? Und wie mag so ein Test wohl ablaufen, wenn der Behinderte nicht alleine kann? Ob der Pfarrer dann...?

Für solche Fragen und Probleme haben „Fachleute“ bereits vor Jahren ein „hochaktuelles“ Buch geschrieben, das nach Auskunft eines Verlagsprospektes „so allgemein verständlich geschrieben ist, daß es auch Behinderten empfohlen werden kann“(!).

Daß wir diesem kleinen Werk den vielleicht fremd anmutenden Titel gegeben haben, hat natürlich seinen Grund darin, den Behinderten einerseits als von Gott gezeichneten zu sehen, andererseits ihn in eine besondere gnädige Nähe Gottes zu bringen.

Aus „In der Stärke ist Kraft“, 1979.

Ein Beitrag dieses Buches (S. 41ff.) von dem katholischen Theologen Helmut Heiseler steht in einigen Ausführungen in einem krassen Gegensatz zum herrschenden Kirchenrecht: „Ehe von Körperbehinderten sollte der Normalfall sein und nicht als große Ausnahme angesehen werden. Denn wenn wir, und darin dürfte wohl inzwischen eine Diskussion unnötig sein, einem Körperbehinderten bestätigen, daß er ein vollwertiger und vollgütiger Mensch ist, dann muß es ebenso selbstverständlich sein, daß er eine Ehe schließt. – Das widerspricht auch in keiner Weise dem katholischen Eheverständnis...“. Vielleicht sollte der Herr Heiseler hier einmal eine Klärung mit seinen Vorgesetzten herbeiführen, bevor er wegen Verbreitung eines Irrglaubens exkommuniziert wird (als Heser verbrennen gilt ja heute nicht mehr).

Obwohl ich ansonsten das Buch beim besten Willen nicht empfehlen kann, möchte ich eine kleine Kostprobe nicht vorenthalten:

Eine Hauptaufgabe des Seelsorgers sei nach Meinung Heiselers ein „Behutsames Beraten“, „Ermutigen zu diesem Schritt“. Der Seelsorger solle „nicht aufdringlich erscheinen“ und nicht in die „Liebesgeschichte zweier Menschen hineinplatzen, das wirke abstoßend.“

Der Seelsorger soll „ein Gespräch und eine Untersuchung beim Facharzt arranieren“ und „sich Rückfragen beim Psychologen holen“ – „aber doch bitte den Ehewillen ernstnehmen“. Der Seelsorger sei „sozusagen Anwalt der Eheschließung“, da „Körperbehinderung und die Kinderlosigkeit, wenn sie eine notwendige Folge ist, ein Ehehindernis darstellt“, der „Anwalt“ könne nun bei den entsprechenden vorgesetzten Stellen und Behörden Informationen einholen und eine Dispens, wenn erforderlich, erwirken.

Übrigens: wußten sie, daß der nichtbehinderte Partner bei einer Eheschließung die Zustimmung seiner Eltern benötigt? (S. 417)



Zu guter Letzt haben wir ihn auch hier – den „Spezialseelsorger“! Herr Heiseler wirft die Frage auf, ob die Diözese solche Spezialisten ausbilden lassen und „für solche Fälle einsetzen soll, oder ob die Gemeindeseelsorger grundsätzlich und von Fall zu Fall jeweils mit dem nötigen Rüstzeug und den entsprechenden Hilfestellungen ausgestattet werden sollen.“ Solch ein Unsinn ist nicht einmal dem für seine Streiche berühmten Don Camillo eingefallen!

Zwei Betroffene haben den Mut gehabt, diesen Skandal an die Öffentlichkeit zu bringen. Damit haben sie ein perfides System der Unterdrückung, Entmündigung, Einschüchterung und Menschenverachtung offengelegt.

Nun leben Karl H. und Ingrid M. in einer eigenen Wohnung. In welcher schier hoffnungslosen Situation aber befinden sich Behinderte, die in sog. christlichen Heimen voll und ganz der Willkür ihrer christlichen Wächter ausgeliefert sind.

Claus Fussek

PS: Das Erzbischöfliche Ordinariat in München kann sich seit Bekanntwerden des „Falles“ vor Protestbriefen und Kirchenaustritten kaum retten. Wäre das nicht eine Idee?

Aus „Luftpumpe“, Zeitung zur Emmanzipation Behindeter und Nichtbehinderter, Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60

Rehabilitations-tage '83

Karlsruhe

4. — 7. Mai 1983

Eine der größten europäischen Fachausstellungen
für technische Rehabilitationshilfen
mit umfangreichem Seminarprogramm

Kostenlose Zusendung des Seminarprogramms durch



Borgmann, Postfach 748 · D - 4600 Dortmund

Menschen in Lagern und Ruinen

Zur Situation der Libanonhilfe – Ein Reisebericht

von Hans Branscheidt (*medico international*)

Hilft man den Flüchtlingen und Lagerleuten im Libanon, dann ist das gut. Hilft man Ihnen nicht, kann man sagen, es ist schlecht so. Das schlimmste aber ist, daß man sie zerrüttet.

Sinnlich konkret erfahren wir das zum erstenmal bei einem Gang durch den unteren Teil des Lagers Ain el Heloueh nahe der Stadt Saida im Südlichen Libanon. Eine junge Frau, erregt, verjagt die Kinder, die sich vor uns zum üblichen Gruppenbild aufgebaut haben, und brüllt uns an: „Verschwindet, haut ab, wir haben genug Fremde gesehen, wir wollen keine Fremden mehr.“

Innerlich hat man diesen Vertreibungsakt wohl längst herbeigesehnt, der man da als knipsender Voyeur und penibler Rechercheur des Elends ein Lager nach dem anderen durchläuft. Aber ungewohnt ist diese Begegnung schon, weil ansonsten die pure Willkommensbereitschaft dominiert.

Der Kern der Not entzieht sich der Erfassung durch die üblichen Methoden der Quantifizierung und selbst noch der tief beurteilten Berichterstattung über das maßlose Elend. Das findet seinen Ausdruck in jenen Ambivalenzen, die den fremden Hilfswilligen mal fatalistisch-freundlich begrüßen und ihn mal im Zorn verjagen – weil sie zwar Hilfe geben, wie sie es können oder nach Maß der von ihnen entdeckten Not wollen, aber keine Zukunft, sondern nur das Immergleiche.

Sie alle sind Objekte einer wohlmeinenden weltweiten Hilfsmaschinerie unterschiedlichster Art und Herkunft: UNO Institutionen bilden Krisenstäbe und Unterkommissionen und rasch wirksame arbeitenden Krisenstäbe vor Ort. Regierungen besinnen sich auf verfügbare Tonnen an nützlichem Material. Technische Hilfswerke aus dem Westen mit modernstem Gerät zeigen, was sie nur so können. In den Tageschauen sah man ansonsten eher todbringende Armeeflugzeuge, jetzt caritativ umfunktioniert, die nun pausenlos starten und landen, um Decken und Kleidung zu besorgen. Auch die beiden Leute aus der Westberliner „Scene“ sind mit „medizinisch umgerüstetem VW-Bus“ und ohne jede Ahnung von den sie erwartenden Bedingungen unterwegs, um fortan entschlossen ihre „Lebensperspektive mit der von jenen zu verbinden, die keine Heimat haben“. Ein Sammelsurium von zusammengeklaubten Medikamentenspenden im Gepäck, die nutzlos, uralt und oft genug gefährlich sind. Nachdem sie zuvor, wohl der drohenden Überladung des alternden Busses wegen, den Rest noch in der Heimat auf die dortigen Mülltonnen verteilt haben – wie auch in Frankfurt geschehen. In der zentralen Apotheke des Palästinensischen Roten Halbmondes in Damaskus sitzen dafür mehrere Leute wochenlang daran, die Millionen von kleinen und kleinsten Medikamentenpäckchen zu identifizieren, auszupacken, umzupacken, zu ka-



Menschen im Elendsviertel

Foto: medico

talogisieren und einzuordnen: mitten in einer akuten Notsituation.

Das Prinzip Zerrüttung

Das „Prinzip Zerrüttung“ ist genauer darzustellen. – Die Flüchtlinge des Libanon wurden systematisch daran gewöhnt, angeschlossen zu werden an die versorgenden Strüppen, Kanäle und Kanülen des westlichen Hilfstromes. Das war seit Jahren so und gilt nicht anders seit dem Juni 1982. Die Menschen der westlichen Länder ließen es sich was kosten, das Elend der Palästinenser und Libanesen zu sanieren. Geholfen hat das mit Gewißheit vielen, weitergebracht keinen. Der Zustand der Abhängigkeit und Angewiesenheit wurde zum zentralen Lebensobjekt des alltäglichen Verhaltens. Flucht und Vertreibung als reale Erfahrungen wurden ertränkt in der giftigen Süße einer allumfassend organisierten Versorgungssituation. Sponsored von den einen aus politischem Kalkül, von den andern aus Gründen des „schlechten Gewissens“.

In diesem Zusammenhang werden nicht nur die 60 000 Flüchtlinge in den Lagern um die südlibanesische Stadt Tyrus demnächst eine schlechte Erfahrung machen.

Die Ambulanzwagen einer ärztlichen Hilfsorganisation aus der BRD, die seit Monaten hilfeleidend die Baracken- und Ruinenstraßen durchfuhren, werden plötzlich einfach nicht mehr erscheinen. Fast alle großen Hilfsorganisationen haben jetzt ein von ihnen jeweils sorgfältig herausgefundenes Datum zum „Ende der Soforthilfe“ erklärt. Das heißt dann drastische Verdunstung der Stäbe und des Personals vor Ort. Der große Materialschlag, um den es ging, ist zu Ende. Technologisches Know-how und große Geräte werden abgezogen – und selbst wenn man sie zurückließe, bedienen könnte sie doch keiner mehr. Die gestapelten Zeltmassen, die von denen verbrannt wurden, die als Flüchtlinge sagten, sie hätten besseres verdient als Zelte, werden nun zur Endauflösung doch noch in aller Eile verteilt. Egal was ihr daraus macht. Längst sind neue Krisengebiete ausgemacht. Und zurück bleiben die hochbesetzten Hilfsobjekte von gestern,

die Menschen nämlich, bei denen erneut gewaltige Bedürfnisse und einige Passivitäten geweckt wurden. Die erste Impfung wurde noch verpaßt, deren notwendige zweite und dritte Fortsetzung jetzt dem Himmel zur Erledigung überlassen bleibt. Die Kinder, die eine gut funktionierende Prothese erhielten, werden in wenigen Monaten herausgewachsen sein und werden selber sehen müssen, was dann wird. Und die anstehende langwierige Behandlung des Phantomschmerzes eines Kriegsbeschädigten weiß nun auch so recht keine Hilfsadresse mehr. Die trefflich benau diagnostizierten akuten Schizophrenien, die bei so vielen Frauen am Ende des Krieges in Saida auftraten, karteimäßig gut erfaßt für die Rechenschaftsberichte der Helfer aus westlicher Welt, treten wieder ins Vergessen zurück. Die gut beschriebenen und typischen Elends-, Mangel- und Lagerkrankheiten: Wurmbefall des Stuhls, gefährliche Augenkrankheiten, Tuberkulose, dazu allerlei Infektionen und gastro-enteritische Störungen – sie alle erhalten erneut ihre große, verheerende Chance. Weil niemand da war und da bleibt, der daran gedacht hätte, daß es besser wäre, diese Probleme langfristig präventiv zu bekämpfen, als sie später erneut, nach der nächsten Katastrophe, mit

Hilfe von teurem Laborgerät wissenschaftlich genau zu untersuchen. Auch die psychologischen Tests und Untersuchungsreihen sind abgeschlossen und Gegenstand akademischer Betrachtung und enormer publizistischer Tätigkeit. Nun röhre bloß noch jemand an die Ursachen und ihre langwirkenden Folgen. Etwa notwendigerweise an die jenen Kinder und Jugendlichen, bei denen aufwendige Untersuchungen zu natürlich überhaupt nicht erstaunlichen, immerhin aber feststehenden Ergebnissen kamen: Kontaktarmut als herausragendes Merkmal, Symptome wie Fettleibigkeit, Heißhunger und Krankheiten wie Diabetes. Viele von den Untersuchten schreiben plötzlich spiegelverkehrt. Nicht selten trinken 12jährige noch aus der Babyflasche und wollen wohl innerlich nicht

zur Verfügung. Die Organisation des Palästinensischen Roten Halbmondes (PRC) ist zerschlagen und vertrieben, im Libanon eigentlich nicht mehr präsent. Aber es gibt sie dennoch. Der Eingang des Ghaza-Hospitals ist zwar von libanesischem Militär bewacht. Dennoch, man glaubt es kaum, im Foyer hängt groß und unübersehbar das Portrait des optimistisch dreinlachenden Yassir Arafat. Ein betriebsamer Platz mit viel „raus und rein“. Leute, immer noch vom PRC organisiert und bezahlt, schaffen einen riesigen medizinischen Kühlschrank ins Hospital, den zu beschaffen unter den herrschenden Bedingungen nicht einfach gewesen sein dürfte. Die Leistungsfähigkeit dieses Hospitals, eine der wichtigsten und vertrautesten Einrichtungen für die Menschen des Lagers Sabra, hat einige

wenn zu entscheiden ist, Schwerverletzte von ihrer Heimat aus zur Behandlung in die BRD zu bringen. Wobei es oft genug wiederum um „Projekt“ und „Prestige“ geht, ohne sich genauer um die Menschen, ihre Krankheiten und ihre Transportfähigkeit zu kümmern und um die Frage, ob diese nicht doch besser und billiger und vertrauter in den Einrichtungen ihrer umliegenden Region behandelt werden könnten. Was Geld ein spart, mit deren Hilfe an Ort und Stelle ganze Klinikeinrichtungen erbaut werden könnten. Ein Fehler, der genauso schwer wiegt wie die umgekehrte Tatsache, daß andere spezieller Behandlung Bedürftige nicht zu uns gebracht werden, weil es bei der Auswahl weniger um Kompetenz als um „Aktivitätskriterien“ geht.

Worum es gerade im Libanon geht: Um den Aufbau einer elementaren Gesundheitsversorgung für die arme Bevölkerung. Eine, die auch dann nicht wieder in sich zusammenfällt, wenn Hilfs- und Spenderkonjunkturen und politische Ereignisse den Blick auf andere Gegenden richten.

Medico international hat im Libanon Ansätze und Projektpartner für eine derart orientierte langfristige Aufbauarbeit an sozialmedizinischen Strukturen gefunden. Wir sind gewiß, diese Projekte und ihre Merkmale in nächster Zeit ausführlich beschreiben zu können. Global gesehen handelt es sich um folgende Verpflichtungen, die wir eingegangen sind: Soforthilfe für die ehemaligen Hospitäler des PRC Ghaza und Akka bei Sabra und Chatila. Unterstützung eines Frauengesundheitsprojektes an der Bir Zeit Universität in den palästinensischen Westbanks. Dazu die langfristige Projekthilfe für die libanesischen Hilfsorganisation AMEL, die sich wesentlich auf die armen Regionen von Beirut bezieht. In diesem Zusammenhang wiederholen wir unseren Aufruf, der von vielen Menschen unterzeichnet wurde:

„Wenn es gelingt, in möglichst kurzer Zeit, Organe und Strukturen der weitgehenden Selbsthilfe im Libanon zu entfalten, dann ist jede unserer Maßnahmen auch ein konkreter politischer Beitrag gegen jegliche Fremdbestimmung und gegen Annexionsgläubige gegenüber dem Libanon. Gerade auch aus diesen Gründen und in Anbetracht der großen Not der Bevölkerung bitten wir jetzt um die Fortsetzung und Weiterentwicklung der medizinischen Hilfe.“

Spenden unter dem Stichwort „Libanon/Palästina“ auf das Konto 1800 medico international bei der Stadtsparkasse Frankfurt.

Medico international stellt Dias, Faltblätter, Bilderausstellungen für weiteres Material für Veranstaltungen zur Verfügung.

Medico international
Hanauer Landstr. 147, 6000 Frankfurt
Telefon (0611) 490350



2 Verletzte (Mutter und Kind) in einem Notbett

Foto: medico

erwachsen werden. Bei ihnen wird konstatiert, sie seien gänzlich „ohne Motivation“ und stünden „der Zukunft völlig gleichgültig gegenüber“.

Viele leiden an „Verfolgungswahn“, der wohl so unrealistisch nicht gegeben ist. Eine „Gruppen-Paranoia“ sei gegeben, bei jedem „Gerücht über drohende Gefahren entstünden panikartige Reaktionen“. Viele hätten nun die Religion wieder entdeckt und die Drogen. „Ohne Drogen hätten wir nicht überlebt“, sagt ein 20jähriger Beirut. Und ohne westliche Caritas wohl genausowenig.

Menschen in Lagern und Ruinen

Es fehlt an den bisherigen umfassenden medizinischen Strukturen des Palästinensischen Roten Halbmondes. Der hatte stabil und kontinuierlich der gesamten armen Bevölkerung des Libanon, meist kostenlos, eine qualifizierte medizinische Hilfe dargeboten. Die nun nicht mehr präsent ist und deren Fehlen jetzt am krassesten auffällt, wo für die genannten medizinischen Hilfsorganisationen das Ende der Soforthilfe gekommen ist. Die lukrative, streng klassenmäßig an Reichtum gebundene libanesische Privatmedizin steht den Flüchtlingen und Obdachlosen auf gar keinen Fall

Einschränkungen erfahren müssen: aber es arbeitet zu 60 % wieder und erfährt einen beachtlichen Aufbau.

Der Langstreckenlauf der sozialmedizinischen Hilfe

Wie vermeidet man es, notwendige Hilfe als einen einzigen, unkoordinierten und vor allem perspektivlosen Materialschlag zu inszenieren; wann gibt es endlich ein Bewußtsein darüber, daß wahllos und lediglich nach Mengenkriterien gesammelte Medikamentenspenden durchweg kontraproduktiv wirken? Nicht nur der berüchtigten Verfallsdatum-Problematik wegen, sondern wo auch sonst oft unbrauchbares Zeug für teures Geld in eine chaotische Situation transportiert wird, wo niemand auf die Schnelle imstande ist, Millionen von Pillenpäckchen umzufüllen und mit schriftlichen Gebrauchsanweisungen in der Landessprache zu versehen? Wann endlich wird vermieden, für viel Geld oft sinnlose Apparate westlichen Zuschnitts abzuschicken, die Dank hoher Wartungskosten alsbald vor Ort vergammeln, und sich deshalb nur als vorzeigewerte Prestigeprojekte für die westlichen Spenderheimat eignen? Wo manch einem solidarisch Aufrufen das Röntgengerät, das er sich ausgedacht hat, einfach nicht groß genug sein kann? Wann geht es vernünftiger dabei zu,

Tödlicher Regen

Was vor kurzem noch als Panikmache abgetan wurde, ist heute bereits gesicherte Erkenntnis: Unrettbar an „unbekannter Komplexerkrankung“ stirbt der Wald europaweit. Wenn man vor diesem Hintergrund die Berichte über die „Bitterbürger Umwelt-Gespräche“ liest, erscheint das Scenario fast gespenstisch:

Umweltbeschützende Rechtsverordner diskutieren über die Jahrhundertaufgabe der Biologen, sie werden beraten von Wirtschafts- und Technikwissenschaftlern. Sie haben die Absicht, die Natur mit der Großtechnik zu versöhnen. Sie planen in Jahrzehnten, während Monaten jedoch verschärft sich das Waldsterben. Zypressen und Fichten werden braun, Pappeln und Weiden an den Wasserbächen verlieren unter der Einwirkung von Pilzen die Rinde. Biologische Sicherheit wie für den Baum an dem Wasserbach?

Neue, erlaubt hochgesetzte Belastungen sollen verordnet werden, und die Politiker befürchten den „biologischen Ast abzusägen, auf dem wir sitzen“, denn gleichzeitig wollen sie neben Kalkars Tritium-Brüter auch den erdgasverseuchenden Hochtemperatur-Reaktor (HTR) und den Kärlich-Reaktor im Koblenzer Nebel-Becken genehmigen. Die geplagte Natur versöhnen mit den Giftspritzern für Wurzel- und Blattwerk?

Ein Jahrhundertwitz, fürwahr, eine Spezialaufgabe für Überzeugungskünstler, die uns bald alle teuer zu stehen kommt. Denn das Wasser, das sie den Flüssen entnehmen, durch Strahlungsprozesse erhitzten und verdampfen und anschließend, chemisch zusätzbelastet, vermischt und verdünnt in die Flüsse, die Wolken, den Regen, die Felder, Wälder und Flure verteilen, dieses „Reaktor-Wässerchen“ ist keinesfalls dasselbe wie Trinkwasser. Die Praxis heißt: „Versorgen durch Verdünnen“, und kommt den Schwierigkeiten nahe, die mancher hat beim Vertuschen, beim Verstecken und ähnlichen Handlungen.

Nimmt man nur zum Beispiel die errechneten und nur aus Stichproben und Mischproben hochgeschätzten Abgaben eines Giftstrahlers, der aus dem Wasser nach einmaliger Einleitung nirgends wieder entfernt werden kann, zum Beispiel den radioaktiven überschweren Wasserstoff Tritium. Da wird von der Annahme ausgegangen,

dass unmittelbare, weltweite, gleichmäßige Verteilung erfolgt sei, und zwar nur der Werte, die vollständig deklariert wurden vor der Abgabe. Und diese Mengen führen dann bei allen (auf 70 kg Standardgewicht angesetzten) Weltbürgern bei Standardkost und Einheitsmengen zur statistisch als vertretbar erachteten Durchschnittsbelastung, die natürlich weit unter der früher erlebten (Bomben-Fallout) und also gesetzlich zu erlaubenden Dosis der kerntechnisch notwendigen Belastung liegt.

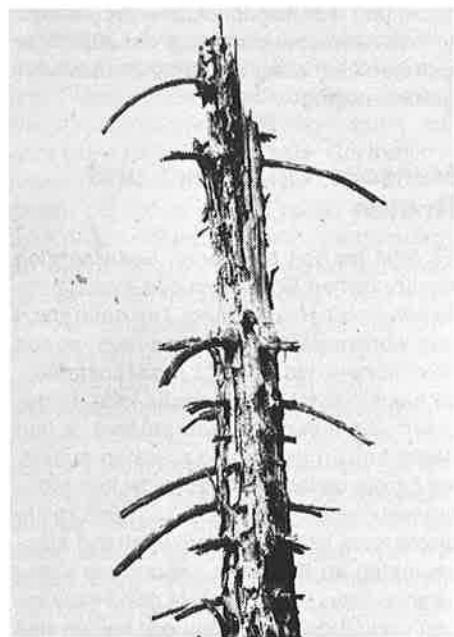
Doch die zur Vereinfachung der Berechnung erfolgten Annahmen verkürzen die Realität. Schon Säuglinge und Kleinkinder halten sich nicht an die Quanitäten. Und bei der Belastung von Embryonen kommt man vom Raten ins Hoffen. Bei der Komplexerkrankung der Bäume tastet man zugegebenermaßen im dunkeln, und bei den Tierarten der Aussterbeliste ist selbst Forschung und Lehre rat- und hoffnungslos. Weiß man wirklich genug über die biologischen Dauerfolgen der „schwach-radioaktiven Abwässer“ mit ihren, nur als Wärmeeinheiten deklarierten, Strahlungseffekten auf biologische Einheiten? Die Natur mit den ihr zugeschriebenen Unmengen an neuer Belastung mit strahlender Salpetersäure (La Hague's Auflöser), dem Cadmium aus Neutronenbrennstäben und Jodfiltern, und den Blei-Thallium-Quecksilber-Folgestrahlern aus allen kerntechnischen Anstalten versöhnen zu wollen, dies ist wahrhaftig eine arge Zumutung.

Denn diese gepflanzten, stimmlosen Gequälten, sie müssen die Unmengen der vorbeiziehenden Schadstoffe verarbeiten, durch Atmung umsetzen, einbauen und mit den für sie ungesunden Anhäufungen von „legitimierten“ Abgaben der „Edel-Energie-Produktgase“, dem Tritium (H-3) und Radiokohlenstoff (C-14) sowie den radioaktiven Ozon-Bildnern in Form von Edelgasen und sonstigen Strahlern leben, die über die hohen Abluft- und Kühlurmenschwaden verteilt werden. Kein Baum wird dabei „kerngesund“ bleiben können, da seine Biomasse unbemerkt verändert wird; Flechten finden vermehrt, was sie brauchen (und was wir noch nicht kennen). Pilze finden ihre Lebensbedingungen verbessert und tun ihre angestammte Aufgabe beim Prüfen der Abwehrkräfte und beim Zerlegen der Geschwächten. Ihre Gifte verhelfen den wachsenden Spitzen zu „sensationellen Erfindungen“. Schließ-

lich werden allen Rändern und Spitzen aller Pflanzen durch die bislang „vergessenen“ Auswirkungen der elektrostatischen Feldwirkungen der Kühl- und Abgaschwaden (sie können immerhin in der Größenordnung von Gewittern und Blitzen liegen, laut EdF-Cattenom-Gutachten!) Wasser und Ladungen entzogen wie sonst nur bei Verbrennungsvorgängen. Daher also die unbekannten Ozonbildner, das bleichende Regenwasser mit Wasserstoffsuperoxyd-Gehalt, in dem gelöstes Schwefeldioxyd sofort zur 100 000mal saureren Schwefelsäure verändert wird!

Und wenn man weiter Aufträge gibt, Wachstum befiehlt und die „notwendigen“ Belastungen als biologisch verträglich deklarieren lässt durch die Industriexperten, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß die Natur die Experten Lügen strafft und ihre Advokaten im Stich lässt. Sie stirbt zeichenhaft, zuerst die Bäume, weil wir den Regen vergifteten, dann die Tiere, weil die Quellen und Bäche verseucht sind, dann die Menschen, die geflissenlich übersauen, die Nachfeuchte- und Nebelabgaben mitzuberechnen. Wenn wir die Quellen der giftigen Reaktionsvermittler (Katalysatoren) nicht bald verstopfen, wird auch ein Umdenken, ein Versöhnen mit der Natur nichts mehr fruchten. Es ist höchste Zeit im Haus der Welt sich zu besinnen.

**Dr. Klaus-J. Seelig
5521 Biersdorf/Südeifel**



Geld contra Freizeit und Arbeitsplätze

Seit dem 1. 1. 1983 ist die ARD-Regelung in Kraft

Bereits im Dezember 1982 hat der Caritasverband dem öffentlichen Dienst in der Neuregelung der Bereitschaftsdienste nachgezogen. In Abänderung der AVR sind ab dem 1. 1. 1983 folgende Regelungen in Kraft (Beschluß u. Begründung s. DOKU-Teil S. V).

- Bereitschaftsdienste dürfen nicht mehr als 7 mal/Monat angeordnet werden,
- Rufdienste maximal 15 mal/Monat
- Bei Stufe C u. D darf am Wochenende nicht mehr zusammenhängend Dienst gemacht werden,
- Nach einem Arbeitstag von mindestens 7,5 Std. und Bereitschaftsdienst (in Stufe C u. D) von mindestens 12 Stunden, müssen 8 Stunden Pause gemacht werden.

Natürlich steht hinter jeder Verordnung der Satz, daß dies nur gilt, wenn die Patientenversorgung nicht gefährdet ist. Mit dieser Regelung fällt die Caritas bezüglich der Zahl der Nachtdienste hinter das BAT zurück. Richtigerweise geht sie aber davon aus, daß Bereitschaftsdienste der Stunden C u. D (d.h. mindestens 40% bzw.

50% Inanspruchnahme) so aufreibend sind, daß man danach eine Ruhepause braucht, und schreibt diese deshalb (entgegen dem BAT) zwingend vor. Nicht ganz uneigennützig versteht sich. Denn nur so kann mit festen Einsparbeträgen durch den Freizeitausgleich gerechnet werden, mit denen sich dann die zusätzliche Stelle zuverlässig bezahlen läßt – soweit sie von der Ärzteschaft gefordert und erkämpft wird. Daß das längst nicht überall so läuft, beschreibt beispielhaft der Erfahrungsbericht einer Kollegin.

Am 1. Februar wußten die meisten Assistenten noch immer nichts von der neuen Bereitschaftsdienstregelung, die ab 1. Januar bereits in Kraft ist. Auch der ärztliche Leiter wußte von nichts, die Verwaltung gibt sich immer noch geheimnisvoll. Lediglich in der kleinsten Abteilung wo die meisten Dienste geschoben werden müssen, hat der Chef die Informationen Mitte Januar erhalten und mit den übrigen Ärzten besprochen. Verschiedene Modelle der Nachdienstregelung wurden ausgelotet, eine zusätzliche Stelle angefordert – und wird voraussichtlich auch gebilligt. Wir waren uns einig: der Freizeitausgleich teilweise für unsere Bereitschaftsdienste der Stufe C bedeutet mindestens 500 DM weniger für jeden von uns. Aber unsere Freizeit ist uns das Wert. Wir verdienen auch so noch überdurchschnittlich gut und können mit mehr Spaß und Ruhe bei der Arbeit sein. Es wird Umstellungsschwierigkeiten bei der neuen Nachdienstregelung geben, eventuell werden wir sogar noch eine zweite zusätzliche Stelle einfordern müssen. Bei allem, was ich sonst gehört



Aktion der Gewerkschaft ÖTV zu Sparbeschlüssen im Gesundheitswesen

Foto: Manfred Scholz

und erlebt habe muß ich sagen, wir hatten Glück, daß wir einig waren!

In den größeren Abteilungen, in denen relativ weniger Dienste anfallen, ist die Meinung gespalten. Auch die Gegner jeder Neuregelung wissen genau, daß am Morgen nach einem Nachdienst nichts mehr richtig läuft – selbst wenn man nur 3mal kurz raus mußte: Für den „Tropf“ muß man zweimal stechen, der Umgangston wird immer gereizter die Visite kurz und unwillig, im OP sacken die Beine weg und bei der Fortbildung klappen peinlich aber unverderstehlich die Liddeckel runter. Und trotzdem . . . Ein Argument steht immer vorne: „die Patientenversorgung ist nicht mehr optimal“. Entsprechende Chefs pflegen noch Sätze anzufügen, die mit Regelmäßigkeit so beginnen: „Als wir früher noch . . .“ Im Nu beginnt die Diskussion. Nicht mehr um neue Stellen und dazugewonnen Freizeit, sondern um „Schlichen“ und „Tricks“, wie die Neuregelung zu umgehen sei. Da ordnet der Chef des benachbarten Krankenhauses – mit Zustimmung seiner Assistenten – an, daß der Diensthabende, bevor er abends seinen Dienst beginnt, mittags um 15.00 Uhr nach Hause zu gehen habe, bzw. seinen freien Nachmittag nehmen muß. In einem anderen Hause werden morgens Scheine ausgeteilt, mit denen der Vorgesetzte bestätigt, daß ohne den unersetzlichen Doktor die Patientenversorgung nicht gewährleistet wäre. An dritter Stelle wird die Regelung nach „bestem Wissen“ ignoriert. In der Tat wissen die Assistenten am besten, daß sie aufs Abstellgleis geschoben werden (d.h. keine OP's mehr, keine Funktionsdiagnostik mehr, Abschiebestation), wenn sie sich trauen, nach durchwachter Nacht nach Hause zu gehen.

Andere Gründe für den Zwiespalt der Assistenten werden höchstens im kleinen Kreise gelüftet. Der eine hat gerade gebaut – nicht gerade eine Hütte – ; der „Benz“ ist auch noch nicht abbezahlt. Der nächste sieht seine „Safari“ in Gefahr. Nach dem letzten Wochenende im Haus (= 56 Std.) hat er sich vor lauter Frust im Jagdgeschäft ein neues Gewehr gekauft und im Reisebüro zur Großwildjagd angemeldet. Am Mittwoch ist er aber schon wieder dran: 32 Stunden! Jeder hat „seine Gründe“. Sei es die anspruchsvolle Ehefrau oder die Kinder, die ins Internat sollen. Vor allem die Männer sind es, die so argumentieren – als ob Freizeit für sie eine Last wäre. Und wo bleibt der Status? . . . Karrieregründe kommen: Wenn wir noch mehr Assis' werden, komme ich ja mit meinem OP-Plan nie dran – muß ich ja noch länger warten bis ich zum Gastrokopieren komme. Zu lange ist es her, daß man sich über den Numerus Clausus geärgert hat, jetzt, wo man „drin“ ist, ist jeder Studienplatz zuviel; die, die keine Stelle kriegen, sind es selber Schuld, die machen eben was falsch bei den Bewerbungen, setzen sich nicht richtig ein, machen „schlechte Figur“.

Zum Glück sind solche Meinungen nicht die Regel, aber sie sind auch beileibe keine Ausnahme. Es fällt mir schon manchmal verdammt schwer, mit denen darüber zu reden. Nicht, weil ich mich überzeugen ließe; aber ich habe das Gefühl, daß nach solchen Diskussionen immer was im Raum hängen bleibt: Wer nicht seine 80-Stunden-Woche durchhält, hätte einen anderen Beruf wählen sollen, ist eigentlich nicht geeignet (berufen?), wird es zu nichts bringen, und wer für seine Rechte kämpft, ist eigentlich nur faul!

Ulrike Roth

FILME FÜR

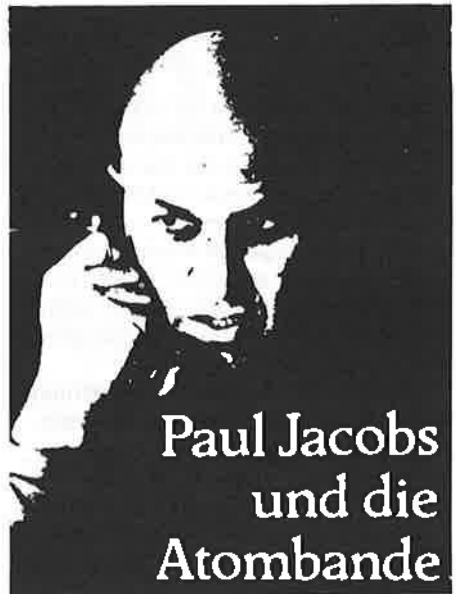
Regie: Jack Willis/Saul Landau
USA, 1979; 16 mm, Farbe, Lichtton, 60 Min.

„Paul Jacobs ist ein amerikanischer Journalist, der seit 20 Jahren über die Folgen der Strahlenbelastung durch die Atomwaffentests in der Wüste von Nevada auf die teilnehmenden Soldaten und die im Umkreis wohnende Zivilbevölkerung recherchierte. Er wurde von dem Nobelpreisträger Linus Pauling darauf hingewiesen, daß das Problem der Niedrigstrahlenbelastung eine unmerklich tickende Zeitbombe für die Menschen des „Atomzeitalters“ darstellt. Paul Jacobs starb 1978 an Krebs, ehe sein Film fertig wurde. Er hatte sich an einem „hot spot“ (einem extrem radioaktiv verunreinigten Fleck) vergiftet.“

„Paul Jacobs sucht Menschen in der Wüste auf, die über mehrere Jahre dem „fall out“ der radioaktiven Wolken des Atomtests ausgesetzt wurden. Sie sind von Blutkrebs gekennzeichnet und sterben noch, ehe der Film fertiggestellt wurde. . . Die verantwortlichen Stellen des Pentagon oder der Gesundheitsbehörden leugnen die krebsauslösende Wirkung der Niedrigstrahlenbelastung heute noch; gleichzeitig verhindern sie wissenschaftliche Langzeitstudien.“

„Dieser Film läßt keine Neutralität des Zuschauers zu. Der Intendant des schwedischen Fernsehens wußte, wovon er sprach, als er den Film mit der Begründung absetzte, daß es zu diesem Film keinen „Gegentitel“ gäbe, der seine Wirkung neutralisieren könnte“ (Umweltmagazin).

Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G.
Alfonssstraße 1, 8000 München 19, Tel. (089) 181097



**Paul Jacobs
und die
Atombande**

The Atomic Cafe



Arsenal-Film-Verleih, Postfach 2163
7400 Tübingen, Tel. (07071) 211073

Produktion/Regie: Pierce u. Kevin Rafferty, Jane Loader
USA 1982; 16 mm, Lichtton, O. m. U., 88 Min.

Jetzt kommt ein Film in unsere Kinos, der mit akribisch zusammengetragenem Material die amerikanische Atompropaganda der 50er Jahre „hochnimmt“. Dabei wird auf jeden zusätzlichen Kommentar verzichtet. Die im Originalton ablaufenden Bilder sagen alles: So sieht man Zivilschutzübungen; Kinder, die sich unter Schulbänken in Sicherheit bringen; stolze Erwachsene vor ihrem neuen Privatbunker; eine Familie, die zeigt, wie man sich mit einer Decke vor den Atomstrahlen schützen kann. Aber keiner ist in der Lage, sich die grauenhafte Wirkung der Bombe wirklich vorzustellen. Die Naivität ist ungeheuerlich. Erschreckend auch eine Szene mit verbrannten Schweinen, die in einem Testgebiet ausgesetzt worden waren, um die Auswirkungen der Explosion zu demonstrieren. Die nächste Sequenz zeigt, wie im selben Testgebiet Soldaten als Versuchskaninchen ausgesetzt werden. Es ist bekannt, daß die meisten dieser Männer später an Leukämie (Blutkrebs) starben.

Unterhakt wird diese Collage von Propagandastreifen durch ein Potpourri bekannter Songs aus dieser Zeit wie „Atomic Love“ oder „Atom Bomb Baby“.

Den Regisseuren gelang die Verwirklichung ihrer Absicht, „einen Film zu machen, der gleichzeitig komisch und erschreckend ist“. Atemlose Spannung und ein den Wahnsinn der Szenerie begleitender Witz machen diese Atombombensatire zu einem „Bombenfilm“.

Regie: Detlef Langer, BRD 1982, 16 mm, 53 Min.

„Ein Filmemacher aus Hamburg-Altona sorgt sich . . . um die Zukunft. Die Angst vor einem Atomkrieg steckt ihm in den Knochen. Da systematisch gerüstet wird, geht er davon aus, daß für den Schutz der Zivilbevölkerung auch Sorge getragen wird. . . Er macht sich auf die Suche nach Möglichkeiten, für sich und seine Familie einen Atomkrieg zu überstehen. . . Er erkundigt sich bei den Behörden, nimmt an einem Selbstschutzbereich teil. Um es vorweg zu sagen, es sieht schlecht aus. Und doch, die Szenen, die Detlef Langer in seinem Film gedreht hat, gehen ans Mark.“ (Elke Nicolini)

„So entsteht aus vielen einzelnen Bildern und Worten ein beklemmender Eindruck. Der Film macht den Zuschauer neugierig, den alltäglichen Kriegsvorbereitungen nachzuspüren. Auch deren Absurdität wird deutlich in einem Gespräch mit dem Zivilschutzexperten Prof. Linden, der sagt: „(In einem möglichen Krieg) können weder Evakuierung noch Bunkerbau, noch ärztliche Hilfe die Zivilbevölkerung retten.“ (taz, Hamburg)

entral film verleih, Filmhaus, Friedensallee 7
2000 Hamburg 50, Tel. (040) 391316

P.S.

Der Verleih sucht dringend Mäzene (Organisationen oder so), die sich bereitfinden könnten, die Vorfinanzierung einer weiteren Kopie zu übernehmen, damit ein breiterer Einsatz möglich wird!



DEN FRIEDEN

„Von der Bedrohung durch die nuklearen Waffen gebannt, glaubt man meist, daß die chemischen Massenvernichtungsmittel nicht so aktuell, nicht in ähnlicher Größenordnung gefährlich seien, sie sind es aber.“

„Für die Zivilbevölkerung wird es niemals einen auch nur halbwegs zureichenden Schutz gegen diese Waffen geben können.“
(Prof. Dosch)

Professor Dosch weiß, wovon er spricht. In Peter Kleinerts Film berichtet der Wissenschaftler, daß er noch vor Jahren „die Illusion“ hatte, mit der Entwicklung eines Entgiftungsmittels für C-Kampfstoff-Vergiftete zur Sicherheit der Menschen beigetragen zu haben. Inzwischen hat er sich rückhaltlos auf die Seite der Friedensbewegung gestellt und fordert von seinen Wissenschaftskollegen das gleiche, zumindest aber bittet er sie, soweit sie Kriegsforschung betreiben,

„...ganz dringend und herzlich, damit aufzuhören. Aber das genügt nicht. Es ist notwendig, daß diese Leute kontrolliert werden und daß die Menschen aufstehen, damit endlich Schluß ist mit diesen Massenvernichtungsmitteln.“

Genau dieses Ziel verfolgen die beiden auf einer Video-Kassette vereinigten Filme über eine der heimtückischsten Waffen, die Menschen je erfunden haben.

Karl-Heinz Walloch, Filmemacher aus Hamburg, nimmt in seinem Film *DER LAUTLOSE TOD* den Stolzenberg-Skandal von 1979 zum Anlaß. Damals verunglückte ein zwölfjähriger Junge aus Hamburg beim Spielen tödlich, zwei Spielgefährten wurden schwer verletzt. Sie hatten hochexplosive, heimlich auf dem Stolzenberg-Firmengelände verscharrende Kampfstoffe gefunden und mit nach Hause genommen.

Kampfstofflager der US-Armee. Dies ist das Thema des Films *DER WÜRGENDE TOD* von Peter Kleinert und dem KAOS Film- und Video-Team Köln. In einem Beitrag des Fernsehmagazins „Monitor“ wies die Gruppe am 17. August 1982 nach, daß im US-Depot Fischbach bei Pirmasens bis zu 10000 Tonnen Sarin- und VX-Nervengas lagern.

DER WÜRGENDE TOD bringt weiteres, in „Monitor“ nicht veröffentlichtes Material: Auch in Fischbach muß es beim Abfüllen der hochgiftigen Kampfstoffe zu einem Unfall gekommen sein. In einem nahegelegenen Fischweiher, der mit Oberflächenwasser aus dem Waldgebiet des Depots gespeist wird, starben zum gleichen Zeitpunkt, als Amateurfotografen heimlich Indizien für einen Unfall im Depot fotografierten, sämtliche Fische auf einen Schlag.

Der Film beweist durch die heimlich gefilmte vorläufige Festnahme des Kamerateams und eines Landtagsabgeordneten während eines Interviews vor dem Depot, daß die US-Regierung die BRD auch heute noch als besetztes Land ansieht und behandelt. Er beweist aber auch am Beispiel des gerade entstandenen deutsch-französischen Komitees gegen Giftgas und Atomraketen und des rheinland-pfälzischen DGB-Vorsitzenden Julius Lehlbach, daß immer mehr Menschen auch in unserem Land aufstehen – AUFSTEHN FÜR DEN FRIEDEN!



Der lautlose Tod/Der würgende Tod

Regie: Karl-Heinz Walloch/Peter Kleinert, BRD 1982; Video

Beide Filme auf einer Video-Kassette (VHS, Video 2000, Betamax), zu erhalten bei der

AUF Arbeit und Film GmbH
Wielandstraße 59, 6000 Frankfurt 1, Tel. (0611) 59 89 38

Grundausbildung in der Charlie-Kompanie, Fort Georgia, USA 1981. Regie: Joan Churchill/Nick Bromfield. USA 1981; 16 mm, Farbe, Lichtton, O.m.U., 87 Min.

„*Soldier Girls*“ schildert die Grundausbildung einer Frauengruppe in der amerikanischen Armee. Nicolas Broomfield und Joan Churchill haben mit Erlaubnis des Pentagon drei Monate lang täglich gefilmt und das Vertrauen der Frauen und der Ausbilder gewonnen. Was das Filmteam ans Licht der Öffentlichkeit bringt, ist mehr als erschreckend. Kein Wunder, daß das Pentagon von dem Film nichts mehr wissen will. „*Soldier Girls*“ ist ein Film zum Gruseln – für den Frieden“. (zitty)

„*Soldatinnenalltag*. Und sie sind alle freiwillig dort. Viele – besonders die Farbigen – versprechen sich soziale Aufstiegschancen. Doch der Preis ist hoch. Zu hoch eigentlich. Die „Schule der Nation“ muß ihre Absolventinnen brechen, um sie zu erziehen – und ist in der Wahl der Mittel nicht gerade zimperlich. „*Soldier Girls*“ in die Bundeswehr? Der Film ist auch ein wichtiger Beitrag zu dieser immer noch anhaltenden Diskussion.“ (tip)

„Daß sich auch Frauen, wie von Broomfield und Churchill mehrfach dokumentiert, zu ungehemmten Unmenschlichkeiten hinreißen lassen, widerlegt im übrigen recht plastisch die mancherorts vehement vertretende These, es bedürfe nur einer globalen Einführung des Matriarchats, um überall auf Erden in Frieden leben zu können“. (epd)

„Film des Monats“ (Jury der Evangelischen Filmarbeit)

Soldier Girls



Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G.
Alfonstraße 1, 8000 München 19, Tel. (089) 181097

buch Kritik buch

Wegweiser medizinische Katastrophenhilfe

Schwerpunkte ärztlicher Hilfe bei Großunfällen und zivilen Katastrophen
Handbuch für den Katastrophenschutz
Hrsg.: Ärztekammer Niedersachsen, Schlütersche Verlagsanstalt
270 Seiten, DM 40,80

Die Ärztekammer Niedersachsen hat nun vorgesorgt: auf den 270 Seiten des von ihr herausgegebenen Buches „Wegweiser medizinische Katastrophenhilfe“ ist an alles gedacht. Wenn jedermann die darin festgelegten Pflichten erfüllt, können wir der nächsten Katastrophe beruhigt entgegensehen.

Von besonderer Wichtigkeit sind für eine mit deutscher Gründlichkeit geplante Katastrophe immer die Kompetenzen. Gustav Osterwald, Präsident der Landesärztekammer und Vizepräsident der Bundesärztekammer, erläutert die im Einleitungskapitel, wobei auch mehrere grafische Darstellungen anschaulich machen, wer wem zu befehlen und zu gehorchen hat.



Der Führungsgrundsatz ist jedenfalls ganz klar: in die Führung gehören immer nur „möglichst wenige, entscheidungsgewohnte Personen“.

In dieses System sind nicht nur die Krankenhäuser, das Rote Kreuz, die Arbeitersamariter, die Johanniter, der Bundesgrenzschutz, die Bundeswehr und weitere Institutionen einbezogen, sondern auch alle einzelnen Arztpraxen, denen jeweils eine bestimmte Funktion zugewiesen wird. Die Einsatzpläne erfassen alle Arzthelferinnen, aber auch die ehemaligen Arzthelferinnen, die für den Katastrophenfall zu reaktivieren sind. Damit die Katastrophenbereitschaft nicht erlahmt, sind „habjährige Aktualitätskontrollen“ vorgesehen. Dienstanweisungen für das Krankenhauspersonal regeln vorsorglich, an welchem Sammelpunkt sich jeder einzelne nach Alarmierung einzufinden hat.

Osterwald und seine Mitarbeiter geben Hinweise auf die Rechtsgrundlagen, darunter die gesetzlichen Bestimmungen für den Schutz-

raumbau und für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Sie zählen auf, welche medizinischen Folgen bei verschiedenen Arten von Katastrophen eintreten.

Und sie stellen klare Verhaltensregeln für den Katastrophenfall auf: Evakuierung stationärer Patienten vor Aufnahme der Katastrophenopfer, Sperrung der Klinikeingänge, Sperrung der Telefone für Anrufe von Außen und so weiter.

Die Benutzer des in einer Startausgabe von 130 000 Exemplaren erschienenen Handbuches werden nicht zuletzt für den warnenden Hinweis auf denkbare Komplikationen im Katastrophenfall dankbar sein, etwa auf Leichenfledderei, die „bei kriegerischen Auseinandersetzungen einen größeren Umfang annimmt“.

Ausführlich wird die „Triage“ erläutert, an der den Autoren besonders gelegen ist. Dieses französische Wort wurde gewählt, um etwas zu bezeichnen, was in jeder Übersetzung beunruhigend wirkt: Das Sortieren von Verletzten je nach Schwere der Verletzung oder, wie es Osterwald bei der Vorstellung des Buches vor Journalisten dann doch deutlich nannte, das Selektieren.

In den Krankenhäusern soll je ein Triageraum („groß“) eingerichtet werden, im Anschluß daran die Schock- und Notversorgungsräume, des weiteren der Überwachungsraum für Sterbende und der Identifikationsraum für Verstorbene („groß genug bemessen“).

Der jeweils erfahrenste Chirurg soll nicht operieren, sondern als Chef des Triage-teams selektieren.

Zu den Teams, die vorsorglich zu bilden sind, gehört auch eine „mobile neurochirurgische Einsatzgruppe“, mit der sich das Handbuch in einem eigenen Kapitel befaßt. Ein weiteres Kapitel gilt der Katastrophenhygiene; darin finden sich in einzelnen Abschnitten genaue Anleitungen, wie man mit Kleiderläusen, Kopfläusen, Filzläusen, Bettwanzen und Kräzmilben umzugehen hat. Im Zentrum des Buches aber steht die Katastrophenpsychiatrie. Für dieses Kapitel ist der Hamburger Neurologe Rudolf Brickenstein verantwortlich. Im Dienste psychiatischer Katastrophenversorgung betrachtet er es als seine Aufgabe, nicht nur Ärzte, Rettungsdienste, Polizei und Verwaltung, sondern an erster Stelle „alle Führungskräfte der Wirtschaft über Ursachen und Art menschlicher Fehlverhaltensweisen in bedrohlichen Situationen zu informieren und Vorsorgevorschläge zu unterbreiten“.

Brickenstein empfiehlt für den Krisenfall unter anderem: „Verhinderung von Diskussionen“, „sofortige rücksichtslose Ablösung nervöser, durchsetzungsschwacher Führungskräfte (auch prominenter)“ und „Eliminierung von Keimzellen einer Panik (Isolierung erkannter Panikpersonen, Verbringung in separate ärztliche Behandlung)“. Solche Rezepte schöpft der Autor aus jahrzehntelanger Expertentätigkeit als Wehrpsychiater, der es 1964 einmal als eine Aufgabe der Wehrpsychiatrie beschrieb, „sich mit der Waffenwirkung auf die Psyche des Soldaten und zivilen Bürgers auseinanderzusetzen, soweit es dadurch zu seelischen Störungen kommt, deren Krankheitswert in einer psychi-

schen Dekompensation liegt, die die Kampfkraft des Soldaten beeinträchtigt und die Ordnung des Staates gefährdet“.

Die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie, die sich in der September-Ausgabe ihres „Rundbriefes“ mit diesem Experten auseinandersetzt, erhebt gegen seine Paniktheorie den Vorwurf, brutale Formen staatlicher Gewalt, darunter die Vorbeugehaft, zu legitimieren und den Atomkrieg denkbarer zu machen.

Eckart Spoo (Hannover)

Gekürzte Fassung aus:
Frankfurter Rundschau vom 14. 10. 1982

Militärdienst für Frauen?

Astrid Albrecht-Heide, Utemaria Bujewski
Campus-Verlag, 184 Seiten, 28,-DM

Die Autorinnen haben sich die Beantwortung folgender Fragen zur Aufgabe gemacht:

- Schließt Gleichberechtigung für Frauen einen Waffendienst mit ein?
- Können Frauen das Militär von innen verändern?
- Was bedeutet die Entwicklung einer geschlechtsneutralen Tötungsmoral durch die neueste Waffentechnologie für Frauen innerhalb und außerhalb des Militärs?

Das Buch ist nicht wie ein Roman herunterzulegen; doch es ist ja auch eine Forschungsarbeit. Zunächst erhält man einen guten historischen Überblick über militärischen Einsatz von Frauen, belegt mit zahlreichen Dokumenten. Es wird aufgezeigt, daß Frauen als Reservearmee, als Lückenbüßer (Pillenknick), als billige Arbeitskräfte gelten. Auch im Militär gibt es keine Gleichberechtigung – von Frauen werden höhere Qualifikationen verlangt bzw. untergeordnete Berufe ausgeübt. Es folgt u.a. ein Exkurs über die besondere Situation der Soldatenfrauen.

Und immer klingt die stark kontroverse öffentliche Diskussion durch, z.B. von Esther Vilar,



Alice Schwarzer, den Parteien, Gewerkschaften, Friedensinitiativen usw.

Die Autorinnen kommen in ihrer Arbeit zu dem Ergebnis, daß Frauen nicht das Militär verändern können, daß sogar im Gegenteil eine zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft stattfindet. Die Frauen würden ihrer Selbstbestimmung beraubt, die militärische Sozialisation und Verhaltensweisen sind stärker (Gewalt, Macht, Brutalität, Sprache, Sexualität...). Letztere Aussage wird anhand zahlreicher, z.T. amerikanischer Studien belegt.

Astrid Albrecht-Heide und Utemaria Bujewski gehen noch auf den immer abstrakter werdenden Tötungsvorgang ein, der den Frauen als den Gebärenden nicht zugemutet wird. Doch heute ist der Gegner nicht mehr identifizierbar, ein Knopfdruck genügt – diese Tatsache birgt noch viele ungeahnte Möglichkeiten! Und da sollen auch Frauen mit einbezogen werden (Triage...).

In ihrem abschließenden Statement sprechen sich die beiden Autorinnen für eine friedenspolitische Arbeit aus.

Dieses Buch finde ich sehr informativ und halte es für eine gute Argumentationsgrundlage in der Diskussion um den Wehrdienst für Frauen.

Ulta Funke

„Das Grauen ist vorprogrammiert“

– Psychiatrie zwischen Faschismus und Atomkrieg –

Autor: Hans-Ludwig Siemen
Fokus-Verlag, 1982, 248 Seiten,
Preis DM 19,80

Um es kurz zu machen, das beste Buch über die Geschichte der Psychiatrie, das ich je gelesen habe. Das 20. Jahrhundert der Psychiatrie – ein Blick in ein Archiv des Grauens. Das Buch ist packend geschrieben und trotzdem manchmal wie ein Alptraum. Ich habe es ohne Pause bis zur letzten Zeile gelesen. Das Beklemmenste: Leider keine Historie, sondern das schlimme Gefühl, daß die letzten Seiten dieses Buches über die Verbrechen von Psychiatern in diesem Jahrhundert noch nicht geschrieben sind; daß man gerade im Bereich der Wehrpsychiatrie auf dem besten Wege ist, neue Untaten vorzubereiten.

Der Autor Hans-Ludwig Siemen hat eine Unmenge von Dokumenten zusammengetragen. Dabei sind die allgemeinen Abhandlungen nicht langweilig. Die Individualschicksale sind nicht moralisierend erzählt. Der Blick wird nicht auf Unvorstellbares oder Unerdenkbares gelenkt, sondern auf den kurzen Weg zwischen „wertfreier Wissenschaft“ und Verbrechen; zwischen Ehrgeiz und Mithilfe am Völkermord. Es war nicht die Erfindung neuer Scheußlichkeiten, sondern die rücksichtslose Anwendung vor 1933 bereits von der bürgerlichen Psychiatrie selbst sanktionierte und propagierte Methoden, die zig-tausenden von Gesunden und Kranken in der Psychiatrie des Hitlerfaschismus das Leben kostete. Wo das Kriegsende – zumindest zeitweise – an vielen Stellen eine Zäsur setzte; wo Verantwortliche ausgetauscht in der BRD hin und wieder gar verurteilt wurden; kaum etwas davon gab es in der Psychiatrie. Ungebrochen – im Sinne des Wortes – durften viele der Menschenschinder ihre Opfer (die sich 1945 ein Ende ihrer Plagen erhofft hatten) wieder und weiter quälen.

Hier einige kurze Passagen aus dem Vorwort des Autors: Dem Werdegang der Psychiatrie in den vergangenen 80 Jahren sind ungezählte Menschen zum Opfer gefallen. Menschen, die an sich, so der Anspruch, von den Psychiatern hätten geheilt werden sollen, sind ihrer Gesundheit beraubt, verstümmelt oder ermordet worden. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren nicht die Tat irgendwelcher Bestien, waren keine schicksalhaften Ereignisse, die auf immer unerklärbar bleiben müssen. Völlig normale gewöhnliche Psychiater, Repräsentanten ihrer Wissenschaft, haben sich der Verbrechen schuldig gemacht. Die Vernichtung von Menschen ist untrennbarer Bestandteil der Geschichte von Psychiatrie in diesem Jahrhundert. Die Mauer des Schweigens, die man gegenüber der jüngsten Vergangenheit der Psychiatrie errichtete, scheint ausgesprochen stabil. Und dies ist an sich wenig verwunderlich. Die Juden, die Kommunisten, die Sozialdemokraten, fortschrittliche Christen und andere haben als ehemalige und teilweise heute noch Verfolgte von selbst darauf gedrungen, daß die Geschichte ihrer Verfolgung und deren Ursachen aufgearbeitet werden. Die Opfer der Psychiatrie aber, wo haben sie die Möglichkeit, auf eine Bearbeitung der Geschichte ihrer Verfolgung, ihrer Unterdrückung und ihrer Leiden zu drängen...



Eine solche Vergangenheitsbewältigung wird somit zwangsläufig Auswirkungen auf die Kritik der heutigen Psychiatrie haben. Hat sie sich wirklich so gewandelt, daß Menschenfeindlichkeiten in Zukunft sicher unterbleiben werden? ...

Zentrales Motiv der vorliegenden Arbeit ist zu erklären, wie der psychiatrische Holocaust, die bürokratisch organisierte Vernichtung von zehntausenden von „Iren“ unter dem Nationalsozialismus möglich wurden; zu ergründen, welche spezielle historische Gestalt und welche grundlegenden Strukturen der Psychiatrie die Willfähigkeit bedingten, mit der diese Wissenschaft sich in das System des deutschen Faschismus einordnete...

Wie sehr die Vergangenheit der Psychiatrie ein Problem der Gegenwart ist, wird im letzten Teil des Buches aufgezeigt. Neben der unmittelbaren Vergangenheitsbewältigung durch die bundesdeutsche Psychiatrie, die durch Verleugnen, Herausreden und mangelndes Unrechtfertigungsbe-stein gekennzeichnet ist, steht dabei die heutige

Wehrpsychiatrie im Vordergrund. Die Tätigkeit der Wehrpsychiatrie, vor allem ihre Strategien zur innerpolitischen Befriedung im Spannungs- bzw. Kriegsfall dürfte aktuell einer der Bereiche sein, in dem Grauen schon wieder vorprogrammiert wird. Aber auch hier zeigt sich, wie normal, wie alltäglich solch radikale Befriedungstechniken für die bundesdeutsche Psychiatrie sind. Keine Kritik ist aus offiziellen Kreisen zu vernehmen, im Gegenteil, die Creme der bundesdeutschen Psychiatrie ist aktiv an der Ausarbeitung der sogenannten „Panikprävention“ beteiligt gewesen“.

Mein dringender Rat: Dieses Buch muß man unbedingt kaufen und lesen, verschenken und weiterreichen. Wer dieses Buch nicht gelesen hat, weiß wahrscheinlich nicht, wie es war, und ahnt wohl kaum die Gefahren, die wieder auf uns warten.

Norbert Andersch

Rationalisierung und Personalplanung im Krankenpflegebereich

Knut Dahlgaard
Minerva Verlag, 1982
292 Seiten, DM 44,—

Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern

Albrecht, Büchner, Engelke
Berlin Verlag, 1982
262 Seiten, DM 28,—

Dahlgaard, Dozent am DGB-Berufsbildungswerk in Hamburg stellt sehr gründlich die Schwachstellen der derzeitigen Personalplanung im Pflegebereich dar.

Zu Recht kritisiert er das Ausgehen von überholten Anhaltszahlen, die keine Anpassung an die jeweiligen besonderen Bedingungen der Stationen erlauben, das Problem der kurzfristig weder dem Gesichtspunkt der Patientenversorgung noch dem der Freizeitwünsche der Mitarbeiter entsprechenden Dienstpläne, die mangelnden Kommunikationsstrukturen auf Station und im Krankenhaus, die fehlenden Fortbildungsveranstaltungen und die ungenügend ausgebildete Personalstatistik.

Seine Lösungsvorschläge sind für den Bereich der Personalbedarfsplanung u.a.: Berücksichtigung der personalbedarfserhöhenden Einflußfaktoren; Wegfall der Mitternachtsstatistik; Einarbeitungszeit bei hoher Personalfluktuation.

Für die Personalausstattungsplanung fordert er ein Kennziffernsystem, das Informationen über Personal-, Sozial- und Anforderungsstruktur gibt.

Für die Personalentwicklungsplanung den Ausbau der innerbetrieblichen Fortbildung mit Themen, die an wesentlichen Qualifikationsanforderungen der Pflegearbeit wie Kommunikationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Kooperationsfähigkeit ansetzen.

Für die Personaleinsatzplanung zur Lösung des kurzfristigen Personalausfalls bietet er 3 Modelle an: Personal auf Abruf, Versetzungsmodell und Pool-System.

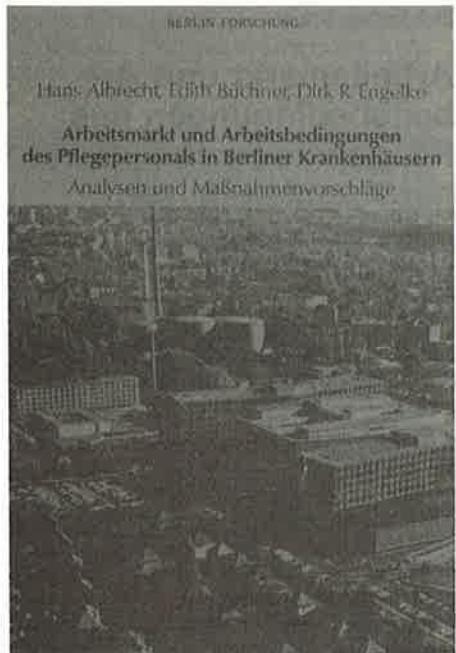
Zur Verbesserung der Kommunikation im Krankenhaus fordert er neben den schon existieren-

den Stationsleitungskonferenzen, Übergabege- spräche, Stationsteambesprechungen, eine einzurichtende Personalkommission Kranken- pflege bestehend aus Mitarbeitern des Pflege-, Verwaltungsbereichs des ärztlichen Bereichs, Personalratsmitgliedern, sowie Vertreter des Krankenhausträgers und der Krankenkassen.

Ob die Schaffung dieser Institution eine Verbes- serung darstellt, darf stark bezweifelt werden. Die Krankenkassen können bei ihrer augen- blicklichen Finanzlage keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen.

Auch Pool-System oder Kennziffern sind weniger an Bedürfnissen der Beschäftigten als de- nen der Träger orientiert.

Diese Vorstellungen stehen im Widerspruch zu der von Dahlgaard selbst formulierten Erkennt- nis, daß nur die betroffenen Pflegepersonen auf den einzelnen Stationen im Grunde entscheiden können, welcher Personalbedarf als angemes- sen zu bezeichnen ist. Eine Lösung, die nicht den ständigen Konflikt zwischen Versichertengemeinschaft und Beschäftigten bzw. Patienten in sich birgt, liegt in der stärkeren finanziellen Beteiligung des Staates an der Krankenhausfinanzierung durch Kostenübernahme der Per- sonalgrundsatzausstattung.



Albrecht, Büchner und Engelke, alle drei Mit- arbeiter der Berliner Arbeitsgruppe Strukturfor- schung im Gesundheitswesen, stellen die Er- gebnisse einer repräsentativen Befragung des Pflegepersonals an Berliner Krankenhäusern vor. Diese Ergebnisse dürften mit geringen Aus- nahmen ohne weiteres auch auf die bundes- deutschen Krankenhäuser übertragbar sein.

Auf Grundlage ihrer Befragung geben sie für die Bereiche: Dienst- und Arbeitszeitregelung, Informations- und Dokumentationssysteme, Betriebs- und Arbeitsablauf, Anforderungen und Belastungen des Pflegepersonals, Ursachen für Arbeitsplatz- und Berufswechsel, Arbeitsplatz- und Arbeits- zeitwünsche der Beschäftigten, Personalstruktur und Fluktuation, beschäftigten- und patientenorientierte Lösungsvorschläge an.

Selten findet man eine solche Fülle an Material und Anregungen für die Diskussion um die Ver- änderung der Situation des Pflegepersonals. In diesem Sinne ist diesem Buch eine rasche Ver- breitung zu wünschen.

Peter Liebermann

In eigener Sache

Versand-Katastrophen

Bei uns mehren sich Beschwerden über den DG-Versand. Insbesondere nach dem Umzug scheint viel schiefzulaufen. Unsere Bitte: nicht resignieren und den Ärger über nichterhaltene DG's in sich hineinfressen! Wenn ihr erfahrt, daß euer DG nicht pünktlich – oder gar nicht – kommt, schreibt an den Pahl-Rugenstein Verlag, mit genauer Adresse und eurer Beschwerde. Leider hat die Redaktion auf den Versand keinen Einfluß!

Faltblatt anfordern!

Unser neues Faltblatt mit der Vorschau für 1983 hat dem letzten Heft beigelegt. Wir haben noch einige Tausend davon gedruckt, weil wir der Meinung sind, daß es sich damit gut werben läßt. Alle, die die Möglichkeit haben, Werbefaltblätter auszulegen, zu verteilen, weiterzugeben... können bei mir bestellen (Adresse wie bei Pharmaaufkleber s. u.).

Mehrfachverkauf in Kommission

Der Einzelverkaufspreis ist mit DM 6,— sehr hoch. Er ist deshalb notwendig, weil uns alle öffentlichen Verkaufsstellen 40% davon abnehmen, und wir sonst auch noch drauflegen müssten. Alle, die DG aber privat weiterverkaufen wollen, können von mir DG's zu wesentlich günstigeren Einzelverkaufspreisen (3,— bis 4,—) in Kommission bestellen. Bestellungen aber bitte nur ab 5 Hefte, da sonst das Porto unverhältnismäßig hoch wird. Natürlich können unverkaufte Hefte nach entsprechender Zeit zurückgegeben werden.

Leser-Umfrage

In unserer Ausgabe 3/83 oder 4/83 wollen wir eine Leserumfrage starten. Wir wollen in dieser anonym gehaltenen Umfrage nicht nur über unsre Leserzusammensetzung (Studenten / Pflegekräfte / Ärzte / Psych. / Soz.) Aufschlüsse erhalten, sondern auch etwas über unsere Möglichkeiten der Erweiterung bzw. Aktualisierung von DG erfahren. Mit dieser Umfrage wollen wir auch unsre Redaktionsdiskussion um häufigeres Erscheinen auf etwas solidere Füße stellen. Wichtig ist dafür natürlich, daß sich mindestens 10–20 % unserer Leser daran beteiligen, vor allem auch die, die uns nur noch aus Solidarität nicht abbestellt haben und unsre neuen Ausgaben mit gelangweilter Miene entgegensehen. Wichtig aber auch, daß die sich zu Wort melden, die die sicher dann auch notwendige Preiserhöhung nicht mitmachen könnten. Natürlich wollen wir die Auswertung veröffentlichen. Wer noch eine interessierende Frage beisteuern will – bitte melden!

Heft 3/83 – Chronisch Kranke – und wie wir mit ihnen umgehen

Folgende Eingrenzungen des Schwerpunktthemas wurden auf der Redaktionssitzung besprochen:

- Unsre eigene Hilflosigkeit macht uns resignativ, aggressiv, führt zu Schuldgefühlen (Erfahrungsberichte)
- Die zusätzliche Defektsetzung durch unsre Medizin: Tablettenabusus – Spezialisierte Betreuung versus breite ambulante Versorgung – Pharmamedizinische Betreuung: Diätberatung, Krankengymnastik/Physiotherapie – Stellenwert gegenüber Medikamentenbehandlung – Einzelschicksale (Erfahrungsberichte)
- Soziale Genese von chronischen Krankheiten an ausgewählten Beispielen – Rolle von Selbsthilfegruppen/Schirmherrschaften

Redaktionsschluß: 2. 4. 1983

Klebt der Pharma-industrie...

Unser rot-schwarzer Aufkleber Ø 10 cm kann ab sofort bestellt werden:



5,- DM	5 Aufkleber
10,- DM	12 Aufkleber
20,- DM	25 Aufkleber
40,- DM	55 Aufkleber
50,- DM	70 Aufkleber
100,- DM	150 Aufkleber

Portokosten sind im Preis inbegriffen.
Bestellungen (Geldscheine oder Verrechnungsscheck) an:

Ulli Raupp
Spyckstraße 61
4190 Kieke

... einen!

DG-Kontakte

Ansbach: Birgitta Eschenbacher, Am Helmweg 17, 8000 Ansbach, Tel. (0981) 14444; **Bad Wildungen:** Claudia Lehner, Mittelstr. 25, 3590 Bad Wildungen, Tel. (05621) 87139; **Berlin:** Hermann Dittrich, Grunewaldstr. 28, 1 Berlin 41, Tel. (030) 8226328; **Bonn:** Edi Erken, Röttigerstr. 12, 53 Bonn 1, Tel. (0228) 284621; **Bremen:** Cornelia Selke, Clausewitzstr. 25, 28 Bremen 1, Tel. (0421) 234371; **Darmstadt:** Jürgen Frohnen, Liebfrauenstr. 110, 61 Darmstadt 1, Tel. (06151) 74551; **Düsseldorf:** Gunar Stempel, Aegener Str. 198, 4 Düsseldorf, Tel. (0211) 151187; **Duisburg:** Felix Richter-Hebel, Hochfeldstr. 19, 41 Duisburg 17, Tel. (02136) 5120; **Essen:** Uwe Schmitz, Rüttenskamp 35, 43 Essen 1, Tel. (0201) 42697; **Frankfurt:** Klaus Priester, Schloßstr. 96, 6 Frankfurt 90, Tel. (0611) 705449; **Gießen:** Claudia Göttermann, Bismarckstr. 6, 63 Gießen, Tel. (0611) 75245; **Göttingen:** Barbara Wille, Ostlandweg 23, 34 Göttingen, Tel. (0551) 33710; **Hamburg:** Robert Pfeiffer, Kurfürstenstr. 45, 2 Hamburg 70, Tel. (040) 6564845; **Hanau:** Hans Sess, Gustav Hochstr. 37, 6450 Hanau, Tel. (06191) 83981; **Hannover:** Martin Walz, Tiestestr. 19, 3000 Hannover 1, Tel. d. (05132) 906557/p: (0511) 818868; **Heidelberg:** Michael Gerstner, Burgstr. 44, 69 Heidelberg, Tel. (06221) 474101; **Kassel:** Matthias Dippel, Weizstr. 2d, 3500 Kassel, Tel. (0561) 54925; **Kiel:** Ralf Cüppers, Saarbrückener Str. 176 B, 23 Kiel 1, Tel. (0431) 686397; **Kleve:** Ulla Funke, Steinbergen 33, 4182 Uedem, Tel. (02825) 8424; **Köln:** Peter Liebermann, Lessingstr. 59, 5 Köln 30, Tel. (0221) 5501079; **Lengerich:** Jan Hendrik Herdtlaß, Niederringel 3, 4540 Lengerich; **Linz/Rhein:** Richard Beitzel, Magdalene Dae- menstr. 5460 Linz, Tel. (02641) 551; **Lübeck:** Angela Schürmann, Gerinerstr. 44, 24 Lübeck, Tel. (0451) 56586; **Mannheim:** Werner Weindorf, Maxstr. 5a, 68 Mannheim, Tel. (0621) 855405; **Minden:** Susanne Steuber, Amstierstr. 12, 495 Minden, Tel. (0571) 28967; **Mönchengladbach 1:** Joachim Gill, Weichselstr. 65, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. (02161) 480427; **München:** Margret Sämbardt, Pommernstr. 15, 8 München 40, Tel. (089) 352935; **Mündelheim:** Thomas Melcher, Beethovenstr. 4, 8948 Mündelheim, Tel. (08261) 9733; **Münster:** Helmut Copak, Gelsstr. 67a, 44 Münster, Tel. (0251) 794686; **Oldenburg:** Helmut Koch, Saarstr. 11, 2900 Oldenburg, Tel. (0441) 63856; **Recklinghausen:** Petra Voss, Am Lohor 4, 4350 Recklinghausen, Tel. (02361) 15452; **Romheld:** Michael Sünder, Klausenerstr. 34, 5630 Remscheid-Lüttringhausen, Tel. (02191) 55279; **Riedstadt:** Herald Skrobles, Freih.-v.-Stein-Str. 9, 6080 Riedstadt, Tel. (06158) 6161; **Siegen:** Michael Regus, Zur Zinsenbach 9, 59 Siegen, Tel. (0271) 76860; **Sprockhövel:** Wolfgang Münster, Hohe Ecke, Unterweg 17, 4923 Sprockhövel 1, Tel. (02324) 72358; **Tübingen:** Elke Schön, Jacobsstrasse 19, 7400 Tübingen, Tel. (07071) 212798; **Ulm:** Wolf Schleim, Ringstr. 22, 78 Ulm-Lehr, Tel. (0731) 66544; **Viersen:** Sebastian Stierl, Hermann-Ehlers-Str. 5, 4060 Viersen 12, Tel. (02162) 77694.



Wirksamkeit Verträglichkeit Arzneikosten

Rp.
das Rezept,
um jeden Monat
auf dem
laufenden
zu sein

ein
„a-t“-Abo

Der meistgelesene
unabhängige
Arzneimittel-Informationsdienst
in deutscher Sprache.

Erscheint monatlich
Jahresbezugspreis für
Ärzte und Apotheker.
DM 59,-
(für Studenten DM 42,-)

neutral und
anzeigenfrei

arznei-telegramm

Probeexemplar kostenlos von der A. T. I. Arzneimittel-Information Berlin GmbH, Petzower Str. 7, 1 Bln 39

Alu-Folie für

Innenminister Baum stellt

BONN, 17. Juli (FR/Reuter/dpa). Für Katastrophen und den Verteidigungsfall hätten die Bürger der Bundesrepublik nur unzureichend vorgesorgt, erklärte Bundesinnenminister Gerhart Baum bei der Vorstellung einer Broschüre „Informationen über Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger in Bonn, die vom Bundesamt für den Selbstschutz (BVS) herausgegeben wird. Er bezweifle, daß hälften der Betriebe beispielsweise bei einer Katastrophe im Winter die Konsequenzen

Die Broschüre bis

gung, Büchsenöffner und Taschenmesser, Geld, Wertsachen und Ausweise sowie Verbandzeug enthalten. Auch für die Körperhygiene sollte nach dem Vorschlag des BVS gesorgt werden; dazu gehöre im Ernstfall auch ein Camping-Trockenklo. Und eine Alu-Folie sollte zur Hand sein, mit der man sich notfalls sogar gegen radioaktiven Ausfall schützen könne.

Gegen Einsatz von Atomwaffen ist kein Schutz.

592

en

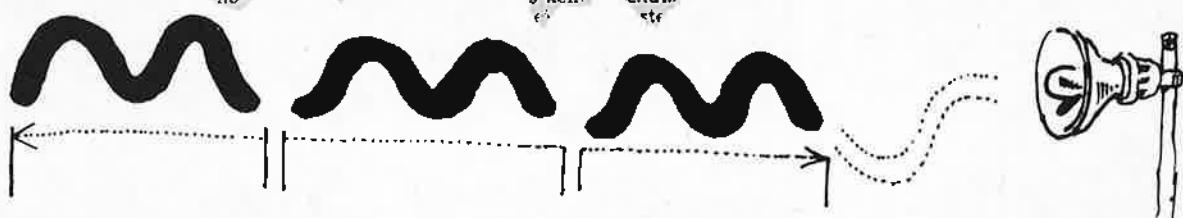
vor

Broschüre für den 75, 5000

TARPENBECKSTR. 125

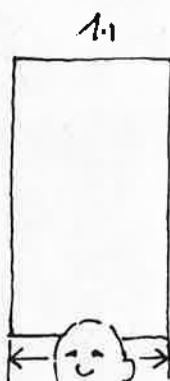
2000 HAMBURG 20

Ab einem Bl

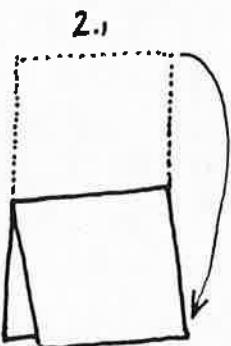


1 Minute Heulton, zweimal unterbrochen = ABC Alarm
Spätestens jetzt brauchen Sie die

Faltanleitung für den Schutzhut:

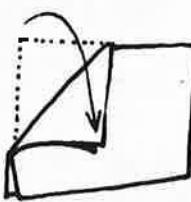


1 passendes Stück
ALUSTAR-NUKLEAR
abschneiden.



zur
Hälfte
falten.

3.,



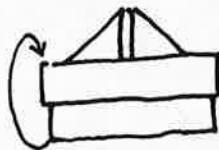
linke Ecke
zur Mitte
einklappen.

4.,

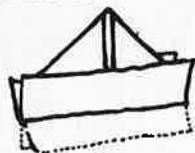


rechte Ecke
zur Mitte
einklappen.

5.,



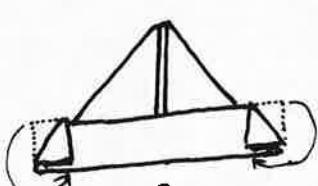
Vorderen
Streifen
nach oben
knicken.



6.,
hinteren
Streifen
nach oben
knicken



7.,
die vorderen
Ecken
einklappen



8.,
die hinteren
Ecken
einklappen

fertig!

